

Landesbank Berlin AG | Berliner Sparkasse

Jahresabschluss und Lagebericht 2014



Landesbank Berlin AG

Jahresabschluss und Lagebericht 2014

Inhalt

LAGEBERICHT

A. GRUNDLAGEN	6
B. WIRTSCHAFTSBERICHT	13
C. NACHTRAGSBERICHT	23
D. RECHNUNGSLEGUNGSBEZOGENES INTERNES KONTROLL- UND RISIKOMANAGEMENTSYSTEM	24
E. RISIKOBERICHT	26
F. CHANCEN UND PROGNOSEBERICHT	50
BILANZ	54
GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG	57
EIGENKAPITALSPIEGEL	59
KAPITALFLUSSRECHNUNG	59
ANHANG	62
ANLAGEN ZUM ANHANG	102
BESTÄTIGUNGSVERMERK DES ABSCHLUSSPRÜFERS	106
VERSICHERUNG DER GESETZLICHEN VERTRETER	107
BERICHT DES AUFSICHTSRATS DER LANDESBANK BERLIN AG	108

Lagebericht

A. Grundlagen

1. Organisation und Struktur

Die Landesbank Berlin AG (LBB) ist eine nicht börsennotierte Aktiengesellschaft und ein Kreditinstitut im Sinne des KWG. Sie ist Trägerin der Berliner Sparkasse (BSK) und gilt gemäß Berliner Sparkassengesetz als eigener Sparkassenverband. Der Sparkassenverband Berlin ist Mitglied im Deutschen Sparkassen- und Giroverband (DSGV) und damit einer von zwölf regionalen Sparkassenverbänden. Er vertritt die Interessen der LBB/BSK innerhalb der Sparkassen-Finanzgruppe und gegenüber dem Land Berlin. Die BSK ist eine teilrechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts und wird als Zweigniederlassung der LBB geführt. Dieser Lagebericht bezieht sich auf die Landesbank Berlin AG einschließlich der Berliner Sparkasse, so dass im folgenden Bericht daher die Bezeichnung Landesbank Berlin AG/Berliner Sparkasse (LBB/BSK) verwendet wird.

Die Aufgaben zur Erfüllung des öffentlichen Auftrags der Berliner Sparkasse sind zum einen in § 2 Abs. 1 Berliner Sparkassengesetz definiert: „Der Berliner Sparkasse obliegt die Förderung des Sparens und die Befriedigung des örtlichen Kreditbedarfs, insbesondere des Mittelstandes und der wirtschaftlich schwächeren Bevölkerungskreise.“ Zum anderen sind die Grundsätze der Geschäftspolitik gemäß § 4 Berliner Sparkassengesetz maßgebend: „Die

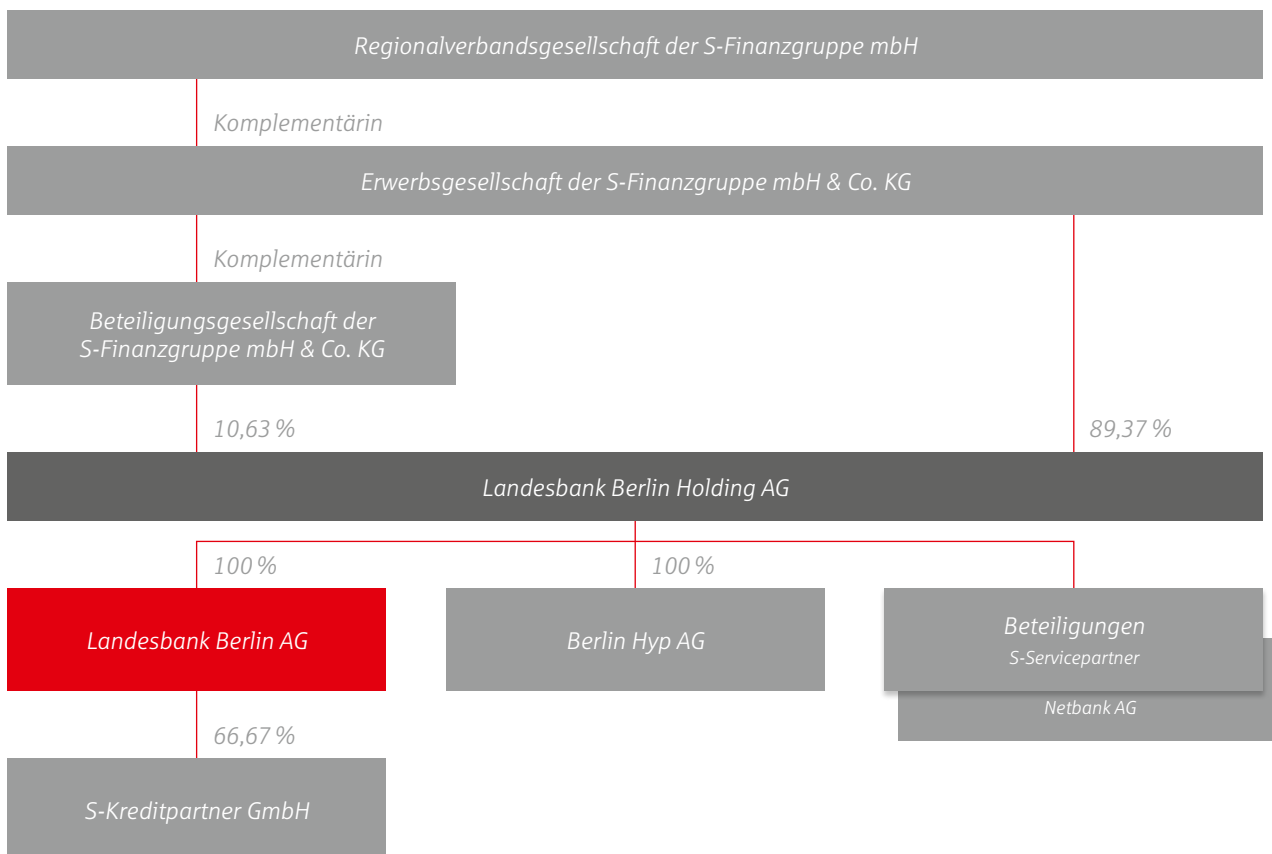
Geschäfte der Berliner Sparkasse sind nach kaufmännischen Grundsätzen unter Beachtung allgemeinwirtschaftlicher Gesichtspunkte zu führen.“ In diesem Sinn agiert die Berliner Sparkasse und richtet ihre Arbeit darauf aus, ihrem öffentlichen Auftrag zu jeder Zeit gerecht zu werden. Die Bedürfnisse der Kunden stehen im Mittelpunkt ihrer Geschäftstätigkeit. Produkte und Leistungen passt die Berliner Sparkasse regelmäßig den aktuellen Bedingungen an.

Organisatorisch gliedert sich die LBB/BSK in die drei Geschäftsfelder Private Kunden, Firmenkunden und Treasury. Zum Geschäftsfeld Private Kunden zählen das Geschäft mit privaten Kunden in Berlin, der DirektBankService als bundesweiter Emittent von Kreditkarten unter der Marke LBB und die S-Kreditpartner GmbH (SKP) als Konsumentenfinanzierer für den Sparkassen-Verbund. Neben dem Firmenkundengeschäft in Berlin zählen das ausgewählte über-regionale Geschäft mit großen Firmenkunden, die regionale gewerbliche Immobilienfinanzierung und das Internationale Geschäft zum Geschäftsfeld Firmenkunden. Das Geschäftsfeld Treasury erfüllt die klassischen Funktionen der Liquiditätssteuerung, um eine ausreichende Liquidität zu gewährleisten, des Kreditersatzgeschäfts im Rahmen „klassischer“ Asset-Allokation (Depot-A) und der strategischen Fristentransformation und Eigenmittelanlage.

Darüber hinaus erbringen Corporate Center und Marktfolgeeinheiten Leistungen wie zum Beispiel Kredit- und Risikobetreuung, Finanzen, Risikocontrolling, Organisations- und Produktivitätsmanagement, Unternehmensentwicklung und Recht.

Die LBB/BSK ist dem Sicherungssystem der Sparkassen-Finanzgruppe angeschlossen. Dieser Haftungsverbund gewährleistet die Liquidität und Solvenz der beteiligten Institute und ermöglicht es ihnen, jederzeit die Forderungen ihrer Kunden zu erfüllen.

Die LBB/BSK im Konzernverbund ab 01.01.2015



2. Aufsicht und Regulatorik

Die LBB/BSK ist durch die Bankenaufsicht als national systemrelevantes und bedeutendes Kreditinstitut eingestuft worden. Damit sind hohe Ansprüche an die Kapitalausstattung, die Liquidität und die Qualität der Bankprozesse verbunden. Die Einstufung führt zudem zu der direkten Beaufsichtigung durch die Europäische Zentralbank und zur Teilnahme am jährlichen europaweiten Banken-Stresstest.

Den Stresstest 2014 hat die Gruppe aus LBB/BSK und Berlin Hyp AG (Berlin Hyp) mit einer harten Kernkapitalquote von 10,5 % im Basisszenario und 6,8 % im adversen Szenario bestanden. Gegenüber der Mindestanforderung von 5,5 % entspricht das einem Kapitalpuffer von 568 Mio. €.

Unsere Verfahren, Prozesse und Systeme haben sich grundsätzlich als geeignet erwiesen, die ambitionierten Anforderungen

der zentralen europäischen Bankenaufsicht umzusetzen.

Das Geschäftsmodell der Bank ist durch den gezielten Abbau von Risikopositionen noch stabiler geworden. Bis Ende 2013 war bereits Kapital in Höhe von 750 Mio. € freigesetzt worden. Seitdem sind noch einmal 350 Mio. € hinzugekommen, überwiegend durch die Bereinigung von Portfolien und den Abbau nicht strategiekonformer Bestände, wobei eine Ergebnisbelastung unter Verzicht auf künftige Zinsüberschüsse vermieden werden konnte. Die Gruppe hat somit aus eigener Kraft 1,1 Mrd. € an hartem Kernkapital (nach den strengen künftigen Bedingungen der Verordnung zur Kapitaladäquanzrichtlinie – CRR) freigesetzt und dadurch die Kernkapitalquote (ohne Stressbedingungen) gegenüber der Datenbasis des Stresstests von Anfang 2014 nochmals um zwei Prozentpunkte verbessert.

3. Umbau im Zeitplan

Die kontinuierlich zunehmenden regulatorischen Anforderungen und der im Wettbewerb zu beobachtende Wandel von integrierten zu fokussierten Geschäfts- und Organisationsmodellen stellten das bisherige Geschäftsmodell der LBB grundsätzlich in Frage. Im Zuge der Neuordnung der Geschäftsaktivitäten hatten die Sparkassen als Eigentümer zusammen mit der LBB im Dezember 2012 eine Empfehlung für die künftige Ausrichtung der LBB erarbeitet. Dabei standen die Reduzierung von Komplexität und Kosten und der Abbau von inhaltlichen Überschneidungen im Vordergrund.

Als wesentliche Eckpunkte des Umbaus wurden vereinbart:

- Konzentration der Berliner Sparkasse auf das Kerngeschäft der Privat- und Firmenkundenbetreuung sowie auf die lokale gewerbliche Immobilienfinanzierung in der Region Berlin. Zum Kerngeschäft der Berliner Sparkasse sollte außerdem das Treasury gehören.
- Positionierung der Bank als „Hauptstadtsparkasse“ mit Konzentration auf die bekannte Marke „Berliner Sparkasse“. Einzige Geschäftsaktivität unter dem Namen LBB sollte künftig das überregionale Kreditkartengeschäft sein.

- Bündelung des überregionalen gewerblichen Immobilienfinanzierungsgeschäfts in der Berlin Hyp, die sich als eigenständige Immobilienfinanzierungsbank in der Sparkassen-Finanzgruppe positionieren sollte.
- Veräußerung des kundenbezogenen Kapitalmarktgeschäfts zusammen mit der LBB-INVEST an die DekaBank.

Mit dem Umbau wurden zudem sämtliche Organisations- und Kostenstrukturen auf den Prüfstand gestellt. Als Konsequenz werden die Landesbankstrukturen abgebaut und die Konzernstruktur des LBB-Konzerns aufgelöst. Damit einher gehen der bereits angekündigte Abbau von Mitarbeiterkapazitäten und eine signifikante Senkung der Sachkosten bis Ende 2017. Die Verringerung und Fokussierung der Geschäftsbereiche erfordert geringere quantitative und qualitative Kapazitäten in den Corporate Centern und Marktfolgebereichen der LBB/BSK beziehungsweise der S-Servicepartner. Deshalb hat die LBB/BSK einen umfassenden Abbau von Personalkapazitäten, den Umbau der Systeme der Informationstechnologie und ein tiefgreifendes Kostensenkungsprogramm eingeleitet. Ziel ist, eine Struktur für eine nachhaltig positive Ertragsbasis der Berliner Sparkasse zu schaffen.

Seit Anfang 2014 tritt das Haus unter der Marke „Berliner Sparkasse“ auf. Der Umbau des Konzerns auf Sparkassenstrukturen umfasst bis Ende 2017 rund 1.300 definierte Einzelmaßnahmen. Davon wurden bedeutende Arbeiten bereits im Jahr 2014 erfolgreich umgesetzt. Die Sparkasse setzte dabei auch den 2013 begonnenen Abbau nicht mehr strategiekonformer Geschäfte wei-

terhin konsequent fort. Zu den wesentlichen Umbaumaßnahmen gehörten der zum Jahreswechsel 2013/2014 erfolgte Transfer des kundenorientierten Kapitalmarktgeschäfts und der Fondsgesellschaft LBB-INVEST zur DekaBank, die Schließung der Niederlassungen in London und Luxemburg, der Beginn des Rückbaus der IT-Infrastruktur sowie die Aufteilung des früheren Geschäftsfelds Immobilienfinanzierung auf die LBB/BSK und die Berlin Hyp. Zum 31.12.2014/01.01.2015 wurden die Berlin Hyp und weitere Beteiligungen, darunter die S-Servicepartner GmbH (S-Servicepartner) und die netbank AG (netbank), an die gemeinsame Mutter Landesbank Berlin Holding AG (Holding) übertragen und agieren seitdem als Schwestergesellschaften der LBB/BSK. Mit Bescheid vom 30.12.2014 hat die EZB der Rückzahlung der stillen Einlage an die Erwerbsgesellschaft der S-Finanzgruppe mbH & Co. KG zugestimmt sowie den Erwerb der Anteile an der Berlin Hyp und der netbank durch die LBBH genehmigt. Diese Konzernentflechtung ermöglicht der LBB/BSK das konsequente Auftreten als Hauptstadtparkasse und ist Voraussetzung für die Schaffung sparkassentypischer Strukturen bei Geschäft, Bilanz, Refinanzierung, Ergebnis sowie Risiko. Auch kann die LBB/BSK dadurch künftig auf eine Bilanzierung nach IFRS verzichten, zu einer für Sparkassen angemessenen Form der Rechnungslegung zurückkehren und ihre künftigen Jahresabschlüsse ausschließlich nach HGB erstellen. Damit wird zugleich ein wichtiger Meilenstein bei der Reduzierung von Kosten und Komplexität im Zuge des Umbaus erreicht, da Strukturen und Prozesse deutlich einfacher werden, was gleichzeitig zu Kosteneinsparungen führt.

4. Geschäftstätigkeit

Als moderne Universalbank berät die LBB/BSK ihre Kunden in allen Finanzfragen. Der Schwerpunkt liegt dabei auf dem Retail-Geschäft mit Privat- und Firmenkunden sowie der regionalen gewerblichen Immobilienfinanzierung.

Im Geschäft mit privaten Kunden steht ein Vertriebswegemix aus klassischem Filialgeschäft mit persönlicher Beratung in einer der Vertriebsstellen sowie einem umfassenden Online- und Telefonbanking-Angebot zur Verfügung. Ihre Immobilienkompetenz für private Kunden hat die LBB/BSK in drei eigenständigen ImmobilienCentern gebündelt. Ergänzend kommen das Private Banking für hoch vermögende Kunden und die Mobile Beratung, bei der der Berater zum Kunden kommt, hinzu. Zudem stehen den Kunden etwa 1.200 Selbstbedienungsgeräte im Berliner Stadtgebiet kostenlos zur Verfügung.

Im Geschäft mit Firmenkunden ist die LBB/BSK der Partner und Dienstleister für Unternehmen in der Region Berlin. Mittelständische Unternehmen, Verbände und Stiftungen, öffentliche Unternehmen und Gebietskörperschaften zählen ebenso zum Kundenkreis wie innovative Start-Ups und zahlreiche Gewerbetreibende in der Region. In den FirmenCentern werden Gewerbetunden durch erfahrene Berater individuell betreut. Zu den Themen Ausland, Leasing & Factoring, Electronic Business und Fördermittel hat die LBB/BSK Spezialkompetenzen in vier KompetenzCentern gebündelt. Die FirmenCenter „Gründung und Nachfolge“ sowie „Zukunftsbranchen“ runden das

Angebot ab. Geschäftskunden werden von Beratern der BusinessLine telefonisch betreut.

Mit langjähriger Expertise vor Ort ist die LBB/BSK auf dem Berliner Markt als regionaler Immobilienfinanzierer aktiv. Finanziert werden Gewerbeimmobilien in einer Größenordnung zwischen 2,5 und 50 Mio. €. Für großvolumigere Finanzierungen werden die Schwestergesellschaft Berlin Hyp als Konsortialpartner oder andere Sparkassen hinzugeholt. Von der Bauzwischenfinanzierung über die Portfoliofinanzierung bis zu Avalkrediten und Zinsswaps stellt die LBB/BSK die komplette Produktpalette der Immobilienfinanzierung bereit.

Mit der neuen Konzernstruktur geht einher, dass die operativen geschäftlichen Einheiten eigenständig am Markt agieren und gleichzeitig in ein enges Netz mit spezialisierten Verbundpartnern eingebunden sind.

Die **S-Servicepartner GmbH** ist ein strategischer Verbundpartner der Sparkassen in der Marktfolge. Zum Marktfolgegengeschäft gehören der Zahlungsverkehr, die Kreditbearbeitung, die Kontoführung, die Wertpapierabwicklung und die Personalsachbearbeitung. An sieben bundesweiten Standorten bietet die S-Servicepartner GmbH zusammen mit Sparkassen aus der Region Marktfolgedienstleistungen an. Sie unterstützt die Sparkassen dabei, sich ganz auf den Vertrieb zu konzentrieren und folgt damit konsequent der Strategie der Sparkassen-Finanzgruppe.

Die **S-Kreditpartner GmbH (SKP)** ist der spezialisierte Verbundpartner für das Auto- und Konsumentenkreditgeschäft in der Sparkassen-Finanzgruppe. Ziel der SKP ist es, die Position der Sparkassen in diesem Geschäft gemeinsam zu stärken. Dafür stellt die SKP den Partnersparkassen die passenden Produkte bereit und sorgt für eine bestmögliche Beratungsunterstützung. Alle technischen Prozesse sowie die persönliche Betreuung durch die SKP

sind darauf ausgerichtet, dem Sparkassenberater vor Ort die Freiräume zu schaffen, die er für die optimale Beratung seiner Kunden zum S-Privatkredit und S-Autokredit benötigt. Darüber hinaus stellt die SKP Lösungen für Firmenkunden aus der Fahrzeugbranche bereit. Die Angebote für die Einkaufs- und Absatzfinanzierung stärken gleichzeitig die Beziehung zwischen Sparkasse und regionalem Autohandel.

5. Steuerung

Mit der Umstellung der übergeordneten Konzernrechnungslegung von IFRS auf HGB ergaben sich auch wesentliche Auswirkungen auf die Planung und Steuerung in der LBB/BSK. Während die bisherige Steuerung weitgehend durch eine Sicht auf Konzerngeschäftsfelder und deren Ergebnissituation ausgerichtet war, liegt der Fokus nunmehr ausschließlich auf dem Einzelinstitut. Im Geschäft mit Privat- und Firmenkunden sowie für die Aktivitäten des Treasury wurden angemessene Ertragsgrößen definiert. Die Verantwortung für die planmäßige Umsetzung des Programms zur Kostensenkung wurde in zentralen Funktionen gebündelt.

Auf Basis dieser strategischen Weichenstellungen gelten für die Steuerung der LBB/BSK während der Umbauphase nunmehr folgende, übergeordnete finanzielle und nicht finanzielle Leistungsindikatoren:

- Ergebnisabführung an die Landesbank Berlin Holding AG
- Verwaltungsaufwand
- Mitarbeiterkapazitäten
- Harte Kernkapitalquote
- Bilanzsumme
- Forderungen an Kunden
- Verbindlichkeiten gegenüber Kunden

6. Gesellschaftliches Engagement

Neben den klassischen Aufgaben wie der Versorgung der Bevölkerung mit Finanzdienstleistungen oder der Förderung des Sparens und des Gewerbes steht die Gemeinwohlorientierung im Mittelpunkt des Handelns der Berliner Sparkasse. Im vergangenen Jahr hat sie ihr Engagement weiter ausgeweitet, nicht zuletzt durch den persönlichen Einsatz ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Stadt. Erstmals präsentierte sich die Berliner Sparkasse mit ihrem gesellschaftlichen Engagement auf dem diesjährigen Bürgerfest des Bundespräsidenten.

Die drei Stiftungen der Berliner Sparkasse bilden einen wichtigen Baustein beim gesellschaftlichen Engagement des Hauses. So hat etwa die Stiftung Berliner Sparkasse seit ihrer Gründung im Jahr 2010 zur Förderung des Gemeinwohls gut 600.000 € an mehr als 170 Projekte in Berlin ausgeschüttet.

Aus dem PS-Sparen und Gewinnen flossen 2014 Ausschüttungen in Höhe von 1,6 Mio. € vor allem wieder in Kinder- und Jugendprojekte sowie in Einrichtungen der Behinderten- und Altenpflege. Die Berliner Sparkasse vergibt diese Mittel gemeinsam mit dem Senat von Berlin.

Ein breit gestreutes Kiezförderungsprogramm unterstützt eine Vielzahl von kleinen Projekten in Schulen, Sportvereinen, sozialen und kulturellen Einrichtungen. Neben finanziellen Zuwendungen engagieren sich die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auch ehrenamtlich in Kiez-Projekten. Im September 2014, dem ersten sogenannten Ehrenamtsmonat der Berliner Sparkasse, waren mehr als 100 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für einen guten Zweck im Einsatz.

7. Gezielte Sponsoringaktivitäten

Die Berliner Sparkasse tritt als Sponsor in den Bereichen Sport, Kunst und Kultur sowie bei wichtigen gesellschaftlichen Ereignissen in Erscheinung. So ist sie offizieller Sponsor des Olympiastützpunkts Berlin. 2014 wurden die olympischen Wintersportler feierlich nach Sotschi verabschiedet. Im Rahmen einer Medienkooperation mit dem Berliner Tagesspiegel wurde zudem regelmäßig der „Nachwuchssportler des Monats“ gekürt.

Gemeinsam mit dem Sparkassen-Kulturfonds des Deutschen Sparkassen- und Giroverbands (DSGV) und der DekaBank

ist die Berliner Sparkasse seit 2011 Hauptförderer der Staatlichen Museen zu Berlin. Neben der Förderung großer Ausstellungen geht es auch darum, Kinder und Jugendliche durch attraktive Angebote für die Museen zu begeistern.

Ebenfalls zusammen mit der DekaBank und dem DSGV war die Berliner Sparkasse Hauptförderer der Feierlichkeiten zum 25-jährigen Jubiläum des Mauerfalls. Zahlreiche Aktivitäten und eine zentrale Gedenkfeier am 09.11.2014 erinnerten dabei an das Ende der deutschen Teilung.

B. Wirtschaftsbericht

1. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

Wachsende geopolitische Risiken haben im Jahr 2014 den einsetzenden Aufschwung in Europa ausgebremst. Im Welthandel blieb die Expansionsrate niedrig. In Deutschland verlief die wirtschaftliche Entwicklung insgesamt noch positiv. Auch wenn das Wachstum des Bruttoinlandsproduktes mit 1,6 % deutlich höher lag als 2013 (0,1 %), ließ die wirtschaftliche Dynamik im Jahresverlauf gleichwohl nach. Dies galt insbesondere für die Ausrüstungsinvestitionen. Die Konsumnachfrage blieb hingegen rege. Insgesamt blieb die konjunkturelle Entwicklung in Deutschland und in vielen anderen Staaten der Euro-Zone unter den ursprünglichen Erwartungen zu Jahresbeginn.

Anders als in den Vorjahren hob sich die wirtschaftliche Lage Berlins nicht mehr positiv vom Bundesdurchschnitt ab. Im ersten Halbjahr betrug die Wachstumsrate 1,2 % zum gleichen Vorjahreszeitraum. Sie lag damit 0,5 Prozentpunkte unter dem Wert für das Bundesgebiet (Basis: Statistische Ämter des Bundes und der Länder). Die Konjunktur in der Hauptstadt bleibt vom Zuwachs der Beschäftigtenzahlen, hohen Steigerungsraten im Fremdenverkehr und einer lebhaften Bautätigkeit geprägt.

Der Anstieg der Lebenshaltungskosten verlangsamte sich bundesweit auf 0,9 % und die Arbeitslosenquote verringerte sich geringfügig auf 6,7 %. Im Geschäftsgebiet der LBB/BSK lag die Arbeitslosenquote mit 10,5 % weiterhin deutlich über dem Bundesdurchschnitt. Im Vorjahresvergleich (-0,7 %) sank sie allerdings stärker als im bundesweiten Durchschnitt.

Die geldpolitischen Entscheidungen der Europäischen Zentralbank (EZB) waren ein weiteres Jahr durch das Festhalten an einer historischen Niedrigzinspolitik geprägt. Zwei Leitzinssenkungen und der Übergang zu einem negativen Einlagesatz waren dafür kennzeichnend.

In diesem schwierigen Marktumfeld gehört die LBB/BSK unverändert zu den führenden Marktteilnehmern in Berlin. Darüber hinaus ist die LBB mit 2,4 Mio. ausgegebenen Kreditkarten weiterhin größter Emittent von kostenpflichtigen Kreditkarten in Deutschland. Die gesamtwirtschaftlichen und branchenbezogenen Rahmenbedingungen im Berichtsjahr – insbesondere das Niedrigzinsumfeld und die ökonomische Entwicklung unserer Kernregion – wirkten sich auch in der Geschäftsentwicklung und Ertragslage unserer Sparkasse aus.

2. Geschäftsentwicklung

In der Prognose im Lagebericht per 31.12.2013 hatte der Vorstand darauf hingewiesen, dass die anhaltende Niedrigzinsphase und die im Zuge der verschärften regulatorischen Anforderungen umgesetzten und noch umzusetzenden Maßnahmen das Ergebnis belasten würden. Ferner würde die Geschäftsentwicklung durch die Umsetzung der geplanten Umbaumaßnahmen geprägt sein. Der Vorstand ging daher

für das Jahr 2014 von einem negativen Ergebnis vor Steuern aus, das jedoch deutlich geringer ausfallen sollte als im Vorjahr. Der tatsächliche Verlauf des Jahres 2014 war erheblich besser als erwartet. So konnte trotz anhaltend vorsichtiger Bewertung ein Ergebnis erzielt werden, das es ermöglichte, die im Vorjahr durch Verlustausgleich um 47 Mio. € geminderte Stille Einlage wieder vollständig aufzufüllen.

Leistungsindikatoren	IST		Abweichung	
	31.12.2014	31.12.2013	absolut	in %
Ergebnisabführung an LBB Holding (Mio. €)	0	-144	144	100,0
Verwaltungsaufwand (Mio. €)	799	864	-65	-7,5
Mitarbeiterkapazitäten	3.551	3.868	-317	-8,2
Harte Kernkapitalquote in %	15,9 %	15,3 %	-	-
Bilanzsumme (Mio. €)	57.421	70.315	-12.894	-18,3
Forderungen an Kunden (Mio. €)	18.222	19.101	-879	-4,6
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden (Mio. €)	27.110	27.307	-197	-0,7

Die Kernkapitalquote zum Jahresende 2014 war leicht höher als zum Vorjahreszeitpunkt, trotz der einvernehmlichen Beendigung der Stillen Gesellschaft und Rückzahlung der Stillen Einlage mit Wirkung zum 31.12.2014. Der aufgrund vorsichtiger Schätzung geplante Wert von 9,0 % für Ende 2014 wurde deutlich übertroffen.

Der umbaubedingte Stellenabbau kam im Berichtsjahr gut voran. Neben den tatsächlich erfolgten Abgängen wurden in nennenswertem Umfang Vereinbarungen über Austritte in den kommenden Jahren mit Mitarbeitern auf Basis eines Sozialplans und Interessenausgleichs abgeschlossen.

Der Verwaltungsaufwand betrug 799 Mio. € (Vorjahr: 864 Mio. €) und lag damit deutlich unter dem Vorjahreswert. Sowohl der gesunkene Personalbestand, geringere umbaubedingte Aufwendungen als auch eine stringentere Kosten-

steuerung führten zu einer deutlichen Unterschreitung des geplanten Budgets von 854 Mio. €.

Auch 2014 war ein Jahr des Umbaus zur Sparkasse in der deutschen Hauptstadt. Die in diesem Zusammenhang notwendigen Strukturveränderungen beeinflussten das Geschäftsjahr maßgeblich. Die LBB/BSK konnte ihr Kundengeschäft weiter stärken und ihre führende Position im Berliner Bankenmarkt behaupten. Die Entwicklung im Kundengeschäft war insgesamt positiv. Bei allen Faktoren, die die LBB/BSK selber beeinflussen kann, erreichte sie ihre Ziele und agierte erfolgreich im Markt. Angesichts der hohen Unwägbarkeiten an den Finanzmärkten und der nach wie vor ungelösten Schuldenkrise in Europa ist weiterhin Vorsicht geboten. Das Umfeld für die Finanzbranche bleibt aufgrund der Niedrigzinsphase unverändert schwierig. Die vorsichtige Risikopolitik, die einen anhaltend positiven Effekt auf die Risiko-

vorsorge hat, wird die LBB/BSK deshalb unverändert beibehalten.

Der auch in 2014 fortgesetzte Abbau von nicht mehr strategiekonformen Beständen führte zu einer deutlichen Reduktion der Bilanzsumme um 12,9 Mrd. € auf 57,4 Mrd. €. Der Bestandsabbau erfolgte insbesondere im Handelsbestand sowie im Wertpapier- und Interbankengeschäft. Die Bestände im Kundengeschäft waren vom Abbau nur unterproportional betroffen.

Hauptsächlich durch Rückführung nicht mehr strategiekonformer Kommunalkreditgeschäfte sowie von Geldhandelspositionen wurde das Volumen der Forderungen an Kunden 2014 reduziert. Die LBB/BSK vermittelt Konsumentenkredite an die S-Kreditpartner GmbH, an der sie zu 66,7 % beteiligt ist. Im Jahr 2014 konnte an die SKP 353 Mio. € Kreditvolumen vermittelt werden.

Verbindlichkeiten gegenüber Kunden nach Produkten	31.12.2014	31.12.2013	Veränderung	
			absolut	in %
in Mio. €				
Sichteinlagen/Tagesgelder	15.385	15.172	213	1,4
Termineinlagen	4.967	4.746	221	4,7
Spareinlagen	5.544	5.646	-102	-1,8
Namenspfandbriefe	486	675	-189	-28,0
Schuldscheindarlehen	728	1.068	-340	-31,8
Gesamt	27.110	27.307	-197	-0,7

Auch die Verbindlichkeiten gegenüber Kunden wurden im Geschäftsjahr leicht abgebaut. Insbesondere im institutionellen Geschäft wurden Bestände reduziert.

Die LBB/BSK erzielte im Berichtsjahr – trotz des fortschreitenden Umbaus – ein positives Ergebnis vor Steuern in Höhe von 56 Mio. €. Es lag damit um 247 Mio. € über dem Vorjahresergebnis (-191 Mio. €) und 113 Mio. € über unserer Planung. Nach Steuern und Wiederauffüllung der Stillen Einlage von 47 Mio. € ergab sich ein ausgeglichenes Ergebnis.

Eine Ergebnisabführung an die Holding sowie eine Verzinsung der Stillen Einlage für das Geschäftsjahr erfolgte nicht.

Das über den Erwartungen liegende Ergebnis des Jahres 2014 war im Wesentlichen auf einen über dem Planwert liegenden Zinsüberschuss und einen geringeren Verwaltungsaufwand zurückzuführen. Das Vorjahresergebnis war in besonderem Maße durch hohe Restrukturierungsaufwendungen für den Konzernumbau (274 Mio. €) geprägt.

3. Ertragslage

Ergebnis			Veränderung	
	2014	2013	absolut	in %
in Mio. €				
Zinsüberschuss	828	885	-57	-6,4
Provisionsüberschuss	256	240	16	6,7
Nettoertrag oder Nettoaufwand des Handelsbestands	-8	-26	18	69,2
Verwaltungsaufwendungen	799	864	-65	-7,5
Personalaufwand	336	343	-7	-2,0
Andere Verwaltungsaufwendungen	428	483	-55	-11,4
Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen	35	38	-3	-7,9
Saldo übriger betrieblicher Aufwendungen und Erträge	-86	9	-95	< -100,0
Betriebsergebnis vor Risikovorsorge	191	244	-53	-21,7
Risikovorsorge	148	88	60	68,2
Risikovorsorge im Kreditgeschäft (netto)	152	91	61	67,0
Ergebnis aus Wertpapieren der Liquiditätsreserve („-„ = Ertrag)	-4	-3	-1	-33,3
Betriebsergebnis	43	156	-113	-72,4
Ergebnis aus Finanzanlagen	27	-44	71	> 100,0
Aufwand aus Bankenabgabe	1	16	-15	-93,8
Saldo der übrigen Positionen	-13	-287	274	95,5
Ergebnis vor Steuern	56	-191	247	> 100,0
Ertragsteuern	9	0	9	-
Ergebnis nach Steuern	47	-191	238	> 100,0
Auffüllung Stille Einlage	47	-47	94	> 100,0
Verlustübernahme	0	-144	144	100,0
Jahresüberschuss	0	0	0	-

Beim **Ergebnis nach Steuern** erreichte die LBB/BSK trotz fortdauernder Niedrigzinsphase und anhaltender umbaubedingter Belastungen wieder einen deutlich positiven Wert. Im Vorjahr hatte sie, insbesondere aufgrund von Rückstellungsbildungen im Zusammenhang mit dem Umbau zur Hauptstadtsparkasse, ein negatives Ergebnis ausgewiesen. Im Berichtsjahr standen Rückgängen im Zinsergebnis, im Saldo der übrigen betrieblichen Aufwendungen und Erträge sowie ein Anstieg in der Risikovorsorge Einsparungen im Verwaltungsauf-

wand sowie Mehrerträge im Ergebnis aus Finanzanlagen gegenüber.

Das Ergebnis nach Steuern wurde vollständig zur Wiederauffüllung der Stillen Einlage genutzt, welche im Vorjahr durch Verlustbeteiligung um 47 Mio. € reduziert worden war. Eine Verzinsung der Stillen Einlage erfolgte somit für das Geschäftsjahr 2014 nicht, ebenso wenig eine Gewinnabführung an die Muttergesellschaft LBB Holding AG (Vorjahr: Verlustübernahme in Höhe von 144 Mio. €).

Im Folgenden werden die einzelnen **Ergebniskomponenten** dargestellt:

Der **Zinsüberschuss** lag mit 828 Mio. € um 6% unter dem Vorjahreswert von 885 Mio. €. Ursächlich für den Rückgang waren vor allem geringere Erträge aus Ergebnisübernahmen und in einem Niedrigzinsumfeld geringere Zinserfolge.

Der **Provisionsüberschuss** lag mit 256 Mio. € um 16 Mio. € über dem Vorjahresniveau. Insbesondere höhere Provisionserträge im Bereich Zahlungsverkehr und Kontoführung sowie im Kartengeschäft trugen zu dem guten Ergebnis bei.

Der **Nettoertrag/Nettoaufwand des Handelsbestands** in Höhe von -8 Mio. € lag um 18 Mio. € höher als im Vorjahr, was im Wesentlichen in umfangreichen Bewertungskorrekturen für Zinsderivate mit mehrfachen Kündigungsrechten im Vorjahr begründet lag.

Der **Verwaltungsaufwand** sank deutlich auf 799 Mio. € (Vorjahr: 864 Mio. €). Er beinhaltet Personalaufwendungen, Abschreibungen sowie andere Verwaltungsaufwendungen. Die Personalaufwendungen verminderten sich um 7 Mio. € auf 336 Mio. €. Entlastenden Effekten wie der Reduktion der durchschnittlichen Anzahl der Beschäftigten um 357 standen Tarifierhöhungen sowie zinsbedingt höhere Aufwendungen für die Altersversorgung gegenüber. In den anderen Verwaltungsaufwendungen in Höhe von 428 Mio. € (Vorjahr: 483 Mio. €) war ein deutlicher Rückgang zu verzeichnen, der zu großen Teilen auf geringere Beratungskosten im Zusammenhang mit dem Umbau im Vergleich zu 2013 zurückzuführen ist. Darüber hinaus zeigte die stringente Kostensteuerung im Rahmen des Kostensenkungsprogramms bereits erste positive Effekte. Insgesamt blieben die Verwaltungsaufwendungen im laufenden Geschäftsjahr deutlich unter dem geplanten Budget von 854 Mio. €.

Der **Saldo der übrigen betrieblichen Aufwendungen und Erträge** war im Berichtsjahr durch zusätzliche Rückstellungszuführungen geprägt. Er lag daher mit -86 Mio. € deutlich unter dem positiven Vorjahressaldo von 9 Mio. €.

Die **Risikovorsorge im Kreditgeschäft** wies einen Nettoaufwand von 152 Mio. € aus. Im Vergleich zum Vorjahreszeitraum entsprach dies einer Erhöhung um 61 Mio. €. Dabei wurden auch Vorsorgereserven für allgemeine Bankrisiken in Höhe von 78 Mio. € angemessen berücksichtigt. Insgesamt standen Neubildungen in Höhe von 223 Mio. € (Vorjahr: 157 Mio. €) Auflösungen in Höhe von 71 Mio. € (Vorjahr: 66 Mio. €) gegenüber.

Im **Ergebnis aus Wertpapieren der Liquiditätsreserve** in Höhe von 4 Mio. € spiegeln sich neben Erlösen aus dem Abgang von Wertpapieren und aus Wertaufholungen kompensierende Effekte aus Abschreibungen wider.

Das **Ergebnis aus Finanzanlagen** in Höhe von 27 Mio. € wurde durch Gewinnrealisierungen im Zuge des Bestandsabbaus im Treasury sowie durch Wertaufholungen aufgrund der Einengung fremder Credit Spreads bestimmt. Daneben konnte aus der Verschmelzung mit der LBB International S.A. ein Verschmelzungsgewinn vereinbart werden. Abschreibungen auf Beteiligungen und einzelne Wertpapierpositionen wirkten dagegen belastend. Der Umfang der unterlassenen Abschreibungen auf Wertpapiere des Anlagevermögens hat sich im Berichtsjahr um 23 Mio. € auf 25 Mio. € vermindert.

Im **Saldo der übrigen Positionen** war die über 15 Jahre zu verteilende Zuführung zu Pensionsrückstellungen aufgrund der veränderten Ermittlungsmethode des Bilanzrechtsmodernisierungsgesetzes (BilMoG) enthalten.

Der Aufwand aus **Ertragsteuern** resultierte ausschließlich aus ausländischen Steuern in Luxemburg und steht im Zusammenhang mit der Verschmelzung

der LBB International S.A. auf die Niederlassung Luxemburg und deren Schließung zum 30.06.2014.

4. Vermögenslage

Aktiva	31.12.2014	31.12.2013	Veränderung	
			absolut	in %
in Mio. €				
Forderungen an Kreditinstitute	16.852	19.685	-2.833	-14,4
Forderungen an Kunden	18.222	19.101	-879	-4,6
Schuldverschreibungen	17.781	21.491	-3.710	-17,3
Aktien und andere nicht festverz. Wertpapiere	265	367	-102	-27,8
Handelsbestand	1.939	5.626	-3.687	-65,5
Beteiligungen/Anteile an verb. Unternehmen	412	1.636	-1.224	-74,8
Sachanlagen	88	97	-9	-9,3
Übrige Aktiva	1.862	2.312	-450	-19,5
Summe Aktiva	57.421	70.315	-12.894	-18,3

Im Vergleich zum Vorjahresstichtag war die **Bilanzsumme** per 31.12.2014 um etwa 12,9 Mrd. € rückläufig. Im Wesentlichen ist dies auf nicht ersetzte Fälligkeiten und Verkäufe im Rahmen des Abbaus von Risikoaktiva sowie nicht mehr strategiekonformer Bestände zurückzuführen.

Die **Forderungen an Kreditinstitute** lagen mit 16,9 Mrd. € um 14,4 % unter dem Vorjahresniveau von 19,7 Mrd. €. Der Rückgang resultierte insbesondere aus der Verringerung von Geldmarktgeschäften wie Tages- und Termingeldern sowie Reverse Repos am Interbankenmarkt.

Die **Forderungen an Kunden** wurden gegenüber dem Vorjahresstichtag um 0,9 Mrd. € beziehungsweise 4,6 % reduziert und beliefen sich auf 18,2 Mrd. €. Die Kommunalkredite wurden strategiekonform um 0,8 Mrd. € weiter zurückgeführt.

Der Bestand der **Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren** ging um 3,7 Mrd. € auf 17,8 Mrd. € (Vorjahr: 21,5 Mrd. €) zurück. Auch für diese Verringerung war der strategiekonforme Abbau von Risikopositionen ausschlaggebend. Der Anteil am Bestand, der auf eigene Schuldverschreibungen entfiel, betrug 10 % nach 11 % im Vorjahr.

In der Position **Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere** waren überwiegend Anteile an Investmentfonds aus der Eigenanlage enthalten.

Der Bilanzposten **Handelsbestand** enthielt zum Bilanzstichtag im Wesentlichen positive Marktwerte aus Derivaten, Schuldverschreibungen und Aktien. Veränderte Marktbewertungen und die Erweiterung des verrechneten Ausweises bestimmter Derivate führten neben dem Abbau von Beständen zur Reduktion des Postens auf 1,9 Mrd. €.

Der deutliche Rückgang bei **Beteiligungen/Anteilen an verbundenen Unternehmen** resultierte aus der Übertragung wesentlicher Tochterunternehmen, Berlin Hyp, S-Servicepartner, LBB-Finance plc, netbank und LBB-Grundstücksgesellschaft, auf die Muttergesellschaft Holding im Zuge des Konzernumbaus.

Der Posten **Übrige Aktiva** in Höhe von 1,9 Mrd. € lag unter dem Vorjahresniveau (2,3 Mrd. €) und enthielt im Wesentlichen Forderungen aus der Besicherung von Bankbuchderivaten.

Passiva in Mio. €	31.12.2014	31.12.2013	Veränderung	
			absolut	in %
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	9.694	12.220	-2.526	-20,7
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	27.110	27.307	-197	-0,7
Verbriefte Verbindlichkeiten	11.396	15.168	-3.772	-24,9
Handelsbestand	3.643	9.565	-5.922	-61,9
Rückstellungen	1.420	1.252	168	13,4
Nachrangige Verbindlichkeiten	819	819	0	0,0
Eigenkapital	2.161	2.814	-653	-23,2
Grundkapital	1.200	1.200	0	0,0
Stille Einlagen	0	653	-653	-100,0
Rücklagen	961	961	0	0,0
Übrige Passiva	1.178	1.170	8	0,7
Summe Passiva	57.421	70.315	-12.894	-18,3

Der Rückgang der **Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten** gegenüber dem Vorjahr betrug 2,5 Mrd. € oder 20,7 % und war hauptsächlich auf verminderte Geldmarktgeschäfte zurückzuführen.

Die **Verbindlichkeiten gegenüber Kunden** reduzierten sich im Vergleich zum Vorjahresstichtag leicht um 0,2 Mrd. € auf 27,1 Mrd. €. Hiervon waren insbesondere Schuldscheindarlehen und Namenspfandbriefe betroffen. Der Bestand der Spareinlagen in Höhe von 5,5 Mrd. € war ebenfalls leicht rückläufig (-0,1 Mrd. €).

Das Volumen der **verbrieften Verbindlichkeiten** reduzierte sich um 3,8 Mrd. € auf 11,4 Mrd. €. Der Rückgang betraf überwiegend die sonstigen begebenen Schuldverschreibungen.

Im **Handelsbestand** wurden im Wesentlichen negative Marktwerte aus Derivaten und begebenen Schuldverschreibungen des Handelsbestands ausgewiesen. Wie auf der Aktivseite führten veränderte Marktbewertungen, der strategiekonforme Abbau von Beständen des Handelsbuchs und die Erweiterung des verrechneten Ausweises bestimmter Derivate zur starken Reduktion des Bestandes um 61,9 % auf noch 3,6 Mrd. €.

Der Anstieg des Bestands an **Rückstellungen** um 13,4 % auf 1,4 Mrd. € war im Wesentlichen auf erhöhte Zuführungen für Pensionsrückstellungen (Bestandsveränderung 69 Mio. €) und für Rückstellungen für Rechtsrisiken aus dem Kundengeschäft (Bestandsveränderung 38 Mio. €) zurückzuführen. Die Pensionsrückstellungen betragen zum Jahresende 0,7 Mrd. €.

Das **Eigenkapital** der LBB/BSK war zum Bilanzstichtag um rund 653 Mio. € geringer als im Vorjahr, was allein auf die Rückzahlung der Stillen Einlage im Zusammenhang mit dem Umbau zur Berliner Sparkasse zurückzuführen war.

Ein Bilanzgewinn oder -verlust entstand aufgrund des Gewinnabführungsvertrags mit der Holding nicht. Angaben zur Zusammensetzung des Eigenkapitals können dem Anhang entnommen werden.

5. Finanzlage

Die für Banken und Sparkassen relevante Liquiditätssteuerung beruht auf den in § 11 KWG festgelegten Grundsätzen. Das Liquiditätsmanagement erfolgt durch den Bereich Treasury. Mit dem Ziel, die Zahlungsfähigkeit auch in Krisensituationen zu gewährleisten, wurden die aufsichtsrechtlichen Liquiditätskennziffern jederzeit eingehalten. Die Liquiditätskennziffer lag ganzjährig deutlich oberhalb der Mindestgröße von 1,0, per 31.12.2014 betrug sie 1,73.

Die LBB/BSK betreibt eine vorausschauende Liquiditätsplanung und unterhält eine Liquiditätsreserve zur Sicherstellung der täglichen Zahlungsbereitschaft. Sie nutzt einen ausgewogenen Mix an Instrumenten zur Refinanzierung ihres Aktivgeschäfts. Dazu zählen Spar-, Sicht- und Termineinlagen von Kunden, Pfandbriefe, andere verbrieftete Verbindlichkeiten sowie Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten. Für Refinanzierungsgeschäfte mit der EZB werden dort entsprechende Sicherheiten unterhalten, um diese dispositionsbedingt nutzen zu können. Zur Erfüllung der Mindestreservevorschriften werden entsprechende Guthaben bei der Deut-

schen Bundesbank, Hauptverwaltung Berlin und Brandenburg, unterhalten.

Für weitere und detailliertere Ausführungen zur Liquiditätslage verweisen wir auf den Risikobericht.

Das bilanzielle Eigenkapital betrug am 31.12.2014 2,2 Mrd. € und damit 3,8 % der Bilanzsumme. Es beinhaltete das Grundkapital (1,2 Mrd. €) und die Rücklagen (1,0 Mrd. €). Die Stille Einlage von 0,7 Mrd. € wurde zum 31.12.2014 zurückgeführt.

Die bankaufsichtsrechtlichen Eigenmittel gemäß der Verordnung zur Kapitaladäquanzrichtlinie (CRR, Capital Requirements Regulation) der LBB/BSK beliefen sich zum 31.12.2014 nach Feststellung des Jahresabschlusses auf 2.940 Mio. € (Vorjahresstichtag: 3.241 Mio. € – gem. KWG). Bezogen auf die Risikopositionen nach CRR errechnete sich daraus eine Gesamtkapitalquote für die LBB/BSK von 22,10 % (Vorjahr: 19,20 % – Gesamtkennziffer gem. KWG) und eine harte Kernkapitalquote von 15,91 % (Vorjahr: 15,29 % – Kernkapitalquote gem. KWG).

6. Personal- und Sozialbereich

Die Mitarbeiterkapazität lag bei der LBB/BSK mit 3.551 (Vorjahr 3.868) ca. 8,2 % unter Vorjahresniveau. Der Rückgang der Beschäftigtenzahl resultierte im Wesentlichen aus den Personalanpassungen im Zusammenhang mit der Umsetzung des Vertriebsprojektes „Wege zum Kunden“ sowie aus Personalreduzierungen in den Corporate Centern und im Kapitalmarktgeschäft. In den Zahlen per 31.12.2013 waren noch die Personalübergänge per Ablauf des 31.12.2013 an die DekaBank im Rahmen der Veräußerung des kundenbezogenen Kapitalmarktgeschäfts enthalten. Mit Wirkung zum 01.01.2015 werden 99,5 Mitarbeiterkapazitäten in die Holding übergehen.

Der Anteil der weiblichen Beschäftigten lag bei rund 60 % der Gesamtbelegschaft. Zum Stichtag arbeiteten 963 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Teilzeit, was einer Quote von etwa 24 % der Gesamtbelegschaft entspricht.

Unter den Beschäftigten waren am Jahresende 221 Auszubildende und Trainees. Damit lag die Ausbildungsquote bei 5,4 %. Die LBB/BSK ist einer der

größten Ausbildungsbetriebe in Berlin mit vielfältigen Möglichkeiten für Schulabgänger und Hochschulabsolventen. Im Geschäftsjahr begannen 85 junge Leute eine Ausbildung in unserem Hause. Aufgrund des demographischen Wandels in der Gesellschaft und vor dem Hintergrund ihrer eigenen Altersstruktur hat die LBB/BSK weiterhin ein großes Interesse, Nachwuchskräfte zu gewinnen.

Die Maßnahmen zur Mitarbeiterqualifizierung, wie die Programme zur Entwicklung von Führungskräften und das Fachkräfteprogramm für Spezialisten, haben wir 2014 fortgeführt. Mit dem Ziel, die Führungsqualität und die Zusammenarbeit in den Teams zu verbessern, wurde 2014 erneut ein sogenanntes Stimmungsbarometer zur Erhebung der Mitarbeiterzufriedenheit durchgeführt. Das Gesundheitsmanagement in der LBB/BSK bauten wir kontinuierlich aus. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter hatten zudem die Möglichkeit, eine externe Beratung zu beruflichen, familiären, gesundheitlichen oder anderen persönlichen Fragen sowie einen Familienservice in Anspruch zu nehmen.

7. Gesamtaussage

Trotz des laufenden Umbaus der Landesbank Berlin zur Berliner Sparkasse und des anhaltenden Niedrigzinsumfeldes konnte im Jahr 2014 eine gute Geschäftsentwicklung verzeichnet werden, in den Kundengeschäften erfolgreich agiert und insgesamt die Position in dem wettbewerbsintensiven Berliner Markt weiter ausgebaut werden. Das deutlich über den Erwartungen liegende Ergebnis nach Steuern von 47 Mio. € ermöglichte die Wiederauffüllung der Stillen Einlage auf den ursprünglichen Einlagenwert. Dabei wurde allen erkennbaren Risiken im Kreditgeschäft wie auch Rechtsrisiken angemessen Rechnung getragen. Eine Verzinsung der Stillen Einlage oder eine Ergebnisabführung erfolgten plangemäß nicht.

Bereits im abgelaufenen Jahr führte das im Rahmen des Umbaus eingeführte Kostensenkungsprogramm zu deutlich verringerten Verwaltungskosten. Der Personalabbau liegt hinsichtlich der individuell mit Mitarbeitern vereinbar-

ten Maßnahmen im Plan. Der Personalbestand zum Jahresende konnte gegenüber dem Vorjahr um 317 Mitarbeiterkapazitäten gesenkt werden. Durch die Übertragung der Aktien an der Berlin Hyp sowie weiterer Tochterunternehmen an die Muttergesellschaft Holding ist die LBB/BSK Anfang 2015 bei ihrer Entwicklung zur Hauptstadtsparkasse einen weiteren wichtigen Schritt vorangekommen. Die Umhängung der Berlin Hyp war Folge der konsequenten Ausrichtung der LBB/BSK auf ihre definierten Kerngeschäfte. Da Strukturen und Prozesse dadurch deutlich schlanker und einfacher werden, sind weitere Kosteneinsparungen zu erwarten.

Im Zuge der Umstrukturierung konnte die Stille Einlage mit einem Volumen von 700 Mio. € Eigenkapital zurückgeführt werden. Da andererseits der Abbau von Risikopositionen weiter vorangetrieben wurde, hat sich die Kernkapitalquote zum Jahresende geringfügig um 0,6 Prozentpunkte auf 15,9 % erhöht.

C. Nachtragsbericht

Vorgänge von besonderer Bedeutung, die sich nach Schluss des Berichtszeitraumes ergeben haben und die eine

deutlich andere Darstellung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage erfordern hätten, liegen nicht vor.

D. Rechnungslegungsbezogenes internes Kontroll- und Risikomanagementsystem

Die LBB/BSK hat im Geschäftsjahr 2014 neben der eigenen Rechnungslegung Aufgaben der Rechnungslegung für die Holding, die RVG sowie für weitere Konzernunternehmen auf der Grundlage von Geschäftsbesorgungsverträgen übernommen. Für die LBB/BSK und die Holding umfasste die Rechnungslegung, neben der laufenden Finanzbuchhaltung, insbesondere die Erstellung von HGB-Jahres- und IFRS-Konzernabschlüssen sowie von Lage- und Konzernlageberichten. Für die RVG wurde der IFRS-Konzernabschluss für das Geschäftsjahr 2013 erstellt. Die Zuständigkeit für die Rechnungslegung oblag dem Bereich Finanzen der LBB/BSK. Die Rechnungslegungsprozesse sind standardisiert und unterliegen kontinuierlichen Kontrollen, die im Rahmen der Gesamtstrategie zur Risikobegrenzung durchgeführt werden. Im Zuge des Umbaus der LBB/BSK zu einer Hauptstadtparkasse wird es 2015 zu Veränderungen in der Aufgabenverteilung zwischen LBB/BSK und Holding kommen. Ebenfalls wird der Wechsel der Rechnungslegung von IFRS auf HGB vollständig vollzogen. Diese Veränderungen werden unter Beibehaltung der grundlegenden kontinuierlichen Kontrollen erfolgen.

Hierbei werden die Standards IDW PS 261 sowie DRS 20 beachtet. Das rechnungslegungsbezogene interne Kontrollsystem (IKS) umfasst die Grundsätze, Maßnahmen und Verfahren (Regelungen) zur Sicherung der Ordnungsmäßigkeit und Verlässlichkeit der Rechnungslegung, Einhaltung der maßgeblichen rechtlichen Vorschriften und die

Sicherstellung der Wirksamkeit der Kontrollen in Bezug auf die Rechnungslegung. Die Maßnahmen des rechnungslegungsbezogenen internen Risikomanagementsystems (RMS) zur Identifizierung, Bewertung und Begrenzung von Risiken gewährleisten die rechnungslegungskonforme Erstellung von Jahres- und Konzernabschlüssen sowie von Lage- und Konzernlageberichten.

Die Implementierung der Kontrollen erfolgt auf Basis der Beurteilung von Angemessenheit, Wirksamkeit und Wirtschaftlichkeit.

Ziel des IKS ist es, die auftretenden Geschäftsvorfälle in Übereinstimmung mit den gesetzlichen Vorschriften, der Satzung und anderen internen Richtlinien vollständig, zeitnah und richtig zu erfassen, zu verarbeiten und zu dokumentieren. Aktiva und Passiva sollen im Abschluss zutreffend angesetzt, ausgewiesen und bewertet werden. Erfolge sind sachgerecht zu ermitteln. Die Kontrollen dienen auch dem Zweck, diese Abschlussinformationen möglichst zeitnah, verlässlich und vollständig bereitzustellen.

Bestandteile des rechnungslegungsbezogenen IKS sind prozessintegrierte und prozessunabhängige Maßnahmen. Die prozessintegrierten Maßnahmen umfassen organisatorische Sicherungsmaßnahmen wie Funktionstrennung, Zugriffsbeschränkungen, Richtlinien und Kompetenzregelungen sowie Kontrollen durch manuelle Soll/Ist-Vergleiche und programmierte Plausibilitätsprüfungen. Die prozessunabhängigen

Maßnahmen bestehen in Form von Prüfungen der internen Revision und übergeordneten Durchsichten durch das Management. Das rechnungslegungsbezogene RMS besteht im Einklang mit der Gesamtrisikostategie aus quantitativen und qualitativen Methoden zur Risikoerfassung (Schadenfalldatenbank, Self Assessment sowie Risikoindikatoren), Maßnahmen zur Risikosteuerung und Risikoüberwachung sowie der regelmäßigen Berichterstattung.

Die Zuständigkeit für die Rechnungslegung obliegt dem Bereich Finanzen und unterstand im Geschäftsjahr 2014 nach dem Geschäftsverteilungsplan unverändert dem Vorstandsressort von Herrn Dr. Evers.

Für die Bewertung der Finanzinstrumente greift der Bereich Finanzen auf die Kursversorgung des Bereichs Risiko und Controlling zurück. Die Bewertung der Kreditrisiken erfolgt in den Bereichen Kredit und Risikobetreuung und wird für den Prozess der Abschlusserstellung übernommen.

Durch den Bereich Finanzen werden zentral einheitliche Vorgaben für die Erstellung von HGB-Jahres- und Konzernabschlüssen, Lage- und Konzernlageberichten sowie für Steuerbilanzen gemacht. Für die Erstellung von Konzernabschlüssen erfolgt dies insbesondere durch ein Konzernhandbuch.

Die LBB/BSK hat eine Prozess- und Verfahrensdokumentation für die Erstellung von Abschlüssen und Lageberichten, welche auch die durchzuführenden Kontrollen im Prozess umfasst. Die Geschäftsvorfälle werden mittels IT-Systemen verarbeitet und gebucht. Die Handelsbücher und sonstigen Bestandsnachweise werden in elektronischer Form geführt.

Das zentrale Finanzbuchführungssystem in der LBB/BSK ist SAP ECC, Modul FI. Die Konsolidierung im Konzern erfolgt mittels SAP SEM, Modul BCS. Das Rechnungswesen ist in der Weise einge-

richtet, einem sachverständigen Dritten innerhalb einer angemessenen Zeit einen Überblick über die Geschäftsvorfälle und über die finanzielle Lage vermitteln zu können. Sofern das Rechnungswesen für die in den Konzernabschluss und Konzernlagebericht einbezogenen Tochterunternehmen nicht durch die LBB/BSK erfolgt, haben diese individuelle Softwareanwendungen und eigene Prozesse und Kontrollen für ihr Rechnungswesen im Einsatz. Eine interne Revision überwacht jeweils die Einhaltung des Regelsystems.

Die Steuerung der Risiken in der Rechnungslegung ist Bestandteil der Steuerung operationeller Risiken. Das Management der operationellen Risiken wird ausführlich separat beschrieben.

Impliziter Bestandteil des Prozesses zur Rechnungslegung sind Kontrollen, die systemgestützte Abgleiche, Einzelkontrollen, Stichproben, Plausibilitätsprüfungen sowie Abgleiche zu vorhandenen Datenquellen zum Gegenstand haben. Werden bei Kontrollen Abweichungen zum Sollprozess festgestellt, erfolgt die Evaluierung und Überarbeitung der betroffenen Rechnungslegungsprozesse sowie der relevanten Kontrollen. Eine Überprüfung dieser Prozesse und der Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen IKS erfolgt auch bei Veränderung der eingesetzten rechnungslegungsbezogenen Systeme sowie bei Veränderungen der Aufgaben in den betroffenen Bereichen.

Die interne Revision führt als unternehmensinterne und unabhängige Stelle prozessunabhängige Maßnahmen durch, um die Einhaltung der Regelungen und damit die Wirksamkeit des IKS zu überwachen. Die interne Revision berücksichtigt dies in ihrer rollierenden Jahresplanung und führt regelmäßig in den Bereichen Finanzen und Organisations- und Produktivitätsmanagement Prüfungen durch. Daneben sind Kontrollen durch das Management (high-level controls) in Form eines Berichts- und Anweisungswesens installiert.

E. Risikobericht

1. Risikomanagementsystem

Das Risikomanagementsystem basiert auf dem Rahmenkonzept der MaRisk, die Risikocontrolling-Funktion gemäß MaRisk AT 4.4.1 wird durch den Bereich Risikocontrolling ausgeübt. Sie ist auch auf Ebene des Vorstands von den Bereichen getrennt, die für die Initiierung und den Abschluss von Geschäften zuständig sind.

Die Berliner Sparkasse (BSK) ist eine Niederlassung der Landesbank Berlin AG (LBB), die als Tochter der Landesbank Berlin Holding AG (LBBH) in die Gruppe der Erwerbsgesellschaft der S-Finanzgruppe mbH & Co. KG (Gruppe) eingebunden ist. Es existieren gruppeneinheitliche risikopolitische Grundsätze und ein gruppenweites Risikomanagementsystem. Die Methoden zur Risikomessung sind gruppenweit einheitlich festgelegt. Das Risikomanagementsystem setzt sich aus einer Reihe von ineinandergreifenden Grundsätzen und Regelungen zusammen. Ziel aller Vorgaben – unter Einhaltung aller gesetzlichen und aufsichtsrechtlichen Anforderungen – ist es, Kunden und Kontrahenten ein stabiler und verlässlicher Geschäftspartner zu sein. Gegenüber der Öffentlichkeit steht die Erfüllung des öffentlichen Auftrags der Sparkasse gemäß dem Berliner Sparkassengesetz im Vordergrund.

Als übergeordnete Regelung stellt die Geschäftsstrategie die strategischen Rahmenbedingungen dar. In ihr ist festgehalten, dass das kontrollierte Eingehen von Risiken im Rahmen einer Risikostrategie elementarer Bestandteil des Bankgeschäfts ist. Die risikopolitischen Grundsätze stellen sicher, dass die eingegangenen Risiken die Substanz der LBB/BSK nicht gefährden und jederzeit kontrolliert werden können. Die LBB/BSK und

ihre organisatorischen Einheiten haben dafür Sorge zu tragen, dass alle Risiken transparent und im Rahmen der gruppeneinheitlichen Methodik messbar sind. Die Risikostrategie der Gruppe detailliert diese Vorgaben auch ausführlich für die LBB/BSK; sie liegt in der Verantwortung des Vorstands. Im Rahmen dieser Strategie erfolgt insbesondere die Festlegung nicht-strategiekonformer, das heißt grundsätzlich zu vermeidender Risiken. Die Einhaltung der Risikostrategie wird laufend überwacht.

Den Chancen wird neben den Risiken Rechnung getragen, in dem die Geschäftsleitung in ihren strategischen Vorgaben Geschäfte in ertragreichen oder zukünftig ertragreich angesehenen Regionen und Geschäftsarten fördert. Zugleich werden mit zu hohem Risiko behaftete oder weniger ertragreiche Geschäftsbereiche durch die Festlegung grundsätzlich zu vermeidender Geschäfte eingeschränkt. Das durch den Bereich Risikocontrolling verantwortete Risikomanagement befasst sich mit der Identifizierung, Analyse, Kontrolle, Dokumentation und Berichterstattung der Risiken.

Das Risikohandbuch, das den Rahmen für das operative Risikocontrolling vorgibt und sowohl für die Gruppe als auch für seine Einzelinstitute gilt, stellt detailliert Rahmenbedingungen, Verantwortlichkeiten und Methoden der einzelnen Phasen des Risikomanagements dar. Die verwendeten Methoden beziehen sich insbesondere auf die Risikomessung. In dem Handbuch sind auch für jede Risikoart die existierenden Limitsystematiken und Eskalationsprozesse dargestellt.

Die Risikoinventur stellt mit Unterstützung einer Vielzahl von festgelegten

Prozessen wie zum Beispiel der Mittelfristplanung regelmäßig das Gesamtrisiko­profil fest. In diesem Rahmen wird untersucht, ob mögliche Risiken existieren oder auftreten können, die bisher nicht berücksichtigt worden sind. Die Ergebnisse werden dokumentiert und gegebenenfalls notwendige Maßnahmen abgeleitet.

Die zuständigen Risikocontrolling-Einheiten haben als unabhängige Stellen die Aufgabe, die Risiken zu identifizieren, zu bewerten, die Risikosteuerung im Unternehmen zu unterstützen und das Management regelmäßig zu informieren. Die Identifikation, Messung, Beurteilung, Steuerung und auch die qualifizierte und zeitnahe Überwachung und Kontrolle der Risiken erfolgen gemäß den Vorgaben der Risikostrategie und des Risikohandbuchs.

Das Risikomanagementsystem beinhaltet sowohl Risikoauswertungen nach aufsichtsrechtlichen Vorgaben als auch eine Risikobetrachtung aus ökonomischer Sicht.

Ebenso wie die interne Revision beurteilen die Abschlussprüfer im Rahmen der Jahresabschlussprüfung regelmäßig das Risikomanagementsystem.

Im Jahr 2015 wird das Risikomanagement der LBB/BSK weiterhin durch die allgemeinen Vorgaben der Gruppe bestimmt sein. Geschäftsstrategie, Risikostrategie und Risikohandbuch der Gruppe werden den Rahmen der Geschäftsaktivitäten sowie die Risikomessmethoden definieren. Details für die LBB/BSK werden separat durch den Vorstand der LBB festgelegt werden. Die Identifizierung, Analyse, Dokumentation und Berichterstattung der operationellen Risiken und des Gesamtbankrisikos sowie die Risikotragfähigkeitsberechnungen der LBB/BSK werden im Jahr 2015 in Geschäftsbesorgung durch das Risikocontrolling der übergeordneten Landesbank Berlin Holding durchgeführt werden. Aufgrund der gruppeneinheitlichen Vorgaben sind dabei keine

wesentlichen Anpassungen des Risikomanagementprozesses zu erwarten.

Aktuelle Entwicklungen

Am 04.11.2014 übernahm die Europäische Zentralbank (EZB) die Aufsicht über 120 europäische Banken. Zu diesen unmittelbar von der EZB beaufsichtigten Instituten zählen auch die der aufsichtsrechtlichen Gruppe mit der LBB/BSK. In Vorbereitung hierauf prüfte die EZB zusammen mit der Londoner EU-Bankenaufsicht EBA in einem zweistufigen Verfahren, wie widerstandsfähig die europäischen Banken in einer tiefgreifenden Wirtschaftskrise sind. Die Prüfung erfolgte auf Gruppenebene und bestand aus der Qualitätsprüfung der Aktiva­positionen in der Bankbilanz (Asset Quality Review oder AQR). Die Ergebnisse flossen in den nachfolgenden Stresstest auf Basis der harten Kernkapitalquote zum 31.12.2013 mit ein, der einen massiven Konjunkturunbruch in Deutschland über drei Jahre annahm. Die LBB/BSK gehört als Teil der Gruppe nach wie vor zu den stabilen Banken und hat beim Stresstest ordentlich abgeschnitten. Die im Stresstest betrachtete Kernkapitalquote der Gruppe lag mit 6,83 % immer noch um mehr als einen Prozentpunkt über der Mindestanforderung von 5,5 %. Die unter diesen Bedingungen erreichte Kernkapitalquote kann als Indikator für die Krisenfestigkeit des Geschäftsmodells gelten. Durch die Fortsetzung des Abbaus risikogewichteter Aktiva nach dem Stichtag konnte die Kernkapitalquote um weitere 1,8 % verbessert werden.

1.1. Verantwortlichkeiten und Organisationsstrukturen im Risikomanagementprozess

Der Vorstand trägt die Verantwortung für das Risikoprofil, die Risikostrategie, das Risikotragfähigkeitskonzept inklusive der Verteilung des Risikopotenzials, der Definition eines Risikopuffers und der Limite, die ordnungsgemäße Organisation des Risikomanagements, die Überwachung des Risikos aller Geschäfte sowie die Risikosteuerung. Er wird über den monatlichen Risiko Report durch den Bereich Risikocontrolling

informiert. Eine Reihe weiterer Reports wird im Risikomanagementprozess erstellt und dem Vorstand vorgelegt.

Der Aufsichtsrat wird regelmäßig durch den Vorstand über das gesamte Risiko- und Kapitalprofil unterrichtet. Der aus den Mitgliedern des Aufsichtsrats gebildete Kreditausschuss berät mit dem Vorstand die Grundsätze der Geschäftspolitik im Kreditgeschäft unter dem Gesichtspunkt der Bonitätsrisiken und des Risikomanagements, insbesondere der Adressenausfall-, Marktpreis-, Liquiditäts- und der operationellen Risiken.

Die interne Revision ist wesentlicher Bestandteil des unternehmerischen und prozessunabhängigen Überwachungssystems. Dies beinhaltet für alle Risikoarten eine regelmäßige Prüfung und Bewertung der Risikomanagementprozesse. Sie ist organisatorisch dem Vorstandsvorsitzenden unterstellt und berichtet unabhängig an den Vorstand.

Zur Steuerung und Überwachung der Risikolage wurden die nachfolgend genannten Gremien eingerichtet:

- Der Dispositionsausschuss steuert die strategischen Marktrisikopositionen des Bankbuchs.
- Das Kapitalmanagement-Komitee ist zuständig für die Koordination von Kapitalmaßnahmen zur Umsetzung gesetzlicher und bilanzieller Anforderungen an das Kapitalmanagement.
- Im Kreditrisiko-Komitee erfolgen Diskussion und Abstimmung über die Risikostrategie sowie konzeptionelle Themen im Kredit- und Kreditrisikoccontrolling-Umfeld.
- Das Allgemeine-Produkt-Komitee jeweils für Handels- beziehungsweise Nichthandelsprodukte koordiniert den Genehmigungsprozess bei der Aufnahme von Geschäften in neuen Produkten, Märkten, Produktvarianten, Währungen und EDV-Systemen.

- Das OpRisk-Komitee ist zuständig für die aufbau- und ablauforganisatorische Implementierung eines einheitlichen Risikomanagement- und Risikofrüherkennungssystems für operationelle Risiken.

Der Bereich Risikocontrolling ist die unabhängige Risikoüberwachungseinheit bezogen auf alle Risikoarten. Der Bereich hat die Kompetenz über die anzuwendenden Methoden und Modelle zur Identifikation, Messung, Aggregation und Limitierung von Risiken sowie die Verantwortung für die Weiterentwicklung des Risikomanagementsystems. Der Bereich übernimmt das operative Risikocontrolling.

Die Verantwortung für die operative Risikosteuerung im Sinne der Positionsnahme ist den definierten Verantwortungsträgern zugeordnet. So erfolgt beispielsweise die Gesamtbankrisikosteuerung durch den Gesamtvorstand, die Marktpreisrisikosteuerung unter Einhaltung der verbindlichen Vorgaben des Dispositionsausschusses durch das Treasury. Die Risikosteuerung im Kreditbereich wird beispielsweise für Einzelkreditnehmer durch die jeweiligen Entscheidungsträger gemäß der Kompetenzordnung wahrgenommen, für die Liquiditätsrisiken ist der Bereich Treasury zuständig.

1.2. Gesamtrisikosteuerung

Der Vorstand nimmt im Einklang mit der geschäftspolitischen Ausrichtung sowie unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen Risikotragfähigkeit und der aufsichtsrechtlichen Regelungen eine Risikobegrenzung und Risikoallokation vor, beispielsweise durch Limite oder Strukturvorgaben. Mit dem monatlichen Risiko Report (MRR) erfolgte das Risikoreporting gemäß MaRisk. Auf Basis des MRRs, in dem alle Risikoarten zusammengefasst dargestellt werden, wird in den Sitzungen des Vorstands beziehungsweise des Aufsichtsrats die aktuelle Gesamtrisikolage erörtert und geprüft, inwieweit Reaktionen notwendig sind.

Eine Prüfung der Risiken, die die Vermögens-, Ertrags- oder die Liquiditätslage wesentlich beeinträchtigen können (Risikoinventur), erfolgt laufend durch unterschiedliche konzernübergreifende Aktivitäten wie dem strategischen Dialog und der Mittelfristplanung sowie der regelmäßigen Überprüfung des internen Konsolidierungskreises. Darüber hinaus findet im Rahmen des regelmäßigen Reportings eine systematische Analyse und Identifizierung von Risiken statt. So wird im Rahmen des Limitprozesses oder der Abstimmungen mit den Geschäftsfeldern beispielsweise zur Risikostrategie, zur Planung oder zu neuen Aktivitäten diskutiert, ob neue Risiken entstehen können.

Als wesentliche Risiken im Sinne der MaRisk definiert die LBB/BSK die Risiken, deren Auswirkungen schwerwiegend genug sind, um den Fortbestand der LBB/BSK als Ganzes zu gefährden. Hierzu zählen:

- Adressenausfallrisiken (inklusive Länderrisiken),
- Liquiditätsrisiken,
- Marktpreisrisiken (Zinsänderungsrisiken inklusive Cashflow und Fair Value, Credit Spread-, Aktienkurs-, Options- und Währungsrisiken) und
- Operationelle Risiken.

Das Anteilseignerrisiko wird seit 2013, das Immobilienrisiko seit 2014 aufgrund seiner nur noch geringen Bedeutung nicht mehr als wesentliche Risikoart im Sinne der MaRisk geführt. Dies wurde durch die Risikoinventur 2014 bestätigt.

Für die Zwecke der Risikotragfähigkeit werden die Risikoarten in monetäre und nicht-monetäre Risiken unterschieden. Die monetären Risiken werden bei der quantitativen Zusammenführung zum Gesamtrisiko (internes Risikotragfähigkeitskonzept) berücksichtigt.

Das Beschaffungs- und Fristenrisiko innerhalb des Liquiditätsrisikos wird den nicht-monetären Risikoarten zugeordnet, da es sich um ein „Zeitpunktpro-

blem“ und kein Vermögensverlustrisiko handelt. Es kann nicht durch die Unterlegung mit Risikokapital abgewendet werden. Das Preisrisiko im Liquiditätsrisiko wird in der Risikotragfähigkeit bei den Restrisiken ausgewiesen.

Für die Risikotragfähigkeitsbetrachtungen werden darüber hinaus beim Erkennen wesentlicher Risiken, das heißt potenzieller, noch nicht berücksichtigter Vermögenswertverluste, diese Risiken unter der separaten Position Restrisiko ausgewiesen.

Die Steuerung und Überwachung der Risiken erfolgt auf Einzelinstitutsebene und beinhaltet auch die internen Gesellschaften (Tochter- und Schwestergesellschaften). Die Risiken aus diesen Gesellschaften werden als Korrektur in der Risikodeckungsmasse und nicht in den Werten zum Risiko der LBB/BSK berücksichtigt. Aufgrund der Umhängung der Beteiligungen Berlin Hyp und netbank AG zum 31.12.2014/01.01.2015 besteht für diese Gesellschaften zum Stichtag kein Beteiligungsrisiko mehr. Die Methodik wurde zum 01.01.2015 angepasst. Das bisher bestehende Patronat für die Berlin Hyp wurde zum 31.12.2014 beendet. Ein Risiko aus der Inanspruchnahme aus diesem Altpatronat wird derzeit nicht gesehen. Dieser Sachverhalt wird regelmäßig überwacht. Für den 31.12.2014 wird bereits im Vorgriff auf die ab Januar 2015 angewendeten Verfahren ein geringeres Risiko für die Berlin Hyp und die netbank berücksichtigt.

Das interne Risikotragfähigkeitskonzept beinhaltet ein System von Messverfahren und Limitierungen aller wesentlichen durch Risikokapital abdeckbaren Risiken (monetäre Risiken), das die Überschreitung eines vorgegebenen maximalen Vermögenswertverlusts bis auf eine geringe Restwahrscheinlichkeit ausschließt. Die hierbei zu Grunde liegenden Annahmen werden ebenso wie die entsprechenden Limite regelmäßig, mindestens jährlich, überprüft und gegebenenfalls durch Vorstandsbeschluss ange-

passt. Aufbauend auf den erfassten einzelnen Risikoarten wird das Gesamtrisiko durch Aggregation der gegebenenfalls skalierten Einzelrisiken ermittelt. Die Bewertung der Gesamtrisikolage erfolgt dadurch, dass das zur Deckung der Risiken zur Verfügung stehende Kapital (Risikodeckungsmasse) dem Gesamtbankrisiko gegenübergestellt wird. Abgerundet wird die Bewertung der Gesamtrisikolage durch die Berücksichtigung der Ergebnisse verschiedener Stresstests, die sowohl die Risiken als auch die Kapitalseite mit einbeziehen.

Gemäß § 27 Pfandbriefgesetz muss jede Pfandbriefbank über ein für das Pfand-

briefgeschäft geeignetes Risikomanagementsystem verfügen. Das Risikomanagement der Deckungsstöcke ist in das Gesamtbank-Risikomanagementsystem der LBB/BSK für Adressenausfall-, Marktpreis- und Liquiditätsrisiken sowie für operationelle und sonstige Risiken eingebunden. Darüber hinaus bestehen Limite, welche der Einhaltung aufsichtsrechtlicher Vorgaben dienen. Die Einhaltung dieser Limite für das Risikomanagement der Deckungsstöcke wird täglich überwacht und im Rahmen des monatlichen Risiko Reports dem Vorstand dargestellt.

2. Gesamtbild der Risikolage und interne Kapitaladäquanz

Die etablierten Verfahren, Methoden und Systeme des Risikomanagementsystems haben sich im Berichtsjahr bewährt und die LBB/BSK jederzeit in die Lage versetzt, angemessene Maßnahmen zur Risikosteuerung abzuleiten und umzusetzen.

Mit Beginn des Geschäftsjahres 2014 wurde die Risikotragfähigkeitsbetrachtung auf Einzelinstitutsebene für die LBB/BSK analog zum Vorgehen auf Gruppenebene eingeführt. Das Gesamtrisiko wird dabei der Risikodeckungsmasse für die LBB/BSK gegenübergestellt. Die Risikotragfähigkeit der LBB/BSK war zu jedem Zeitpunkt sowohl nach den internen Maßstäben als auch aus regulatorischer Sicht mit ausreichendem Freiraum gegeben. Das Gesamtrisiko betrug per Jahresende 945 Mio. € (Januar 2014: 1.052 Mio. €). Die Risikodeckungsmasse betrug 2.229 Mio. € (Januar 2014: 2.082 Mio. €).

Die bankaufsichtsrechtlichen Eigenmittel der LBB/BSK gemäß CRR beliefen sich zum 31.12.2014 nach Feststellung des Jahresabschlusses auf 2.940 Mio. €

(Vorjahresstichtag: 3.241 Mio. €). Bezogen auf die Risikopositionen nach CRR errechnete sich daraus eine Gesamtkapitalquote der LBB/BSK von 22,1 % (Vorjahr: 19,2 %) und eine Kernkapitalquote der LBB/BSK von 15,91 % (Vorjahr 15,3 %). Damit liegen die Quoten deutlich über den aufsichtrechtlichen Mindestvorgaben. Das gleiche gilt für die Liquiditätskennziffer der LBB/BSK nach § 11 KWG: 1,73 % per 31.12.2014. Die bilanzielle Risikovorsorge für die LBB betrug 643 Mio. €.

Die nachfolgenden quantitativen Angaben zur Risikolage erfolgen auf Basis des Managementansatzes, das heißt, die Risikolage wird auf Basis der Daten dargestellt, nach denen die interne Risikosteuerung und Berichterstattung, gegliedert nach Risikoarten, an den Vorstand und die Gremien erfolgten. Die interne Risikosicht weicht teilweise vom bilanziellen Ansatz ab. Wesentliche Ursachen für die Unterschiede zwischen interner Steuerung und externer Rechnungslegung liegen in der Definition des Kreditvolumens als „Exposure“ (Inanspruchnahme

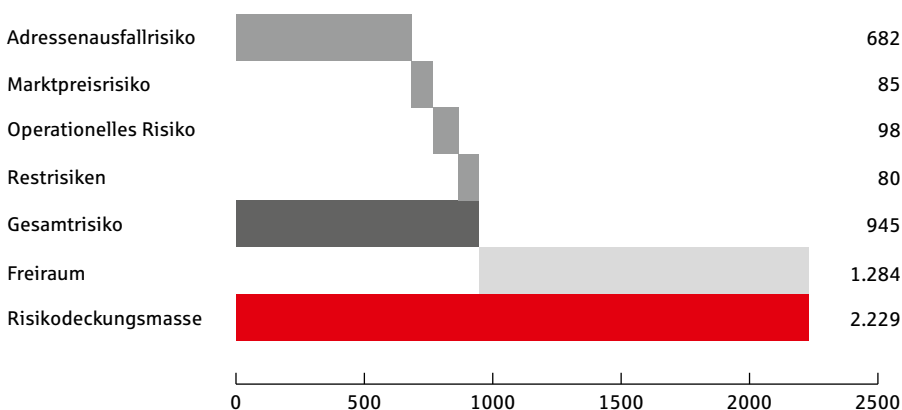
beziehungsweise Marktwerte plus offene externe Zusagen).

Für die Ermittlung der Risikotragfähigkeit wird ein fiktiver Liquidationsansatz zugrunde gelegt. Die interne Risiko- deckungsmasse (RDM) der LBB/BSK wurde im Berichtsjahr auf Basis des Kern- und Ergänzungskapitals unter Berücksichtigung aufsichtsrechtlicher Korrekturposten ermittelt. Die Risiken der Töchter der LBB/BSK wurden bei der Ermittlung der RDM angemessen berücksichtigt. Im Berichtsjahr stieg die Risikodeckungsmasse von 2.082 Mio. € per Januar 2014 auf 2.229 Mio. € per

31.12.2014. Wesentlicher Grund hierfür ist eine veränderte Berücksichtigung der ehemaligen Töchter im Rahmen des Umbaus der LBB/BSK.

Die Aggregation der einzelnen Risikoarten zu einem Gesamtrisiko erfolgt im reinen Additionsverfahren. Diversifikationseffekte werden nicht berücksichtigt. Die Inanspruchnahme je Risikoart, das Gesamtrisiko und der daraus resultierende Freiraum stellten sich zum 31.12.2014 in der LBB/BSK wie folgt dar. Wesentliche Veränderungen der Risiken werden in den Abschnitten zu den einzelnen Risikoarten erläutert.

Inanspruchnahmen nach Risikoarten für die LBB/BSK in Mio. €



Bei gesunkenem Gesamtrisiko in Kombination mit dem Anstieg der Risikodeckungsmasse hat sich der Freiraum erhöht. Die Risikotragfähigkeit war sowohl hinsichtlich der Inanspruchnahme und bei theoretischer Vollausslastung des Gesamtlimits im gesamten Berichtszeitraum gegeben.

Zur Sicherstellung der Risikotragfähigkeit bestehen ein Limitsystem und davon abgeleitete Eskalationsprozesse. Sollte es zu einer Annäherung an eines der Limite kommen, das heißt in der Regel zu einer Risikoauslastung von mehr als 90 %, entscheidet der Vorstand über Maßnahmen, um Limitüberschreitungen zu verhindern.

Wesentliche Auswirkungen auf die Geschäfte aufgrund der politischen

Lage zwischen Russland und der Ukraine erwartet die LBB/BSK nicht, da die bestehenden Geschäfte entweder mit kurzer Laufzeit abgeschlossen wurden oder ECA gedeckt sind. Neugeschäfte werden zur Zeit nicht abgeschlossen.

Ab Januar 2015 gelten die am Jahresende 2014 beschlossenen und überwiegend schon im Dezember 2014 angewendeten Anpassungen am Risikotragfähigkeitskonzept. Die Methode zur Ermittlung der Risikodeckungsmasse beruht weiterhin auf dem Kapital nach den aufsichtsrechtlichen Bestimmungen der Capital Requirement Regulation (CRR). Ab Jahresbeginn 2015 gelten für die LBB/BSK auch die neuen Limite, die nach der Überprüfung zum Jahresende 2014 und zum Jahresanfang 2015 unter Berücksichtigung der Einhaltung der Risikotragfähigkeit festgelegt wurden.

3. Risikokategorien

3.1. Adressenausfallrisiken

Das Adressenausfallrisiko wird als das Risiko eines Verlusts oder entgangenen Gewinns aufgrund des Ausfalls eines Geschäftspartners sowie einer möglichen Wertänderung der eingegangenen Geschäfte definiert. Dies beinhaltet, dass ein Vertragspartner des Instituts nicht oder nicht fristgerecht leistet oder das Institut selbst aufgrund der Nichtleistung eines Dritten zu leisten verpflichtet ist. Weiterhin ist in dieser Definition das Anteilseignerrisiko enthalten, welches sich aus der Zurverfügungstellung von Eigenkapital ergibt.

Im kommerziellen Kreditgeschäft ist das Adressenausfallrisiko im Falle der Gewährung von Buchkrediten identisch mit dem Kreditrisiko. Emittenten-, Kontrahenten- und Kreditnehmerrisiken aus Kapitalmarktgeschäften basieren auf den Marktpreisen der zu Grunde liegenden Finanzinstrumente. Von einem Emittentenrisiko spricht man, wenn statt eines Buchkredites ein Wertpapier gehalten wird. Bei den Kontrahentenrisiken (Risiko der potenziell nachteiligen Wiedereindeckung eines Derivategeschäfts bei Ausfall eines Geschäftspartners) werden zusätzlich zum Marktpreis Aufschläge (produktspezifische Add-Ons) für das Potential Future Exposure berücksichtigt, es sei denn, es bestehen individuelle Collateral-Vereinbarungen (Besicherungsvereinbarungen). Weitere, vor allem im Handelsgeschäft übliche und zum Adressenausfallrisiko zählende Risikokategorien sind das Settlementrisiko (Risiko, das bei der Abwicklung eines Handelsgeschäfts trotz eigener Leistung keine Gegenleistung erfolgt) sowie das Länderrisiko (Transferrisiko).

Bonitäts-/Risikobeurteilung

Die Bonität jedes Kreditnehmers wird unter Zuhilfenahme interner Rating- und Scoringverfahren laufend eingeschätzt. Diese Rating- und Scoringverfahren sind auf Ausfallwahrscheinlichkeiten ausgerichtet und führen zu einer Einstufung

auf einer einheitlichen Ratingmasterskala mit den Klassen 1 bis 18, wobei innerhalb einzelner Klassen eine weitere Differenzierung erfolgt. Diese Masterskala wird in allen Geschäftsfeldern angewendet und ermöglicht den Vergleich der Kreditnehmerbonitäten über die Segmente hinweg.

Die LBB/BSK verwendet kundengruppenspezifische Rating- und Scoringverfahren auf statistischer Basis, die in Projekten mit anderen Landesbanken, dem Deutschen Sparkassen- und Giroverband oder spezialisierten Dienstleistern entwickelt wurden. Die Güte der Verfahren wird regelmäßig überprüft und optimiert. Das Kreditrisikocontrolling nimmt die Aufgaben der „für die Kreditrisikoüberwachung zuständigen Stelle“ nach Artikel 190 CRR wahr.

Ausfallwahrscheinlichkeit und Besicherungsgrad eines Engagements werden für die interne Steuerung zu einer Risikoklasse verdichtet. Für diese wird ebenfalls die Masterskala verwendet. Die Risikoklasse ist maßgebliches Kriterium der Kreditvergaberichtlinien und für die Intensität der Kreditüberwachung. Sie bestimmt die Kreditkompetenz.

Kreditportfoliomodell

Die quantitative Analyse der Adressenausfallrisiken auf Basis statistischer Verfahren wird für Kreditportfolien mittels des selbstentwickelten Kreditportfoliomodells vorgenommen. Dieses Modell, das auf einer konzernspezifischen Adaption von Standardmodellen beruht, erlaubt die Aggregation der kreditnehmerbezogenen Adressenausfallrisiken zu einer Risikokennzahl auf Portfolioebene, dem sogenannten Credit-Value-at-Risk (CreditVaR). Diese Kennzahl wird täglich auf Basis des Konfidenzniveaus 99,9 % mit einer Haltedauer von einem Jahr für die wesentlichen Geschäftsfeldportfolios ermittelt. Als „Risikolast“ wird das gesamte CreditVaR zum Konfidenzniveau 99,9 % abzüglich

der bereits in der Bilanz als wertmindernd angebrachten Kreditrisikovorsorge aus nicht ausgefallenen Positionen verstanden. Die Risikolast betrug 682 Mio. € per 31.12.2014.

Das Kreditportfoliomodell schätzt auf Basis der kreditnehmerspezifischen Exposure, der Ratingklasse, der Besicherung sowie von Korrelationsschätzungen die Wahrscheinlichkeit, dass es zu großen Verlusten durch korrelierte Kreditausfälle kommt. Das eingesetzte Modell reagiert aufgrund seiner Struktur sensitiv auf Klumpenrisiken oder Branchenkonzentrationen und berücksichtigt auch die Gefahr von Länder-Transferereignissen. Die größten Risikokonzentrationen werden im monatlichen Risiko Report (MRR) dargestellt.

Das Kreditportfoliomodell berücksichtigt neben Wertänderungen kapitalmarktnaher Finanzinstrumente (Bonds, CDS, Wandelanleihen) seit 2014 auch zusätzlich die Migrationsrisiken aus dem kommerziellen Geschäft.

Risikobeschränkung

Adressenausfallrisiken werden sowohl auf der Ebene der einzelnen Kreditnehmer als auch auf Portfolioebene im Rahmen eines strategischen Kreditportfoliomanagements limitiert und gesteuert.

Einzelkreditnehmerlimite und deren Überwachung

Die Adressenausfallrisiken werden auf Einzelkreditnehmer-Ebene durch individuelle Limite für Kreditnehmer für die Parameter Betrag, Laufzeit und Geschäftsart begrenzt. Diese Limite werden systematisch erfasst und täglich überwacht.

Im Mengenkreditgeschäft, das standardisierte Kredite wie Raten- und Dispositionskredite umfasst, werden weitgehend maschinell unterstützte Verfahren zur Bewilligung eingesetzt. Bei größeren Engagements ist zusätzlich ein Votum durch die Marktfolge erforderlich. Für das nicht in standardisierten Prozessen abzuwickelnde Geschäft werden

individuelle Kreditentscheidungen in klar definierten Prozessen abhängig von der Höhe des Engagements und dem Risikogehalt getroffen. Die Entscheidung über größere Engagements und deren Bearbeitung erfolgt dabei grundsätzlich durch den Marktfolgebereich.

Um Kreditrisiken früh zu erkennen und aktiv zu managen, wird das Einzelrisiko der Kreditnehmer mit verschiedenen manuellen und automatisierten Verfahren überwacht. In aller Regel werden die Kreditnehmer-Ratings mindestens jährlich aktualisiert. In diesem Rahmen erfolgt auch die regelmäßige Überprüfung von Bestand und Werthaltigkeit der Sicherheiten, die gegebenenfalls einer Neubewertung unterzogen werden. Bei Rating-Verschlechterungen wird über die Art der Fortführung des Engagements entschieden.

Zur Identifikation von Kreditnehmern, bei denen sich erhöhte Risiken abzeichnen, werden Frühwarnsysteme eingesetzt. Auf Basis von quantitativen und qualitativen Frühwarnindikatoren werden entsprechende Überwachungslisten erstellt, die separat zu untersuchende Kreditnehmer aufführen.

Die Qualität der Kreditüberwachung wird permanent aktualisiert und verfeinert, um den Entscheidungsprozess zu beschleunigen und um die Qualität der verfügbaren Informationen zur Erkennung und Bewertung potenzieller Risiken zu verbessern. Das Kreditgeschäft, die eingesetzten Risikomessverfahren und insbesondere die Kreditprozesse werden von der internen Revision regelmäßig überprüft. Daraus werden Maßnahmen für die weitere Qualitätsverbesserung in der Kreditanalyse und Überwachung abgeleitet.

Für die Einräumung von Handelslimiten gelten zum Teil besondere Prozesse, so zum Beispiel für Broker/Dealer und für Emittentenrisiken aus Aktien und Aktien-Derivaten im Handelsbuch.

Portfoliosteuerung

Das Neugeschäft und der Kreditbestand werden täglich durch Portfoliolimite auf Basis des Kreditportfoliomodells

begrenzt. Zu diesem Zweck existieren Limite für die Risikolast zum Konfidenzniveau 99,9 % der Portfolien der Geschäftsfelder.

Portfoliosteuerung	Expected Loss	Unexpected Loss (99,9%)	Risikolast	Limit für die Risikolast	Limitauslastung
in Mio. €					
Private Kunden	58	177	212	250	84,7 %
Firmenkunden	44	325	298	618	48,2 %
Treasury	20	309	327	521	62,8 %
LBB/BSK	121	657	682	1.168	58,3 %

Risikominderung

Zur Reduzierung der Adressenausfallrisiken werden verschiedene Elemente der Risikominderung eingesetzt. Im Rahmen ihrer jeweiligen Risikostrategie formulieren die Geschäftsfelder ihre Sicherheitenstrategie.

Entsprechend der unterschiedlichen Arten des Adressenausfallrisikos (Emittenten-, Kontrahenten-, Kreditnehmerisiko) werden verschiedene Risikominderungstechniken angewendet.

Bei den Kreditrisiken bildeten Sach- und Personensicherheiten im Gesamtwert von circa 12 Mrd. € das wesentliche Element. Der Umfang der Sicherheiten orientiert sich an Exposurehöhe und Ausfallwahrscheinlichkeit und wird anhand fest vorgegebener Kriterien bewertet. Eine weitere Risikominderung entsteht durch Kompensationsvereinbarungen. Die Verantwortung für das Sicherheitenmanagement bei Kreditrisiken liegt in der Marktfolge. Diese ist für den Ansatz, die Prüfung und die regelmäßige Bewertung der Sicherheiten sowie für die Verwaltung der Kreditrisikominderungstechniken zuständig. Dazu werden die Sicherheiten in einem zentralen IT-gestützten Sicherheitensystem erfasst und verwaltet.

Bei der Überwachung und Überprüfung von Immobilienbewertungen differenziert die LBB/BSK zwischen der Überwachung auf Basis von Marktschwankungen

sowie der turnus- und anlassbezogenen Überprüfung.

Bei der Überwachung auf Basis von beobachteten Marktschwankungen nutzt die LBB/BSK das jährlich aktualisierte Marktschwankungskonzept von „Die Deutsche Kreditwirtschaft (DK)“. Dieses wird für inländische Gewerbe- und Wohnimmobilien erstellt. Übersteigen die Marktschwankungen festgelegte Schwankungsbreiten, erfolgt eine Überprüfung der Bewertung der betroffenen Immobilienarten und Regionen. Im Jahr 2014 bestand hieraus kein Handlungsbedarf.

Die Gruppe hat in ihrem Regelwerk Kriterien zur turnus- und anlassbezogenen Überwachung und Überprüfung von Immobilienbewertungen definiert. Die ordnungsgemäße Durchführung wird jährlich durch den Bereich Wertermittlung der Berlin Hyp im Rahmen einer Stichprobe kontrolliert.

Bei Emittentenrisiken erfolgt eine Risikominderung durch Aufrechnung von Long- und Short-Positionen. Zusätzlich werden Garantiebeziehungen berücksichtigt. Darüber hinaus kann eine Besicherung durch Kreditderivate vorgenommen werden, die in Höhe von etwa 0,3 Mrd. € hereingenommen wurden.

Bei Kontrahentenrisiken resultiert eine Risikominderung aus der Verrechnung von gegenläufigen Risikopositionen

durch Netting-Vereinbarungen (Close-Out-Netting). Im Rahmen des Close-Out-Nettings wird es im Falle der Kreditverschlechterung eines Kontrahenten bis hin zu seiner Insolvenz ermöglicht, Forderungen und Verbindlichkeiten gegeneinander aufzurechnen. Es handelt sich hierbei um die einheitliche Beendigung von Geschäften durch Kündigung oder automatische Auflösung aus wichtigem Grund. Dies hat zur Folge, dass die sich ergebenden Ansprüche durch einen Ausgleichsanspruch in Höhe des Netto-Marktwertes dieser Geschäfte oder des sich daraus ergebenden unrealisierten Gewinns oder Verlusts für beide Parteien festgestellt und die so festgestellten Beträge miteinander saldiert werden. Zusätzlich können bei OTC-Derivaten, Wertpapierleihen und Repogeschäften über die bereits abgeschlossenen Nettingverträge hinaus individuelle Collateral-Vereinbarungen (Besicherungsvereinbarungen) geschlossen werden. Kontrahentenrisiken wurden durch Netting-Vereinbarungen und hereingenommene Collaterals in Höhe von rund 1 Mrd. € um rund 7 Mrd. € reduziert.

Im Juli 2012 wurde eine EU-Verordnung zur stärkeren Regulierung des Derivatemarkts erlassen (EMIR-Verordnung). Im Wesentlichen fordert die EMIR-Verordnung die Clearingpflicht für OTC-Derivate für finanzielle und nicht finanzielle Gegenparteien, die Meldung aller Derivategeschäfte an ein Transaktionsregister sowie die Einführung von Risikominimierungsverfahren für nicht dem Clearing unterliegende Derivate. Beim Clearing geht das Insolvenzrisiko des jeweiligen Kontrahenten auf den Zentralen Kontrahenten über und schützt somit die beiden eigentlichen Vertragspartner. Der

Zentrale Kontrahent ist mit einem Ausfallfonds (Sicherungsfonds) ausgestattet, wodurch die Ausfallrisiken seiner Kontrahenten getragen werden. Innerhalb der Organisation des Zentralen Kontrahenten kann mit dem sogenannten Settlement Netting eine gegenseitige, interne Aufrechnung aller anstehenden Vorgänge und damit eine Reduzierung der Verpflichtung nach außen stattfinden. Zur Minderung des Ausfallrisikos verlangt der Zentrale Kontrahent zusätzlich von allen Handelsteilnehmern eine Sicherheiten hinterlegung, die im Falle des Ausfalls einer Partei die Wiederbeschaffung ermöglichen soll. Da jeder Handelsteilnehmer nur den Zentralen Kontrahenten als Vertragspartner für diese Geschäfte hat, wird das Kontrahentenrisiko reduziert.

Entsprechend dieser EMIR-Verordnung hat die LBB/BSK im vergangenen Geschäftsjahr weitere Teile des Portfolios auf Zentrale Kontrahenten übertragen, woraus sich im Vergleich zum Vorjahr zusätzliche Risikominderungseffekte ergeben haben.

Transferrisiken

Zusätzlich werden Länder- und Transferisiken über volumenbasierte Länderlimite beschränkt. Das Länderrisiko wird als Summe der Länderexposition und Reservierungen (einschließlich externer Zusagen und nach Anrechnung von Sicherheiten) ausgewiesen.

Die jeweiligen Länderlimite werden dabei vom Vorstand unter Berücksichtigung des Risikogehalts der jeweiligen Volkswirtschaft sowie der Entwicklung des individuellen Kreditportfolios beschlossen.

Nachfolgend wird das Länderexposure ohne Reservierungen dargestellt.

Exposure Auslandsvolumen	
in Mio. €	31.12.2014
EU-Staaten	9.305
West-Europa	597
Ost-Europa	275
Amerikanische Länder inkl. USA	1.354
Sonstige	30
Auslandsvolumen LBB/BSK	11.561
Auslandsvolumen gewichtet nach	
geringem Transferrisiko	11.166
mittlerem Transferrisiko	366
erhöhtem Transferrisiko oder ohne Rating	29
Auslandsvolumen LBB/BSK	11.561

Organisationen mit höchster Bonität wie zum Beispiel die Europäische Investitionsbank werden nicht limitiert, sie können aufgrund ihres Aktivitätsspektrums nicht direkt einer Region, zum Beispiel Europa, zugeordnet werden. Das Exposure der Organisationen betrug zum Stichtag 1,4 Mrd. €. Das Exposure inklusive Organisationen betrug demnach 13,0 Mrd. €.

Behandlung von Problemkrediten

Gefährdete Engagements fallen prinzipiell in die Bearbeitungszuständigkeit und Verantwortung der Risikobetreuungsbereiche, in welchen diese Kredite saniert oder abgewickelt werden.

Das Current Credit Exposure (CCE) und insbesondere die rückständigen Leistungen der ausgefallenen Problemkredite (Nonperforming Loans) sind durch Einzelwertberichtigungen und Rückstellungen sowie infolge der Anrechnung von Sicherheiten weitgehend abgesichert.

Bildung der Kreditrisikovorsorge

Die Kompetenz der Risikobetreuungsbereiche umfasst unter anderem die Bildung von Einzelwertberichtigungen. Oberhalb definierter Betragsgrenzen entscheiden einzelne Vorstandsmitglieder oder entscheidet der Gesamtvorstand über die Höhe der Einzelwertberichtigung.

Die Höhe der Einzelwertberichtigungsvorschläge beruht auf fest definierten Kriterien, die unter anderem von der Art der Sicherheit beziehungsweise vom Status des Engagements (Sanierung oder Abwicklung) abhängen.

Auch für Engagements, die keine Einzelwertberichtigung erhalten, wird im Sinne einer Portfoliobetrachtung der Kreditrisikovorsorgebedarf ermittelt. Bei dessen Berechnung fließen die Risikoparameter Ausfallwahrscheinlichkeit, Exposure at Default und Verlustquote ein.

Reporting

Einzelkreditnehmerbezogene Adressenausfallrisiken auf verschiedenen Aggregationsstufen sowie Kennzahlen des Kreditportfoliomodells werden monatlich im Rahmen des monatlichen Risiko Reports (MRR) an den Vorstand berichtet. Um Risikokonzentrationen zeitnah erkennen zu können, enthält dieser unter anderem einen Klumpenreport zu Großengagements sowie Darstellungen zur Struktur des Länderrisikos. Ein ausführlicher Gruppen-Kreditrisikoreport, welcher eine Darstellung der größten Risikokonzentrationen enthält, wird quartalsweise erstellt.

Neben der monatlichen und quartalsweisen Berichterstattung wird der Vorstand gemäß MaRisk täglich über gegebenenfalls eingetretene Limitüberschreitungen ab einer definierten Größenordnung unterrichtet.

Kennzahlen des internen Reportings zum Adressenausfallrisiko

Die Messung und Steuerung der Adressenausfallrisiken basiert auf einer risiko- adäquaten Darstellung der Kreditrisiko tragenden Geschäfte. Kreditrisiken sowie Kontrahenten- und Emittentenrisiken werden produktspezifisch gemessen und anhand des „Current Credit Exposure“ (CCE) quantifiziert.

Neben dem Current Credit Exposure wird in der internen Steuerung auch das Credit Exposure (CE) betrachtet, welches zusätzlich nicht gezogene, aber den Kunden zugesagte Limite beinhaltet. Diese Limite können sowohl widerruflich als auch unwiderruflich zugesagt sein. Das interne Reporting der Kreditrisiken an die Geschäftsleitung basiert im

Wesentlichen auf dieser Größe. Daher werden im Folgenden die intern genutzten Darstellungen auf Basis des Credit Exposures gezeigt.

Das gesamte Credit Exposure der LBB/BSK betrug zum 31.12.2014 rund 51 Mrd. € (Vorjahresstichtag: rund 54 Mrd. €). Dabei entfielen wie im Vorjahr etwa 18 Mrd. € auf Kreditrisiken aus kommerziellem Kreditgeschäft (inklusive Geschäfte, die durch die Detailvereinbarung über die Abschirmung der Bankgesellschaft Berlin AG von den wesentlichen Risiken aus dem Immobiliendienstleistungsgeschäft abgesichert sind).

Emittenten-, Kontrahenten- und Kreditnehmerrisiken aus Kapitalmarktgeschäften sind in Höhe von rund 24 Mrd. € im Credit Exposure enthalten. In Abhängigkeit von der Aggregationsstufe können sich Netting- beziehungsweise Aufrechnungseffekte in unterschiedlicher Höhe auswirken. So summieren sich die Emittenten-, Kontrahenten- und Kreditnehmerrisiken zum Beispiel aufgegliedert nach Ratingklassen auf ein Credit Exposure in Höhe von 51.093 Mio. €, aufgegliedert nach Branchen beträgt das Credit Exposure jedoch 51.171 Mio. €.

Die LBB/BSK ordnet jedem Kunden eine Branche nach der Systematik der Wirtschaftszweige zu. Diese Branchen werden gruppiert und zu Hauptbranchen zusammengefasst. In der nachfolgenden Tabelle ist das Credit Exposure per 31.12.2014 nach Branchen dargestellt. Das Kreditvolumen im Kreditgewerbe und mit Gebietskörperschaften entfällt wie in den vergangenen Jahren zum Großteil auf das Treasurygeschäft.

Credit Exposure-Darstellung nach Branchen der LBB/BSK

	Credit Exposure		davon Kreditrisiken		davon Emittenten-, Kontrahenten-, Kreditnehmerrisiken	
	in Mio. €	in %	in Mio. €	in %	in Mio. €	in %
Beteiligungsgesellschaften	743	1	631	4	63	0
Chemische Industrie	41	1	36	0	3	0
Dienstleistungen	3.007	5	2.304	13	90	1
Gebietskörperschaften	6.247	13	147	1	6.090	25
Gesundheit & Soziales	159	0	122	0	1	0
Handel & Gewerbe	1.658	3	1.081	6	91	0
Immobilienfinanzierung	8.839	17	7.526	43	589	2
Kreditgewerbe	20.429	40	2.544	14	17.412	72
Privatpersonen	9.783	19	3.215	18	0	0
Sonstige	226	1	174	1	27	0
Versicherungen	39	0	22	0	4	0
Summe CCE Branchen¹	51.171	100	17.802	100	24.370	100

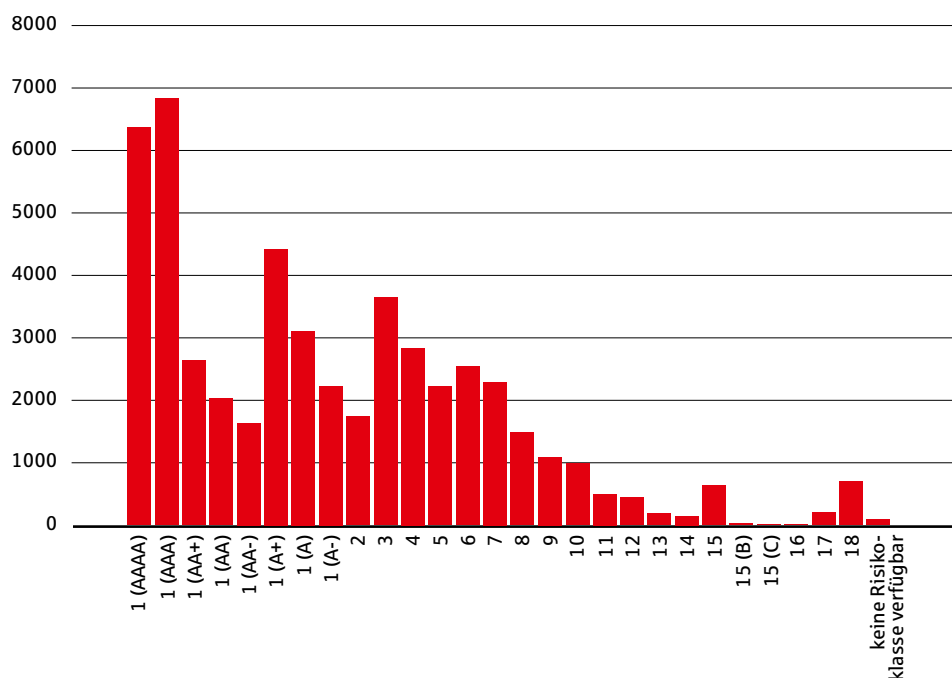
¹ Abweichungen zu den BSK-Zahlen der Tabelle Adressenausfallrisiken der BSK sind durch unterschiedliche Aufrechnungs- und Nettingkreise begründet.

Kreditqualität

In der folgenden Grafik wird das Credit Exposure, aufgeteilt nach Ratingklassen gemäß der verwendeten Masterskala, dargestellt.

Die Geschäfte unter der Detailvereinbarung über die Abschirmung der früheren Bankgesellschaft Berlin AG in der LBB/BSK in Höhe von 1.050 Mio. € sind hierbei in den Ratingklassen 3–18 enthalten.

Credit Exposure in Mio. €



3.2. Liquiditätsrisiken

Das Liquiditätsrisiko ist das Risiko, dass die LBB/BSK zu einem Zeitpunkt nicht in der Lage sein könnte, ihren Zahlungsverpflichtungen fristgerecht und in vollem Umfang zu entsprechen (Zahlungsfähigkeit). Ebenso zählt das Refinanzierungsrisiko dazu. Die Sicherung der Liquidität und der Refinanzierungsfähigkeit für die LBB/BSK hat höchste Priorität.

In der Gruppe der Erwerbsgesellschaft der S-Finanzgruppe, in die die LBB/BSK eingebettet ist, existierte im Berichtsjahr ein zentrales Steuerungs- und Überwachungskonzept. Es existieren gruppen-einheitliche Methoden für die Risikomessung.

Die zentrale Liquiditätsversorgung der Gruppe und somit auch der LBB/BSK zu gewährleisten, ist Aufgabe des Bereichs Treasury. Ziel der Liquiditätsplanung und -steuerung ist, die jederzeitige Zahlungsfähigkeit und die Einhaltung der aufsichtsrechtlichen Liquiditätskennziffern auch in Krisensituationen sicherzustellen. Entsprechend steht für die Erfassung, Steuerung und Überwachung der Liquiditätsrisiken ein umfangreiches Instrumentarium zur Verfügung, das fortlaufend weiterentwickelt wird.

Die bestehenden Prozesse, Instrumente und Verantwortlichkeiten für das Management der Liquiditätsrisiken haben sich auch in den vergangenen Jahren im Rahmen der globalen Finanzmarktkrise und der daraus resultierenden Verwerfungen an den Geld- und Kapitalmärkten bewährt. Im Jahr 2014 war die LBB/BSK für alle beobachteten Szenarien jederzeit zahlungsfähig. Die aufsichtsrechtliche Liquiditätskennziffer gemäß §11 KWG wurde eingehalten.

Messung und Limitierung von Liquiditätsrisiken

Die interne Liquiditätsrisikomessung und -steuerung der Gruppe wird im Folgenden beschrieben und erfolgt prinzipiell nach der Logik der Liquiditätsverordnung, determinierte und stresstestbasierte Liquiditätsabflüsse durch liquidierbare Aktiva decken zu können.

Das Liquiditätsrisiko wird nach § 11 KWG und dem internen Liquiditätsrisikomessverfahren überwacht.

§ 11 KWG regelt, dass Kreditinstitute ihre Mittel so anlegen müssen, dass jederzeit eine ausreichende Zahlungsbereitschaft gewährleistet ist. Die Liquidität eines Kreditinstituts gilt nach der „Verordnung über die Liquidität der Institute“ (Liquiditätsverordnung) als ausreichend, wenn die in den nächsten 30 Kalendertagen zur Verfügung stehenden Zahlungsmittel die Zahlungsverpflichtungen mindestens abdecken. Darüber hinaus werden Beobachtungskennziffern mit einem Horizont bis 360 Tage errechnet. Maßgebliche Bestimmungsgrößen sind tatsächliche und erwartete Zahlungsströme sowie der Bestand an hochliquiden Vermögenswerten. Die Liquiditätskennziffer gibt das Verhältnis zwischen den verfügbaren Zahlungsmitteln und den abrufbaren Zahlungsverpflichtungen innerhalb des ersten Monats an. Die Liquidität wird als ausreichend angesehen, wenn die Liquiditätskennziffer mindestens 1,0 beträgt.

Die interne Liquiditätsrisikomessung erfolgt prinzipiell nach der Logik der Liquiditätsverordnung, derzufolge determinierte und stresstestbasierte Liquiditätsabflüsse durch liquidierbare Aktiva gedeckt werden. Dazu werden täglich Berechnungen unter Stressannahmen durchgeführt. Die Modellparameter dieser Stressszenarien basieren auf den Vorgaben der Liquiditätsverordnung und erfüllen die Anforderungen der MaRisk.

Das interne Liquiditätsrisiko wird unterteilt in das kurzfristige Beschaffungsrisiko, das mittel- und langfristige Fristenrisiko (Refinanzierungsrisiko) sowie das Preisrisiko. Diese interne Einteilung berücksichtigt das Liquiditätsrisiko im engeren Sinne, das Refinanzierungsrisiko und das Marktliquiditätsrisiko. Das Marktliquiditätsrisiko wird in Form von Wertabschlägen bei der Bildung der Liquiditätsreserve berücksichtigt. Weitere Angaben sind im Kapitel Marktpreisrisiko zu finden.

Das Liquiditätsrisiko im engeren Sinne, das Beschaffungsrisiko, stellt das Risiko dar, kurzfristig fälligen offenen Zahlungsverpflichtungen in den nächsten 30 Tagen bei einem versperrten Zugang zum unbesicherten Geldmarkt im Krisenfall nicht mehr fristgerecht und in vollem Umfang nachkommen zu können.

Unter Fristenrisiko wird das Risiko verstanden, dass mittel- und längerfristige Refinanzierungsmittel, denen keine entsprechende Aktivfälligkeit gegenübersteht, aufgrund von Bonitätsproblemen oder aus marktbedingten Gründen nur noch kurzfristig prolongiert werden können.

Das Preisrisiko ist das Risiko, dass Anschlussrefinanzierungen in der Zukunft auf Grundlage veränderter Refinanzierungsspreads getätigt werden. Das Volumen des Preisrisikos wird unter Berücksichtigung von angepassten Refinanzierungskonditionen errechnet.

Grundlage für alle Liquiditätsrisikobetrachtungen durch das Risikocontrolling ist die Kapitalablaufbilanz, die das Cashflow-Profil der Gruppe abbildet. Die Kapitalablaufbilanz bildet das komplette Laufzeitspektrum aller in der Gruppe gebuchten Finanzinstrumente ab. In der Kapitalablaufbilanz werden neben den vertraglich vereinbarten Zahlungsströmen folgende Annahmen berücksichtigt:

- Prolongation von Aktivfälligkeiten,
- modelliertes Abzugsverhalten von Einlagen,

- Abschläge bei der Verwertung von Wertpapierbeständen,
- auf der Passivseite erschwerte Refinanzierungsbedingungen,
- die partielle Ziehung zugesagter Kreditlinien.

Gruppeninterne Zahlungen werden bei der Erstellung der Kapitalablaufbilanz nicht berücksichtigt. Durch dieses Vorgehen wird die korrekte Darstellung und Liquiditätswirksamkeit jedes Zahlungsstroms sichergestellt.

Hiervon ausgehend werden im kurzfristigen Bereich mit einer Laufzeit von bis zu 30 Tagen die täglich zu deckenden Refinanzierungssalden ermittelt. Diese werden durch das Risikocontrolling überwacht, so dass auch unter den vorgenannten restriktiven Annahmen die jederzeitige Zahlungsfähigkeit gewährleistet ist.

An diese kurzfristige Risikobetrachtung schließt sich im Laufzeitbereich von 31 bis 360 Tagen die Limitierung der Refinanzierungssalden in diesen Fälligkeiten an. Hierzu werden die Cashflows in verschiedene, teilweise überlappende Laufzeitbänder eingeteilt. Dadurch wird in einem unterstellten Krisenfall, in dem der Zugang zur mittel- und längerfristigen unbesicherten Geldmarktrefinanzierung beeinträchtigt ist, der zusätzliche Bedarf an kurzfristigen Refinanzierungsmitteln begrenzt.

Die Obergrenzen der Limite basieren auf der für den gesamten Zeitraum verfügbaren Liquiditätsreserve. Die Liquiditätsreserve setzt sich aus qualitativ hochwertigen Wertpapieren gemäß MaRisk zusammen. Neben dieser Begrenzung durch die unverbrauchte Liquiditätsreserve werden die Salden auch nominell limitiert.

Mit dem Basel III-Paket und der anschließenden Veröffentlichung der CRD IV und der CRR wurde die Einführung der Liquidity Coverage Ratio (LCR) und der Net Stable Funding Ratio (NSFR) auf europäischer Ebene beschlossen. Dabei bezieht

sich die LCR auf die kurzfristige Refinanzierung bis zu 30 Tagen, die NSFR betrachtet die Liquidität bis zu einem Jahr. Die einzuhaltende Mindestanforderung zur LCR wird stufenweise von 60 % ab Oktober 2015 auf 100 % ab 2019 erhöht. Die NSFR soll ab 2018 als Mindeststandard eingeführt werden. Auf die Erfüllung dieser aufsichtsrechtlichen Anforderungen an die Liquidität hat sich die Gruppe im Jahr 2014 vorbereitet. Die Ermittlung der Kennzahlen (LCR und NSFR) erfolgt dann im Rahmen des Liquiditätsmanagements.

Steuerung der Liquiditätsrisiken

Die Liquiditätsrisikopolitik der Gruppe beruht auf dem Halten ausreichender Bestände liquidierbarer Aktiva zur Abdeckung tatsächlich vorhandener sowie aus Stresstests berechneter Liquiditätsbelastungen.

Das Liquiditätsmanagement erfolgt gruppenweit. Dabei werden das gleiche System und die gleiche Methodik genutzt wie bei der internen Feststellung der Liquiditätsrisiken durch das Risikocontrolling. Ziel des Liquiditätsmanagements ist es, auch bei kurzfristigen Engpässen sowie bei andauernden allgemeinen oder institutsspezifischen Liquiditätskrisen stets über ausreichend gesicherte Liquidität gemäß der beschriebenen Methodik zu verfügen.

Reporting der Liquiditätsrisiken

Eine Darstellung der Liquiditätsrisikosituation, der aktuellen Risikoausnutzungen und des kurzfristigen Refinanzierungsbedarfs wird täglich erstellt und dem Vorstand der LBB/BSK im Rahmen des monatlichen Risiko Reports zur Verfügung gestellt. Darüber hinaus wird der für das Risikocontrolling zuständige Dezernent (Chief Risk Officer, CRO) zweimal wöchentlich im Rahmen der gesonderten Darstellungen zur Liquiditätslage an die BaFin informiert. Das interne Reporting beinhaltet die Überwachung von Vorwarnstufen, bei deren Erreichen definierte Eskalationsmaßnahmen greifen. Die Auslastung der Limite war 2014 sowohl für das

Beschaffungs- als auch für das Fristenrisiko im Jahresverlauf unbedenklich.

Risikokonzentrationen/ Refinanzierung

Eine Konzentration des Liquiditätsrisikos besteht, wenn Refinanzierungsmittel zu stark auf bestimmte Bereiche (Adressen, Branchen, Währungen und Produkte) konzentriert sind. Eine zu geringe Diversifikation kann bei Ausfällen einzelner Bereiche zu Refinanzierungsschwierigkeiten und somit unmittelbar zu einem erhöhten Beschaffungsrisiko führen.

Die Gruppe nutzt einen ausgewogenen Mix an Instrumenten zur Refinanzierung ihres Aktivgeschäfts. Dazu zählen Spar-, Sicht- und Termineinlagen von Kunden, Pfandbriefe, andere verbrieftete Verbindlichkeiten sowie Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten. Die regionale Herkunft der Refinanzierungsmittel konzentriert sich überwiegend auf den deutschen Raum mit einer zusätzlichen Konzentration der Einlagen von Kunden auf unsere Kernregion Berlin-Brandenburg. Die Fälligkeitsstruktur der Refinanzierungsmittel ist ausgewogen und wird aktiv gesteuert.

Die Refinanzierung der Gruppe kann sich auf eine große Anzahl von Einlagengebern und Investoren stützen. Der im Zeitvergleich erhöhte Bestand der Kundeneinlagen von Privat- und Firmenkunden ist stark diversifiziert. Der Anstieg des Einlagevolumens dieser Kundengruppen seit Beginn der Finanzkrise spiegelt die positive Wahrnehmung der Marke „Sparkasse“ in der Öffentlichkeit als „sicherer Hafen“ wider. Bei der Emission von Pfandbriefen und anderen verbrieften Verbindlichkeiten verfügt die LBB über ein großes Spektrum institutioneller Investoren. Hervorzuheben sind dabei Investoren aus der S-Finanzgruppe. Für den Spitzenausgleich im besicherten und unbesicherten Geldmarkt steht uns eine Vielzahl von Adressen zur Verfügung. Das Refinanzierungsvolumen der Gruppe in Fremdwährungen ist aufgrund der überwiegend in Euro getätigten Aktivgeschäfte im Vergleich zur Bilanz-

summe gering, währungsbezogene Risikokonzentrationen bestehen daher ausschließlich in der Heimatwährung Euro.

Die LBB/BSK setzte auch im Jahr 2014 in einem Prozess die Reduzierung ihrer Bilanzsumme, darunter insbesondere ihrer Wertpapierbestände, fort. Die daraus resultierenden Mittelzuflüsse machten unbesicherte Refinanzierungen am Kapitalmarkt für die LBB/BSK überflüssig. Nur im Pfandbriefbereich nahm die LBB/BSK sporadisch Mittel über Privatplatzierungen zur Refinan-

zierung des Aktivgeschäfts im Einklang mit der Mittelfristplanung auf.

Die Konditionen der Mittelaufnahmen der LBB/BSK waren mit den gezahlten Konditionen anderer bonitätsstarker Marktteilnehmer vergleichbar.

Die LBB/BSK konzentrierte auch im Geschäftsjahr 2014 ihre Kreditvergabe- und Investitionstätigkeit auf liquide Kernmärkte in Europa. Engagements an liquiditätsmäßig engen Märkten werden bewusst vermieden.

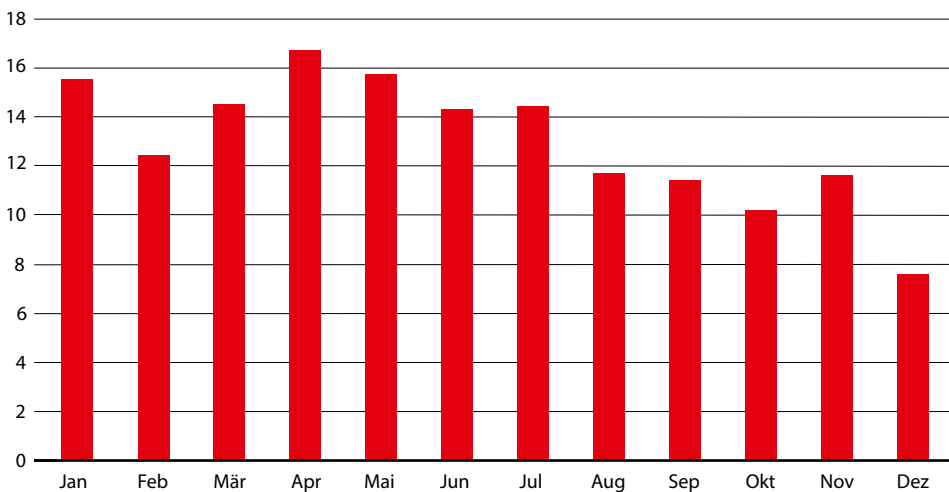
Angaben aus der Bilanz (Passiva) der LBB/BSK		
in %	31.12.2014	31.12.2013
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	16,9	17,4
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	47,2	38,8
Verbrieftete Verbindlichkeiten	19,8	21,6
Handelsbestand	6,3	13,6
Rückstellungen	2,5	1,8
Nachrangige Verbindlichkeiten	1,4	1,2
Eigenkapital	3,8	4,0
Übrige Passiva	2,1	1,7
Summe Passiva LBB/BSK	100,0	100,0

Quantitatives Liquiditätsrisiko

Die Liquiditätskennziffer der LBB/BSK wurde jederzeit eingehalten. Zum Jahresultimo betrug sie 1,73 % (Vorjahresstichtag 1,76 %).

Unter Berücksichtigung der Restlaufzeiten für Vermögenswerte ergeben sich die kumulierten Zahlungsmittelüberschüsse auf 360 Tage gemäß Liquiditätsverordnung.

Kumulierter Zahlungsmittelüberschuss auf 360 Tage der LBB/BSK in Mrd. €



Die Darstellung zeigt, dass durch das Liquiditätsmanagement jederzeit ein positiver Zahlungsmittelüberschuss auf 360 Tage sichergestellt wurde.

3.3. Marktpreisrisiken

Marktpreisrisiken bestehen in einem potenziellen Wertverlust, der seine Ursache in nachteiligen Veränderungen von Marktpreisen oder preisbeeinflussenden Parametern hat.

Marktpreisrisiken werden insbesondere in Form von Credit Spread-, Zins-, Aktien-, Options- und Währungsrisiken im Bereich Treasury eingegangen. Das Marktpreisrisiko wird ganzheitlich berechnet, limitiert und gesteuert. Das heißt, sowohl allgemeine als auch besondere Zinsrisiken finden Eingang in das ermittelte Value at Risk (VaR). Es werden branchen-/sektorspezifische Kategorien sowie kreditnehmer-individuelle Credit Spread-Risiken berücksichtigt. Ebenso finden alle Aktienkursrisiken Eingang in das ermittelte VaR.

Im Vordergrund der Zinsänderungs-Risikosteuerung steht der Ausgleich von Zinsänderungsrisiken aus Kundengeschäften und der langfristigen Refinanzierung sowie die langfristige Generierung von Fristentransformationserträgen aus der Zinsstrukturentwicklung. Hinzu kommt eine Ertragserzielung aus der Anlage des Eigenkapitals.

Methodik der Risikomessung bei Marktpreisrisiken

Methodisch basieren die angewendeten Verfahren zur Risikomessung (VaR-Auslastung) auf einem analytischen Delta-Gamma-Ansatz unter Einbeziehung sämtlicher Marktpreisrisikofaktoren einschließlich Optionsrisiken auf Basis einer Haltedauer von zehn Tagen und einem Konfidenzniveau von 99 %.

Die Korrelationen der aktuell circa 8.000 Risikofaktoren (beispielsweise Wechselkurse, Aktienkurse, Zinskurvenpunkte, Volatilitätspunkte et cetera) werden je Geschäftsfeld und für den Gesamtbankausweis vollständig berücksichtigt. Die Zahl der Risikofaktoren im Modell ist gegenüber dem Vorjahr durch Portfolioabbau und Wegfall des LBB-Invest-Geschäfts gesunken. Über die genannten Regelungen hinaus wird der Risikogehalt der Positionen mittels Stresstests in einer Vielzahl unterschiedlicher Szenarien (historische, feste sowie exposurebezogene Szenarien) täglich untersucht und an die Vorstandsmitglieder berichtet. Die Prognosegüte des Modells wird mittels Clean Backtesting (das heißt Überprüfung der eintägigen Wertänderungen eines konstant gehaltenen Portfolios im Nachhinein) ermittelt. Die Anzahl der Backtesting-Ausreißer, also die Anzahl

der Tage, an denen diese Wertänderung in der LBB/BSK die zum obigen Konfidenzniveau ermittelte Verlustschwelle unterschritt, lag zum Jahresende 2014 mit drei im „grünen Bereich“.

Im ersten Quartal des Berichtsjahres sorgten die überraschend starken Konjunkturdaten in den USA sowie die Veröffentlichung der Verbraucherpreise im Euroraum, die höher als angenommen waren, für verstärkte Marktschwankungen, die für einen Clean Ausreißer im Backtesting des Risikomodells ursächlich waren. Die Ausreißer im vierten Quartal des Berichtsjahres entstanden im Zuge der sich stetig verstärkenden Verunsicherung der Marktteilnehmer bezüglich der wirtschaftlichen Situation – insbesondere in der europäischen Peripherie – und damit verbunden des künftigen Agierens der Zentralbanken.

Für die Ermittlung der Kapitalunterlegung der aufsichtsrechtlichen Marktrisikoposition gemäß internem Modell wird das eigentliche Marktrisikomodell um die gesetzlich vorgeschriebenen Komponenten Krisenrisikobetrag (Stressed VaR) und zusätzliches Ausfall- und Migrationsrisiko (Incremental Risk Charge – IRC) ergänzt. Die Ermittlung des Stressed VaR basiert dabei auf der gleichen methodischen und technischen Grundlage wie die Ermittlung des VaR. Die IRC wird im für die Kreditrisikosteuerung verwendeten Kreditportfoliomodell durch geeignete Parametrisierung berechnet.

Es erfolgt eine untertägige Überwachung von Risiken, Ergebnissen und der Limiteinhaltung des Bereichs Treasury. Dies ermöglicht auch im Tagesverlauf eine effektive Überwachung der Handelsaktivitäten.

Steuerung der Marktpreisrisiken

Die Handelsaktivitäten sind in die schriftlich fixierte Risikostrategie eingebunden. Sowohl für Handels- als auch Anlagebuchaktivitäten wird auf Basis des Risikotragfähigkeitskonzepts und der Jahresplanung der strategische Rahmen in konkrete Marktpreisrisiko-

limite (VaR-Limite; 10-tägiger Value-at-Risk auf einem Konfidenzniveau von 99 %) transformiert und vom Vorstand verabschiedet.

Die Risikosteuerung für die Handelsaktivitäten erfolgt durch das Frontoffice auf der Grundlage der Marktpreisrisikolimiten/-auslastungen, der Stresstestergebnisse und der Sensitivitätsanalysen pro Geschäftsfeld. Sie wird ergänzt durch Tages- und Jahresverlustlimite und weitere, je nach Geschäftsaktivität unterschiedliche, auf den jeweiligen Geschäftstypus zugeschnittene Front-Office-Verfahren (zum Beispiel Basis-Point-Value-, Duration-Limite oder Vega-Limite).

Die Steuerung des Zinsbuchs erfolgt durch den Dispositionsausschuss des Vorstands, der alle vier Wochen berät und über eine geschäftspolitische Neubewertung und gegebenenfalls Neuausrichtung des eingegangenen Zinsänderungsrisikos entscheidet. Hierzu werden ebenfalls die genannten Verfahren zur Kontrolle der Handelsgeschäfte genutzt und ökonomische Ertragseffekte (Substanzwertveränderungen) und Analysen hinsichtlich des ökonomischen Ergebnisses und des Zinsüberschusses herangezogen. Durch die Berücksichtigung der wirtschaftlichen Ertragseffekte wird die Steuerung unter Barwert- und Laufzeitgesichtspunkten ermöglicht. Die Steuerung der Gewinn- und Verlustrechnung auf Grundlage des Basis-Point-Value-Verfahrens wird durch die Analysen des laufenden Ertrags weiter unterstützt.

Regelmäßig und bei Bedarf tritt das Komitee für den Neu-Produkte-Prozess zusammen, um Risiken und organisatorische Auswirkungen aus neuen Geschäftstypen zu beurteilen und die erforderlichen Schritte bis zu deren Einführung zu überwachen. Die endgültige Genehmigung eines neuen Produkts erfolgt durch den jeweiligen Vorstand auf einvernehmlichen Vorschlag des Komitees für den Neu-Produkte-Prozess. Vergleichbare Verfahren gelten für Aktivitäten auf neuen Märkten.

Kontrolle der Marktpreisrisiken

Die Kontrolle der Marktpreisrisiken erfolgt unabhängig vom Handel im Bereich Risikocontrolling.

Die Überwachung der Marktpreisrisiken besteht aus einem System von risiko- und verlustbegrenzenden Limitierungen und damit zusammenhängenden Verfahrensregelungen. Das regelmäßige Reporting der Marktpreisrisiken ist dabei elementarer Bestandteil, da hierdurch der Informationsfluss sichergestellt wird. Den Kontrollen können auf diesem Wege gegebenenfalls notwendige Steuerungsmaßnahmen kurzfristig folgen.

Seit der aufsichtsrechtlichen Anerkennung der internen Verfahren (Full-use-Modell inklusive besonderer Kurs- und Währungsrisiken) zur Marktpreisrisikoüberwachung wird die Marktrisikoposition auf Basis dieses internen Modells an die Aufsicht gemeldet.

Reporting der Marktpreisrisiken

Die Ergebnisse der täglichen Risiko- sowie P&L-Analysen werden an alle Vorstandsmitglieder berichtet.

Das differenzierte Risikoreporting der Marktpreisrisiken beinhaltet:

- Intraday-Monitoring der Risiken und Erträge des Bereichs Treasury,
- täglicher Bericht gemäß MaRisk an den Vorstand,
- monatlicher Aktiv-Passiv-Report für die Beratungen im Dispositionsausschuss,
- Berichterstattung mit Erläuterung der Entwicklung im Monatsverlauf im Rahmen des monatlichen Risiko Reports (MRR).

Im Rahmen des Umbaus der LBB/BSK wurde die Organisation des Frontoffices neu geordnet. Der neue Bereich Treasury erfüllt die klassischen Funktionen des Liquiditätsmanagements, des Depot-A-Anlagegeschäfts im Rahmen der Asset Allokation und der strategischen Fristentransformation und Eigenmittelanlage. Der Rückbau der Portfolio-

strukturen auf eine sparkassentypische Dimension erfolgt im Management der Auslaufportfolien.

Seit 03.01.2014 orientiert sich der Ausweis der Kennzahlen im täglichen MaRisk-Bericht an der neuen Struktur.

Marktpreisrisikolimit und -inanspruchnahmen

In der nachfolgenden Tabelle werden die Stichtagswerte dargestellt.

Value-at-Risk der LBB/BSK

in Mio. €	31.12.2014	31.12.2013
Aktienrisiko	2	1
Währungsrisiko	2	1
Zinsrisiko	17	22
Credit-Spread-Risiko	12	11
LBB/BSK	19	23

Aufgrund von Diversifikationseffekten errechnet sich der LBB/BSK-Wert nicht als Summe aus den Einzelaktivitäten.

Das Gesamt-VaR der LBB/BSK war im gesamten Jahresverlauf durch ein Limit in Höhe von 110 Mio. € begrenzt. Das Limit wurde turnusgemäß zum 01.01.2014 überprüft. Die Teilrisiken in den einzelnen Assetklassen sind nicht separat durch VaR-Limite begrenzt.

Zinsänderungsrisiken

Die Ungewissheit über die Änderung der Marktzinsen und einen damit verbundenen möglichen Verlust stellt für Banken ein bedeutendes Risiko dar. Dieses Risiko wird in der LBB/BSK ebenfalls im Rahmen der VaR-Berechnungen bestimmt und unterliegt somit der Limitierung und regelmäßigen Überwachung. Das Zinsänderungsrisiko im Zinsbuch wird ganzheitlich gesteuert und berücksichtigt alle anfallenden Cashflows.

Die LBB/BSK war per Jahresende 2014 gegenüber Zinsschwankungen aktivisch aufgestellt. Das ausgewiesene Exposure der LBB/BSK stieg im Vergleich zum Vorjahr, was im Wesentlichen auf veränderte Kundenbestände im Zinsbuch zurückzuführen war.

Währungsrisiken

Die LBB/BSK geht keine wesentlichen Positionen in Fremdwährungen ein. Das in der Übersicht Value-at-Risk LBB/BSK aufgezeigte Währungskursrisiko stammt überwiegend aus barwertigen Inkongruenzen zwischen Assets und deren Refinanzierung, Restbeträgen bei Kundengeschäften, der Liquiditätssicherung in Fremdwährung und aus einzelnen Handelspositionen mit Vermögenswerten in Fremdwährung. Das größte Fremdwährungsrisiko per Jahresende bestand in Wechselkursänderungen des US-Dollars.

Aktien- und Fondsriskien

Aktienrisiken resultieren vorrangig aus Überhängen im Emissionsgeschäft von strukturierten Aktienprodukten, welche jedoch im Rahmen der Beendigung des kundenbezogenen Kapitalmarktgeschäfts sukzessive abgebaut werden. Die Position ist gegenüber den Marktschwankungen weitestgehend neutral.

Das Fondsportfolio ist überwiegend im Anlagebuch verbucht. Die Fondsanteile werden hier für Zwecke des Marktpreisrisikocontrollings wie Aktien behandelt. Für eine weitere Überwachung des Risikos werden darüber hinaus spezifische Stresstests für verschiedene Fondsgattungen vorgenommen, um der Zusammensetzung des Fondsportfolios – im Wesentlichen Rentenfonds – Rechnung zu tragen.

Marktliquiditätsrisiken

Das Marktliquiditätsrisiko wird im Rahmen des Marktpreisrisikos gesteuert. Ein spezielles Szenario für die Ausweitung der Geld-Brief-Spannen simuliert die besondere Schädigung des Wertes des betrachteten Portfolios. Es wird dabei angenommen, dass sich alle Marktdaten kräftig aber nicht extrem in die „falsche“

Richtung bewegen. Das Szenario zeigte mit 11 Mio. € zum Berichtsstichtag kein signifikantes Verlustpotenzial auf.

Sicherungsbeziehungen

Grundsätzlich werden alle ökonomischen Sicherungsbeziehungen auch nach § 254 HGB als Bewertungseinheit dargestellt, es sei denn, sie sind Teil der Gesamtbanksteuerung.

In diesem Fall werden ökonomische Sicherungsbeziehungen im Rahmen der Anwendung von IDW RS BFA 3 berücksichtigt. Somit werden Bestände, die im Zusammenhang mit einem betrags-, währungs- und laufzeitkongruenten Sicherungsderivat stehen, als Bewertungseinheit betrachtet und entsprechend § 254 HGB behandelt. Hierbei werden Grundgeschäfte gegen Zinsänderungs- und/oder Währungsrisiken abgesichert. Dabei werden ausschließlich Bewertungseinheiten auf Micro-Ebene gebildet. Das heißt, dass den Wertänderungen aus dem abgesicherten Risiko des Grundgeschäfts einzelne Sicherungsinstrumente gegenüberstehen. Zum Nachweis des Ausgleichs der gegenläufigen Wertveränderungen aus dem Grund- und Sicherungsgeschäft wendet die Bank für alle Bewertungseinheiten die Critical Term Match-Methode an. Im Rahmen dieser Methode wird dokumentiert, dass die wesentlichen Parameter zwischen Grund- und Sicherungsgeschäft übereinstimmen. Vor diesem Hintergrund wird davon ausgegangen, dass sich die Wertveränderungen zwischen Grund- und Sicherungsgeschäft vom Beginn der dokumentierten Bildung der Bewertungseinheit bis zur Fälligkeit der Geschäfte, bezogen auf das abgesicherte Risiko, vollständig ausgleichen.

Der wirksame Teil einer Bewertungseinheit wird bilanziell entsprechend der Einfrierungsmethode abgebildet. Darüber hinaus bestehende Unwirksamkeiten, bezogen auf das nicht abgesicherte Risiko, werden nach den allgemeinen Bilanzierungsvorschriften behandelt.

Derzeit werden keine Bewertungseinheiten gebildet, in die mit hoher Wahrscheinlichkeit erwartete Transaktionen einbezogen werden.

3.4. Operationelle Risiken

Das operationelle Risiko wird definiert als die Gefahr von Verlusten, die infolge der Unangemessenheit oder des Versagens von internen Verfahren und Systemen, Menschen oder infolge externer Ereignisse eintreten. Diese Definition schließt Rechtsrisiken ein, beinhaltet aber nicht strategische Risiken und Reputationsrisiken.

Generell wird angestrebt, die Verluste aus operationellen Risiken, die den Geschäftserfolg nachhaltig beeinträchtigen können, soweit möglich zu minimieren. Die auf Geschäftsfeld- und Bereichsebene dafür zu definierenden Ziele und Maßnahmen werden von den verantwortlichen dezentralen Risikomanagern bestimmt.

Organisationsstruktur

Das Controlling operationeller Risiken wird zentral vom Bereich Risikocontrolling verantwortet.

Gemäß der Strategie für operationelle Risiken obliegen die Umsetzung des Rahmenwerks und das tägliche Management operationeller Risiken den Unternehmensbereichen im Rahmen ihrer Ergebnisverantwortung.

Das OpRisk-Komitee ist ein Gremium für alle Fragen zum Controlling und Management operationeller Risiken. Es unterstützt den Vorstand bei der Wahrnehmung seiner Überwachungsfunktion bei operationellen Risiken.

Risikosteuerung und -überwachung

Das operationelle Risiko ist in das Risikotragfähigkeitskonzept zur Gesamtrisikosteuerung der LBB/BSK einbezogen. Dabei wird das operationelle Risikoprofil im Vergleich zur Risikoneigung der LBB/BSK festgelegt; zudem werden Maßnahmen und auch Prioritäten zur Risikominderung definiert.

Die aktuelle Situation operationeller Risiken wird dem Vorstand monatlich berichtet.

Zur effizienten Steuerung des operationellen Risikos werden verschiedene Instrumente angewendet, die größtenteils auch Bestandteil des Rechenmodells für operationelle Risiken sind. Wesentliche Instrumente sind:

- das Self-Assessment (qualitative OpRisk-Inventur), welches nach dem Bottom-up-Ansatz durchgeführt wird,
- die Szenarioanalyse, welche zur Bestimmung des Verlustpotenzials der kritischen Szenarien der LBB/BSK verwendet wird,
- die Schadensfallsammlung (intern/extern),
- das Frühwarnsystem (Erfassung und Überwachung von Risikoindikatoren), sowie
- das Maßnahmencontrolling (identifizierte Maßnahmen aus Schadensfällen beziehungsweise Risikoindikatoren und Self-Assessment werden erfasst und überwacht) und
- der Risikotransfer durch Versicherungsschutz.

Messung der operationellen Risiken

Die Berechnung des ökonomischen und regulatorischen Kapitals für operationelle Risiken erfolgt mittels eines fortgeschrittenen Messansatzes (AMA – Advanced Measurement Approach). Unter Anwendung des AMA wurde im Jahr 2014 eine regulatorische Eigenkapitalunterlegung für die LBB/BSK in Höhe von 98 Mio. € (Vorjahr: 99 Mio. €) ermittelt.

Die Risikoberechnung nach dem AMA-Modell im Rahmen der Risikotragfähigkeit ergab per 31.12.2014 für die LBB/BSK einen Wert von 98 Mio. € (Vorjahresstichtag: 99 Mio. €).

Personalrisiken

Das Personalrisiko wird gemäß den Risikofaktoren der MaRisk (Fluktuations-, Verfügbarkeits-, Qualifikations- und Motivationsrisiko) gesteuert. Das Ziel

liegt darin, negative Tendenzen zu identifizieren und geeignete Maßnahmen einzuleiten, um Risiken zu verhindern beziehungsweise zu minimieren.

IT- und Systemrisiken

Derzeit werden keine bestandsgefährdenden IT- und Systemrisiken mit hoher Eintrittswahrscheinlichkeit erwartet.

Das IT-Risikomanagement ist zentral und ganzheitlich definiert und beinhaltet eine ständige Risikosensibilisierung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie eine regelmäßige Risikobetrachtung im Rahmen etablierter Verfahren. Zur Risikoidentifikation werden periodisch definierte Risikoindikatoren untersucht.

Sicherheits- und Notfallmanagement, Outsourcing

Es existiert eine schriftliche Notfallplanung der kritischen und hochkritischen Geschäftsprozesse. Zur Koordination, Kontrolle und Steuerung der Informationssicherheit orientiert sich die Sparkasse am Konzept „Sicherer IT Betrieb“ (SITB) der SIZ-GmbH. Der SITB unterstützt Sparkassen bei der Einführung und Umsetzung der Anforderungen an die Informationssicherheit; er gewährleistet Konformität zu relevanten und gesetzlichen Sicherheitsstandards. Ein Krisenstab, der im Krisenfall Entscheidungs- und Leitungsfunktionen wahrnimmt, ist etabliert.

Darüber hinaus sind bestimmte Teile der Geschäftsaktivitäten an Dienstleister ausgelagert. Die Einheit Dienstleistersteuerung überwacht die Durchführung der Leistungsüberwachung bei MaRisk-relevanten Auslagerungen und steht als zentrale Evidenz zum Thema Leistungsüberwachung und Dienstleistersteuerung zur Verfügung.

Rechtsrisiken

Rechtsrisiken wird grundsätzlich durch die Beobachtung des rechtlichen Umfelds, die Vorgabe von Richtlinien und die Verwendung von Standardverträgen begegnet. Für Rechtsrisiken sind ausreichend Rückstellungen gebildet, insbesondere sind aus heutiger Sicht die

Risiken bei Verbraucherdarlehen nach den Urteilen des Bundesgerichtshofs für die Rechtsthemen „Bearbeitungsgebühren“ und „fehlerhafte Widerrufsbelegungen“ ausreichend abgesichert.

Die LBB beziehungsweise die Immobilien- und Baumanagement der Berlinovo GmbH (IBG), vormals firmierend unter Immobilien- und Baumanagement der Bankgesellschaft Berlin GmbH, haben natürlichen Personen in den Jahren 1994 bis 1997 so genannte Freistellungserklärungen zur Verfügung gestellt, durch die diese von ihrer unbeschränkten Komplementärhaftung in diversen Immobilienfonds gegenüber Dritten durch die LBB beziehungsweise die IBG freigestellt wurden.

Die BaFin hat mitgeteilt, dass sie die Freistellungserklärungen als zivilrechtlich unwirksam betrachte. LBB und IBG vertreten ebenfalls diese Auffassung. Damit haben die Freistellungserklärungen handels- und aufsichtsrechtlich keine Relevanz.

3.5. Sonstige Risiken

Geschäftspolitische und strategische Entscheidungen

Das strategische Risiko ist das Risiko einer Verfehlung der langfristigen Unternehmensziele infolge von fehlerhaften, unvorbereiteten oder auf falschen Annahmen beruhenden strategischen Entscheidungen. Die Steuerung des strategischen Risikos erfolgt durch den Gesamtvorstand; bestimmte Entscheidungen bedürfen zudem der Zustimmung des Aufsichtsrats.

Die durch den Vorstand der LBB/BSK verabschiedete und regelmäßig aktualisierte Gesamtbankstrategie stellt die Zusammenfassung der Strategien aller Geschäftsfelder, Marktfolgebereiche und Corporate Center dar und besteht aus dem Strategiedokument, den strategischen Bereichszielen und der Planung. In der jährlichen Strategieklausur werden die langfristigen Unternehmensziele und die strategischen Rahmenbedingungen vom Vorstand festgelegt.

Die Überwachung und Steuerung der strategischen Ziele der strategischen Geschäftsfelder und Bereiche erfolgen einmal jährlich anhand der definierten Zielerreichungsindikatoren und Zielwerte. Zusätzlich erfolgt eine unterjährige Überwachung ausgewählter Finanz- und Risikoziele anhand standardisierter Reports.

Zu den strategischen und allgemeinen Geschäftsrisiken erfolgen zweimal pro Jahr eine Befragung der Geschäftsfelder und deren Auswertung durch den Bereich Risikocontrolling. Eventuell notwendige Aktivitäten werden daraus abgeleitet und adressiert. Die Ergebnisse gehen in die Risikoinventur ein.

F. Chancen und Prognosebericht

1. Ausblick zu den Rahmen- und Wettbewerbsbedingungen

Die Berliner Wirtschaft soll Konjunktur-
experten zufolge auf Wachstumskurs
bleiben. Für das Jahr 2015 wird eine
Steigerung des Bruttoinlandsprodukts
oberhalb des Bundesdurchschnitts
erwartet. Hierfür sind insbesondere
Impulse aus dem Dienstleistungsbereich
entscheidend. So befindet sich der Wirt-
schaftsstandort Berlin vor allem auf-
grund der stark wachsenden unterneh-

mensnahen Dienste im Aufwind. Auch
der Berliner Arbeitsmarkt wird 2015 wie-
der vom expandierenden Dienstleistungs-
bereich profitieren. Von der stark wach-
senden Erwerbstätigkeit und den stei-
genden Löhnen in der Hauptstadt profi-
tieren vor allem die auf private Verbrau-
cher orientierten Berliner Unternehmen.
Hinzu kommt der nach wie vor stark
boomende Berlintourismus.

2. Chancen

Die LBB/BSK verfügt dank ihrer guten
Reputation als verlässlicher Partner
und einer an den Kundenbedürfnissen
ausgerichteten Produktpalette über
Potenzial, von dem insgesamt aufstreb-
enden wirtschaftlichen Umfeld am
Standort Berlin überdurchschnittlich
zur Branche zu profitieren.

Risiken für die Ertragsentwicklung sehen
wir im Berliner Markt insgesamt, maß-
geblich resultierend aus der deutlich
gestiegenen Wettbewerbsintensität
durch klassische Banken, aber auch durch
das weitere Vordringen von Non- und
Near-Banks. Belastend wirkt sich weiter
auch die historische Niedrigzinsphase
aus, die wesentlich zu dem anhaltenden
Druck auf die Zinsmargen beiträgt.

Im Geschäft mit privaten Kunden sehen
wir Chancen in einer höheren Wahrneh-
mung der besonderen Kompetenzen
unseres Hauses. Die konsequente
Umsetzung und Weiterentwicklung der

Vertriebswegestrategie, die eingeführ-
ten Beratungsunterstützungsprogram-
me, die noch schnellere Umsetzung von
einzelnen Maßnahmen und das finanz-
wirtschaftliche Umfeld, das Kunden
noch stärker auf die Sicherheit und Ver-
trauenswürdigkeit der Sparkassen set-
zen lässt, sind Faktoren, die diesen Pro-
zess befördern könnten. Auch die kon-
sequente Umsetzung bestehender Stan-
dards bietet zahlreiche Chancen zur
Reduzierung von Komplexität und
Kosten. Schwerpunkte dieser Aktivitä-
ten sind die angestrebte Ausweitung
des Wertpapiergeschäfts sowie der Aus-
bau der privaten Baufinanzierungen.

Risiken bestehen durch die zunehmend
verschärften gesetzlichen und regulatori-
schen Eingriffe in die Produkt- und Preis-
gestaltung sowie in die Beratungspro-
zesse (zum Beispiel Neufassung Finanz-
markttrichtlinie MiFID II – Markets in Finan-
cial Instruments Directive). Diese Entwick-
lungen können sich auf die angestrebte

Ausweitung im Wertpapiergeschäft belastend auswirken. Hinzu kommen die weltweiten Veränderungen im Zahlungsverkehr mit Handlungsnotwendigkeiten unter anderem im Drittkartengeschäft. Die möglichen Auswirkungen der regulatorischen Eingriffe bergen das Risiko eines deutlichen Ergebnismrückgangs.

Im Geschäft mit Firmenkunden und in der regionalen gewerblichen Immobilienfinanzierung ist der wesentliche Werttreiber das Kreditgeschäft. Die weitere Positionierung als Hauptstadtparkasse bietet Chancen, Marktanteile zu gewinnen. Auch im Dienstleistungsgeschäft mit Firmenkunden besteht die Chance, über eine forcierte Potenzialausschöpfung den Ergebnisbeitrag zu steigern. Der Berliner Markt wird weiterhin als Wachstumsmarkt mit einem überdurchschnittlich hohen Anteil des Dienstleistungssektors sowie kleinteiligen Wirtschaftsstrukturen eingeschätzt. In der Gründermetropole Berlin mit Kreativpotenzial werden Start-ups auch künftig sehr gute Umfeldbedingungen bescheinigt. Gute Potenziale haben Wachstums-

branchen wie beispielsweise die Gesundheitswirtschaft oder die Umwelt- und Energietechnik in Verbindung mit der Forschungs- und Wissenschaftsinfrastruktur. Die Nutzung dieser Branchenzpotenziale ist explizit Gegenstand der Strategie als Hauptstadtparkasse.

Die gewerbliche Immobilienfinanzierung profitiert bislang von einer regionalen Sonderentwicklung des Berliner Immobilienmarkts. Die aktuellen Berliner Transaktions- und Neubauaktivitäten – auch die der lokal agierenden Bauträger – führten zu hohen Neugeschäftsanfragen und dem Anstieg der Kaufpreise und damit der Finanzierungsvolumina. Diese Entwicklung kann in Folgejahren bei möglicherweise wieder fallenden Preisen oder im Falle einer Entkoppelung der Mietpreisentwicklung zu Risiken führen. Die LBB/BSK wird bei ihrer Finanzierungspolitik unverändert an den bewährten hohen Qualitäts- und Bonitätsanforderungen festhalten, auch wenn sich dies aufgrund der teilweise aggressiveren Wettbewerber negativ auf das Neugeschäft auswirken kann.

3. Prognose

In der Phase des Umbaus gelten die nachstehenden Kennzahlen. Künftig werden sparkassentypische Leistungsindikatoren angestrebt, die einen Vergleich zu anderen Sparkassen ermöglichen.

Die Entwicklung der Leistungsindikatoren im Jahr 2015 wird wie folgt erwartet:

Das **Ergebnis vor Steuern** des Jahres 2015 wird deutlich unter dem ausgeglichenen Vorjahresergebnis erwartet. Ein wesentlicher Effekt des Ergebnismrückgangs resultiert aus der Verselbstständigung der Berlin Hyp. Im kommenden Jahr entfällt die bisherige Ergebnisabführung an die LBB/BSK. Dieser Ergebnismrückgang wird zu einem geringeren Zinsüberschuss in 2015 führen. Zudem erwartet die LBB/

BSK Belastungen sowohl aus der anhaltenden Niedrigzinsphase als auch aus der künftigen EU Bankenabgabe, die ab dem Jahr 2015 die nationale Abgabe ersetzt. Die LBB/BSK rechnet mit einer Verdoppelung bis Verdreifachung der bisherigen Beträge. Es wird erwartet, dass der voraussichtliche Fehlbetrag den geplanten Verlust von -82 Mio. € jedoch nicht erreichen wird.

Der **Verwaltungsaufwand** des Jahres 2014 lag mit 799 Mio. € gut 50 Mio. € unter unserer Planung. Im Rahmen der Realisierung des Kostenprogramms ergaben sich auf Basis der bereits abgesenkten Budgets für 2014 weitere Einsparungen. Einen großen Anteil an diesen Einmaleffekten hatten geringere Personalkosten. Aber auch in den ande-

ren Kostenarten wurden weitgehend die jeweiligen Budgets nicht vollständig ausgenutzt. Dieses Kostenniveau kann jedoch nicht auf 2015 fortgeschrieben werden. Die anstehenden Belastungen aus dem aktuellen Zinsniveau mit Auswirkung auf unsere Pensionsverpflichtungen sowie zusätzliche Aufwendungen als Folge der europäischen Regularien werden in 2015 deutliche Auswirkungen auf unseren Verwaltungsaufwand haben. Der geplante Wert von 837 Mio. € sollte jedoch voraussichtlich nicht vollständig benötigt werden.

Bei den **Mitarbeiterkapazitäten** ist für 2015 eine weitere Reduzierung um rund 340 Stellen auf dann 3.210 Stellen geplant. Im Rahmen des Umbaus erfolgte 2014 der Abbau von 317 Mitarbeiterkapazitäten. Die LBB/BSK plant, im laufenden Jahr die Zahl der neu einzustellenden Auszubildenden konstant zu halten.

Die LBB/BSK plant eine **harte Kernkapitalquote** von 15,1 % und liegt damit unter dem Wert des Jahres 2014 (15,9 %). Der Planung für 2015 liegen die aktuell gültigen CRR (Capital Requirement Regulation) zu Grunde. Angesichts aktueller Diskussionen und Konsultationen auf verschiedenen Ebenen, beispielsweise zum Zinsänderungsrisiko im Anlagebuch oder zum Kreditrisiko-Standardansatz, ist davon auszugehen, dass die aufsichtsrechtlichen Anforderungen weiter einer hohen Dynamik unterliegen. Konkrete Entwicklungen sind aber noch nicht absehbar und sind daher nicht in die Planung eingeflossen. Im Rahmen der Planung ist eine Kapitalerhöhung aktuell nicht notwendig. Eine Neuaufnahme von zusätzlichem Nachrangkapital ist vorerst nicht geplant.

Die **Bilanzsumme** der LBB/BSK konnte zum Jahresende 2014 deutlich auf 57,4 Mrd. € reduziert werden. Neben dem sukzessiven Abschmelzen aus den Beständen der Treasury-Portfolien ist dies durch ein erweitertes Derivate-Netting erreicht worden. Diese Entwicklung wird auch im kommenden Jahr konsequent weiter fortgeführt werden, so

dass wir die Bilanzsumme 2015 (Planwert 61,9 Mrd. €) unter 57,0 Mrd. € liegend erwarten.

Bei den **Forderungen an Kunden** wird in Summe ein leichter Rückgang auf 17,6 Mrd. € (2014: 18,2 Mrd. €) erwartet. In dieser Entwicklung spiegeln sich zwei gegenläufige Effekte wider. Für das Kundengeschäft ist unverändert ein Anstieg geplant. Die wesentlichen Aktivitäten für das Firmenkundengeschäft liegen in der erhöhten Bereitstellung von Krediten für Geschäfts-, Gewerbe- und Firmenkunden sowie einem weiterhin deutlichen Ausbau im Geschäft mit gewerblichen Immobilienfinanzierern. Im Privatkundengeschäft soll das Kreditgeschäft ebenfalls forciert werden. Dieser geplanten Volumenausweitung steht die sukzessive Rückführung der Treasury-Aktivitäten gegenüber. Ein Teil des Rückgangs dieser Bestände wird sich auch in der Position „Forderungen an Kunden“ auswirken und die positive Entwicklung im Kundengeschäft überkompensieren.

Die **Verbindlichkeiten gegenüber Kunden** lagen mit 27,1 Mrd. € zum Jahresende 2014 deutlich über unseren Erwartungen. Die Volumenssteigerungen konzentrierten sich auf den kurzfristigen Bereich bei Sichteinlagen und Tagesgeldkonten. Für 2015 erwarten wir aus der planmäßigen Rückführung der Treasury-Aktivitäten einen Bestand von etwa 25,0 Mrd. €.

Der Planung für 2015 liegen volkswirtschaftliche Annahmen über die Wirtschafts-, Arbeitsmarkt- und Zinsentwicklung zu Grunde. Bei der Entwicklung des kommenden Jahres legen wir folgende Parameter für unsere Geschäftsentwicklung fest:

- Zuwachsrates Bruttoinlandsprodukt Berlin: 2,5 %
- Zuwachsrates Bruttoinlandsprodukt Deutschland: 1,8 %
- Inflationsrate Deutschland: 1,8 %
- Sparquote Berlin: 9,1 %
- Arbeitslosenquote Berlin: 10,5 %
- Tarifsteigerung im Bankgewerbe: 2,4 %

4. Gesamtaussage

Der Vorstand erwartet für das Geschäftsjahr 2015 unverändert eine geordnete Liquiditätssituation und somit eine weiterhin vollständige Refinanzierung der Geschäftsvolumina in den besicherten und unbesicherten Geld- und Kapitalmärkten. Die LBB/BSK geht davon aus, ihre erfolgreiche Entwicklung im kundengetragenen Geschäft fortsetzen zu können. Die anhaltende Niedrigzinsphase sowie die im Zuge der verschärften regulatorischen Anforderungen umgesetzten oder noch umzusetzenden Maßnahmen wirken sich auch im laufenden Jahr für die LBB/BSK belastend aus. Darüber hinaus ist nicht auszuschließen, dass sich im

Zusammenhang mit der Ukraine-Krise zusätzliche negative Auswirkungen auf die Ergebnissituation ergeben.

Auch die Geschäftsentwicklung 2015 der LBB/BSK wird in hohem Maße durch die weitere Umsetzung des Umbaus zur Hauptstadtparkasse geprägt sein. Die geplanten Kosteneinsparungen und Effizienzsteigerungen werden ihre volle Wirkung erst mittelfristig entfalten. Der Vorstand geht davon aus, dass die LBB/BSK im Jahr 2015 plankonform ein negatives Ergebnis vor Steuern ausweisen wird. Eine Ergebnisabführung wird von daher auch für das Jahr 2015 nicht möglich sein.

Bilanz der Landesbank Berlin AG zum 31.12.2014

Aktivseite	Anhang Textziffern	T €	T €	T €	T €	Vorjahr T €
Barreserve						
a) Kassenbestand				396.984		462.175
b) Guthaben bei Zentralnotenbanken				393.562		97.154
darunter: bei der Deutschen Bundesbank		393.562				(70.952)
					790.546	559.329
Forderungen an Kreditinstitute	1, 4, 5, 6, 14					
a) Hypothekendarlehen				406		791
b) Kommunalkredite				1.341.586		1.626.594
c) andere Forderungen				15.509.647		18.057.427
darunter: täglich fällig		523.702				(919.157)
gegen Beleihung von Wertpapieren		0				(0)
					16.851.639	19.684.812
Forderungen an Kunden	1, 4, 5, 14					
a) Hypothekendarlehen				6.271.848		5.431.016
b) Kommunalkredite				4.650.260		5.411.811
c) andere Forderungen				7.299.520		8.258.388
darunter: gegen Beleihung von Wertpapieren		12.267				(11.586)
					18.221.628	19.101.215
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	2, 8, 12, 14					
a) Geldmarktpapiere						
aa) von öffentlichen Emittenten			0			0
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank		0				(0)
ab) von anderen Emittenten			350.055			0
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank		350.055				(0)
				350.055		0
b) Anleihen und Schuldverschreibungen						
ba) von öffentlichen Emittenten			3.377.308			4.211.955
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank		3.170.070				(4.060.519)
bb) von anderen Emittenten			12.251.218			14.877.029
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank		11.083.830				(13.102.658)
				15.628.526		19.088.984
c) eigene Schuldverschreibungen				1.802.395		2.402.467
Nennbetrag		1.800.000				(2.400.000)
					17.780.976	21.491.451
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	7, 8, 12, 14				264.923	366.877
Handelsbestand	9				1.939.369	5.625.777
Beteiligungen	8, 12				166.368	174.794
darunter: an Kreditinstituten		33.022				(42.633)
an Finanzdienstleistungsinstituten		32.484				(39.606)
Anteile an verbundenen Unternehmen	8, 12				245.716	1.460.834
darunter: an Kreditinstituten		237.215				(1.434.437)
an Finanzdienstleistungsinstituten		0				(0)
Treuhandvermögen	11				0	2
darunter: Treuhandkredite		0				(2)
Immaterielle Anlagewerte	10					
a) selbst geschaffene gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte				1.940		1.761
b) entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten				35.602		51.384
c) Geschäfts- oder Firmenwert				0		0
d) geleistete Anzahlungen				0		0
					37.542	53.145
Sachanlagen	10				87.931	97.376
Sonstige Vermögensgegenstände	15				959.346	1.669.628
Rechnungsabgrenzungsposten	16					
a) aus dem Emissions- und Darlehensgeschäft				67.624		15.159
b) andere				7.586		14.820
					75.210	29.979
Summe der Aktiva					57.421.194	70.315.219

Passivseite	Anhang Textziffern	T €	T €	T €	T €	Vorjahr T €
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	1, 4, 5					
a) begebene Hypotheken-Namenspfandbriefe				190.220		197.286
b) begebene öffentliche Namenspfandbriefe				96.494		102.329
c) andere Verbindlichkeiten				9.407.440		11.920.546
darunter: täglich fällig		703.889				(809.926)
zur Sicherstellung aufgenommener Darlehen an den Darlehensgeber ausgehändigte Hypotheken-Namenspfandbriefe		0				(0)
und öffentliche Namenspfandbriefe		0				(0)
					9.694.154	12.220.161
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	1, 4, 5					
a) begebene Hypotheken-Namenspfandbriefe				299.056		385.222
b) begebene öffentliche Namenspfandbriefe				186.447		289.361
c) Spareinlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist						
ca) von drei Monaten			2.768.632			3.006.447
cb) von mehr als drei Monaten			2.775.677			2.639.589
d) andere Verbindlichkeiten				5.544.309		5.646.036
darunter: täglich fällig		15.384.599		21.080.200		20.985.987
zur Sicherstellung aufgenommener Darlehen an den Darlehensgeber ausgehändigte Hypotheken-Namenspfandbriefe		0				(0)
und öffentliche Namenspfandbriefe		0				(0)
					27.110.012	27.306.606
Verbriefte Verbindlichkeiten	2, 4					
a) begebene Schuldverschreibungen						
aa) Hypothekenspfandbriefe			1.641.515			2.148.662
ab) öffentliche Pfandbriefe			760.163			843.020
ac) sonstige Schuldverschreibungen			8.994.119			12.176.773
				11.395.797		15.168.455
b) andere verbrieftete Verbindlichkeiten				0		0
darunter: Geldmarktpapiere		0				(0)
					11.395.797	15.168.455
Handelsbestand	17				3.642.688	9.564.910
Treuhandverbindlichkeiten	11				0	2
darunter: Treuhandkredite		0				(2)
Sonstige Verbindlichkeiten	18				1.119.252	1.098.966
Rechnungsabgrenzungsposten	19					
a) aus dem Emissions- und Darlehensgeschäft				31.956		36.572
b) andere				20.793		27.486
					52.749	64.058
Rückstellungen	20					
a) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen				734.625		666.472
b) Steuerrückstellungen				14.598		5.142
c) andere Rückstellungen				671.182		580.605
					1.420.405	1.252.219
Nachrangige Verbindlichkeiten	4, 5, 21				818.691	819.078
Fonds für allgemeine Bankrisiken					6.203	6.203
davon Sonderposten nach § 340e Abs. 4 HGB		5.867				(5.867)

Passivseite	Anhang Textziffern	T €	T €	T €	T €	Vorjahr T €
Eigenkapital	22					
a) Eingefordertes Kapital						
Gezeichnetes Kapital						
aa) Grundkapital			1.200.000			1.200.000
ab) Stille Einlage			0			653.318
abzüglich nicht eingeforderter ausstehender Einlagen			0			0
				1.200.000		1.853.318
b) Kapitalrücklage				920.038		920.038
c) Gewinnrücklagen						
ca) gesetzliche Rücklage			0			0
cb) Rücklage für Anteile an einem herrschenden oder mehrheitlich beteiligten Unternehmen			0			0
cc) satzungsmäßige Rücklagen			0			0
cd) andere Gewinnrücklagen			41.205			41.205
				41.205		41.205
d) Bilanzgewinn/Bilanzverlust				0		0
					2.161.243	2.814.561
Summe der Passiva					57.421.194	70.315.219

Eventualverbindlichkeiten	34					
b) Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und aus Gewährleistungsverträgen					304.100	648.212
					304.100	648.212
Andere Verpflichtungen	34					
c) Unwiderrufliche Kreditzusagen					1.486.285	3.080.562
					1.486.285	3.080.562

Gewinn- und Verlustrechnung der Landesbank Berlin AG für die Zeit vom 01.01. bis zum 31.12.2014

Aufwendungen	Anhang Textziffern	T €	T €	T €	T €	Vorjahr T €
Zinsaufwendungen	21, 23, 32				417.787	530.699
davon: Aufzinsung der bankspezifischen Rückstellungen				302		(170)
Provisionsaufwendungen	24, 32				137.075	140.063
Nettoaufwand des Handelsbestandes	25, 32				8.293	26.230
Allgemeine Verwaltungsaufwendungen	26, 27					
a) Personalaufwand						
aa) Löhne und Gehälter			238.501			264.125
ab) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung			97.557			79.340
darunter: für Altersversorgung		58.441				(34.401)
				336.058		343.465
b) andere Verwaltungsaufwendungen				428.135		482.448
					764.193	825.913
Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen	10				34.804	38.001
Sonstige betriebliche Aufwendungen	30				195.625	128.567
davon: Aufzinsung der nicht-bankspezifischen Rückstellungen				62.927		(49.361)
Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft	28				148.333	88.077
Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere	8				50.506	84.262
Aufwand Bankenabgabe					570	15.752
Aufwendungen aus Verlustübernahme					0	32.674
Außerordentliche Aufwendungen	30				12.771	254.022
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	31				9.054	0
Sonstige Steuern, soweit nicht unter „Sonstige betriebliche Aufwendungen“ ausgewiesen					-3.626	-1.134
Zuführungen zum Fonds für allgemeine Bankrisiken					0	335
Auf Grund einer Gewinngemeinschaft, eines Gewinnabführungs- oder eines Teilgewinnabführungsvertrages abgeführte Gewinne	22				46.683	0
Jahresüberschuss					0	-
Summe der Aufwendungen					1.822.068	2.163.461

Erträge	Anhang Textziffern	T €	T €	T €	T €	Vorjahr T €
Zinserträge aus	23, 29, 32					
a) Kredit- und Geldmarktgeschäften				968.091		1.088.031
b) festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen				176.011		186.039
					1.144.102	1.274.070
Laufende Erträge aus	23, 29, 32					
a) Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren				11.063		14.661
b) Beteiligungen				8.139		6.064
					19.202	20.725
Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnab- führungs- oder Teilgewinnabführungsverträgen	23				83.098	121.456
Provisionserträge	24, 29, 32				392.719	379.985
Erträge aus Zuschreibungen zu Beteiligungen, Anteilen an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelten Wertpapieren	8				77.786	39.924
Sonstige betriebliche Erträge	29, 30				105.161	136.276
davon: Abzinsung der nicht-bankspezifischen Rückstellungen				215		(117)
Außerordentliche Erträge					0	210
Erträge aus Verlustübernahme					0	190.815
Jahresfehlbetrag					-	0
Summe der Erträge					1.822.068	2.163.461

Eigenkapitalpiegel

Der Eigenkapitalpiegel gibt Auskunft über die Entwicklung des Eigenkapitals der Landesbank Berlin AG/Berliner Sparkasse (LBB/BSK). Die Darstellung

des Eigenkapitalpiegels erfolgt in Anlehnung an den Deutschen Rechnungslegungs Standard Nr. 7 (DRS 7).

in Mio. €	Gezeichnetes Kapital		Kapitalrücklage	Gewinnrücklagen andere Gewinnrücklagen	Bilanzgewinn/ Bilanzverlust	Eigenkapital gesamt
	Grundkapital	Stille Einlage				
Stand zum 31.12.2013	1.200	653	920	41	0	2.814
Kapitalerhöhungen						
Auffüllung Stille Einlage	0	47	0	0	0	47
Kapitalherabsetzungen						
Rückzahlung Stille Einlage	0	-700	0	0	0	-700
Stand zum 31.12.2014	1.200	0	920	41	0	2.161

Im Geschäftsjahr 2013 wurde die Stille Einlage teilweise, in Höhe von 46,7 Mio. € zum Verlustausgleich herangezogen. Das Ergebnis 2014 erlaubte eine Wiederauffüllung auf den Nennbe-

trag von 700,0 Mio. €. Mit Wirkung des 31.12.2014 wurde die Stille Gesellschaft einvernehmlich beendet und der Einlagenbetrag zurückgezahlt.

Kapitalflussrechnung

für die Zeit vom 01.01. bis zum 31.12.2014

Als kapitalmarktorientiertes Unternehmen, das nicht zur Aufstellung eines Konzernabschlusses verpflichtet ist, hat die Landesbank Berlin AG/Berliner Sparkasse (LBB/BSK) nach § 264 Absatz 1 Satz 2 HGB den Jahresabschluss um eine Kapitalflussrechnung zu erweitern. Die Darstellung der Kapitalflussrechnung erfolgt in enger Anlehnung an die Anlage 2 des Deutschen Rechnungslegungs Standards Nr. 21 (DRS 21).

Die Kapitalflussrechnung informiert über Stand und Entwicklung der Zahlungsmit-

tel des Geschäftsjahres, getrennt nach den Bereichen laufende Geschäftstätigkeit, Investitionstätigkeit und Finanzierungstätigkeit.

Für Kreditinstitute ist die Aussagefähigkeit der Kapitalflussrechnung als gering anzusehen, da sie keinen Aufschluss über die tatsächliche Liquiditätssituation ermöglicht. Die Kapitalflussrechnung ersetzt für die LBB/BSK weder die Liquiditäts- beziehungsweise Finanzplanung noch wird sie als Steuerungsinstrument eingesetzt.

in Mio. €	2014
Jahresüberschuss	0
Im Jahresüberschuss enthaltene zahlungsunwirksame Posten	
Abschreibungen, Wertberichtigungen und Zuschreibungen auf Forderungen und Gegenstände des Anlagevermögens	194
Erfolgswirksame Veränderungen der Rückstellungen	258
Andere zahlungsunwirksame Aufwendungen und Erträge	-13
Ergebnis aus der Veräußerung von Gegenständen des Anlagevermögens	-31
Sonstige Anpassungen (Saldo)	-712
Veränderung des Vermögens und der Verbindlichkeiten aus operativer Geschäftstätigkeit (nach Korrektur um zahlungsunwirksame Bestandteile)	
Forderungen an Kreditinstitute	3.346
Forderungen an Kunden	811
Handelsaktiva	3.733
Wertpapiere (soweit nicht Finanzanlagen oder Handelsaktiva)	1.257
Andere Aktiva aus operativer Geschäftstätigkeit	665
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	-2.761
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	-220
Verbriefte Verbindlichkeiten	-3.832
Handelsspassiva	-5.939
Andere Passiva aus operativer Geschäftstätigkeit	-111
Erhaltene Zinsen und Dividenden	605
Gezahlte Zinsen	-160
Außerordentliche Einzahlungen	0
Außerordentliche Auszahlungen	0
Ertragsteuerzahlungen	-9
Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit	-2.919
Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzanlagen	7.152
Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachanlagen	16
Einzahlungen aus der Veräußerung von immateriellen Vermögenswerten	0
Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen	-3.290
Auszahlungen für den Erwerb von Sachanlagen	-23
Auszahlungen für den Erwerb von immateriellen Vermögenswerten	-4
Mittelveränderung aus sonstiger Investitionstätigkeit	0
Einzahlungen aus außerordentlichen Posten	0
Auszahlungen aus außerordentlichen Posten	0
Cashflow aus Investitionstätigkeit	3.851
Einzahlungen aus Eigenkapitalzuführungen	0
Auszahlungen aus Eigenkapitalherabsetzungen	-700
Einzahlungen aus außerordentlichen Posten	0
Auszahlungen aus außerordentlichen Posten	0
Gezahlte Dividenden	0
Mittelveränderungen aus sonstigem Kapital (Saldo)	0
Cashflow aus Finanzierungstätigkeit	-700
Finanzmittelfonds zum 1.1.	559
Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit	-2.919
Cashflow aus Investitionstätigkeit	3.851
Cashflow aus Finanzierungstätigkeit	-700
Wechselkurs- und bewertungsbedingte Änderungen des Finanzmittelfonds	0
Finanzmittelfonds zum 31.12.	791

Im Rahmen der Kapitalflussrechnung wird der Finanzmittelfonds der LBB/BSK zu Beginn des Geschäftsjahres durch die Abbildung der Zahlungsströme (Cashflows) aus der

- laufenden Geschäftstätigkeit,
- Investitionstätigkeit sowie der
- Finanzierungstätigkeit

auf den am Ende des Geschäftsjahres zur Verfügung stehenden Finanzmittelfonds übergeleitet. Die Summe aus diesen Zahlungsströmen entspricht der Veränderung des Finanzmittelfonds in der Berichtsperiode. Der Finanzmittelfonds umfasst den Kassenbestand und die Guthaben bei der Deutschen Bundesbank.

Der Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit wird ausgehend vom Jahresüberschuss nach der indirekten Methode dargestellt. Danach wird der Jahresüberschuss um alle nicht zahlungswirksamen Erträge und Aufwen-

dungen bereinigt. Gemäß DRS 21 werden insbesondere zahlungswirksame Zins- und Dividendenzahlungen sowie Steuerzahlungen im Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit gesondert ausgewiesen. Demnach wird der Jahresüberschuss zunächst in der Position „Sonstige Anpassungen (Saldo)“ unter anderem um das Zinsergebnis sowie die Ertragsteueraufwendungen bereinigt.

Der Cashflow aus Investitionstätigkeit resultiert im Wesentlichen aus Ein- und Auszahlungen im Zusammenhang mit der Veräußerung oder dem Erwerb von Finanzanlagen, Sachanlagen und immateriellen Vermögensgegenständen.

In der Mittelveränderung aus der Finanzierungstätigkeit werden neben den Beziehungen zu den Eigenkapitalgebern insbesondere die Veränderungen aus der Bereitstellung beziehungsweise Rückzahlung von nachrangigen Verbindlichkeiten berücksichtigt.

Anhang der Landesbank Berlin AG 2014

Die Landesbank Berlin AG, Berlin, (LBB) ist Tochtergesellschaft der Landesbank Berlin Holding AG, Berlin, (Holding) und in den Konzernabschluss der Erwerbsgesellschaft der S-Finanzgruppe mbH & Co. KG, Neuhardenberg, (Erwerbsgesellschaft) einbezogen (kleinster und größter Konsolidierungskreis i.S.d. § 285 Nr. 14 HGB).

Der gesamte Geschäftsbetrieb der LBB wird in der Berliner Sparkasse abgebildet. Die Berliner Sparkasse (BSK) ist eine teilrechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts. Sie wird als Zweigniederlassung der nicht börsennotierten Aktiengesellschaft Landesbank Berlin AG geführt. Im Folgenden wird daher die Bezeichnung Landesbank Berlin AG/ Berliner Sparkasse (LBB/BSK) verwendet.

Mit wirtschaftlicher Wirkung zum 31. Dezember 2014, 24:00 Uhr/01.01.2015, 0:00 Uhr hat die LBB im Zuge der Auflösung der bisherigen Konzernstruktur ihre wesentlichen Beteiligungen Berlin Hyp AG, S-Servicepartner GmbH, netbank AG und weitere Beteiligungen an die Holding übertragen. Damit sind diese nun Schwestergesellschaften der LBB/BSK. Die Ergebnisse dieser Gesellschaften aus dem Geschäftsjahr 2014 stehen noch der LBB/BSK zu.

Der Konzernabschluss der Erwerbsgesellschaft wird im elektronischen Bundesanzeiger veröffentlicht.

Angaben zu Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Bilanzierung

Der Jahresabschluss der LBB/BSK wurde nach den Grundsätzen ordnungsgemäßer Buchführung unter Beachtung der Rechnungslegungsvorschriften des Handelsgesetzbuches (HGB) für große Kapitalgesellschaften und des Aktiengesetzes, erweitert durch die Vorschriften der Verordnung über die Rechnungslegung der Kreditinstitute (RechKredV), aufgestellt. Ergänzend wurden die Vorschriften der Satzung beachtet.

Die Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden wurden beibehalten.

Forderungen, die unter die Detailvereinbarung mit dem Land Berlin fallen (Näheres unter Haftungsverhältnissen), wurden, da diese eine Gewährleistung der betreffenden Kredite durch das Land Berlin vorsieht, den Kommunalkrediten zugeordnet.

Der Jahresabschluss wurde auf der Grundlage einer Fortführung der Unternehmens-tätigkeit aufgestellt (§ 252 Abs. 1 Nr. 2 HGB).

Bewertung

Die Bewertung der Vermögensgegenstände, der Verbindlichkeiten und der schwebenden Geschäfte erfolgte nach den Vorschriften der §§ 252 ff. HGB in Verbindung mit den §§ 340 ff. HGB. Die Verordnung über die Rechnungslegung der Kreditinstitute (RechKredV) wurde beachtet. Bei Vermögensgegenständen, die gemäß § 340e Abs. 1 Satz 1 HGB nach den für das Anlagevermögen geltenden Vorschriften bewertet werden und deren Nutzung zeitlich begrenzt ist, werden planmäßige Abschreibungen vorgenommen.

Forderungen und Verbindlichkeiten

Forderungen an Kreditinstitute und Kunden sind grundsätzlich mit dem Nominalbetrag angesetzt. Agio- und Damnumbeträge werden in die aktiven bzw. passiven Rechnungsabgrenzungsposten eingestellt und planmäßig aufgelöst. Abgezinste Verbindlichkeiten werden mit dem Zeitwert, andere Verbindlichkeiten mit dem Rückzahlungsbetrag bilanziert.

Erkennbaren Risiken im Kreditgeschäft wurde durch die Bildung von Einzelwertberichtigungen ausreichend Rechnung getragen. Für latente Risiken im Forderungsbestand bestehen Pauschalwertberichtigungen. Uneinbringliche Zinsen werden nicht vereinnahmt.

Finanzanlagen

Finanzanlagen sind zu Anschaffungskosten bewertet. Bei voraussichtlich dauernder Wertminderung werden Abschreibungen gemäß dem Niederstwertprinzip vorgenommen. Bei nur vorübergehender Wertminderung wird grundsätzlich gemäß § 253 Abs. 3 Satz 3 HGB in Verbindung mit § 340e Abs. 1 HGB der Wert beibehalten. Davon abweichend werden im Wesentlichen Investmentfondsanteile im Anlagevermögen auch bei nur vorübergehender Wertminderung mit dem niedrigeren beizulegenden Wert gemäß § 253 Abs. 3 Satz 4 HGB angesetzt.

Wertpapiere der Liquiditätsreserve

Wertpapiere der Liquiditätsreserve werden nach dem strengen Niederstwertprinzip bewertet.

Handelsbestand

Die Finanzinstrumente des Handelsbestands werden zum beizulegenden Zeitwert abzüglich eines Risikoabschlags bewertet. Alle Handelsgeschäfte werden einem Mark-to-Market-Ansatz unterzogen. Dabei werden in den jeweiligen Portfolien zunächst alle Bewertungsergebnisse vereinnahmt. Anschließend wird ein portfolioorientierter und auf dem aufsichtsrechtlich genehmigten internen Value-at-Risk-Konzept basierender Risikoabschlag vorgenommen. Für jedes Portfolio wird das Maximum des Value-at-Risk für eine historische Periode von einem Jahr und einem exponentiell gewichteten kurzfristigen historischen Beobachtungszeitraum ermittelt. Die dem Verfahren zugrunde liegenden Parameter sind ein Konfidenzniveau von 99 % und eine Haltedauer von zehn Handelstagen. Der Risikoabschlag in Höhe von 6,0 (i. Vj.: 12,1) Mio. € wird im Handelsbestand ausgewiesen.

Die Risiken aus den Portfolien unterliegen einem auf das jeweilige Portfolio zugeschnittenen Risikomanagement und Limitierungssystem. Die Portfolien werden im Rechnungswesen und in der Risikoüberwachung eindeutig von anderen Geschäften abgegrenzt.

Marktbewertung

Soweit Marktwerte verfügbar sind, werden diese als beizulegende Werte herangezogen. Im Falle nicht aktiver Märkte erfolgt die Ermittlung der beizulegenden Werte auf Basis von diskontierten Cashflows, wobei in die Diskontfaktoren am Markt beobachtbare Zinsen, allgemeine Credit Spreads (externe Kategorienspreads nach Branche, Herkunft und Rating) und individuelle Credit Spreads (instrument- und emittentenspezifisch) eingehen. Für die Bestimmung letzterer werden in einer differenzierten Betrachtung die zuletzt beobachteten plausiblen individuellen Spreads oder aktuellere Spreads verwandter Bonds oder Credit Default Swaps sowie eigene Einschätzungen herangezogen, die sich zum Beispiel aus Stützungsaktionen von Staaten ergeben.

Bei der Ermittlung positiver und negativer Marktwerte von Derivaten werden ebenfalls grundsätzlich Börsenpreise zugrunde gelegt. Bei fehlenden Börsenpreisen wird der Marktwert anhand von branchenüblichen finanzmathematischen Bewertungsverfahren, insbesondere Barwertverfahren und Optionspreismodellen errechnet. Die in die Bewertungsmodelle eingehenden Parameter werden zum Bilanzstichtag anhand von am Markt verfügbaren Marktkonditionen ermittelt. Um auch dem Kontrahenten-ausfallrisiko aus OTC-Derivaten Rechnung zu tragen, wird darüber hinaus ein Credit Valuation Adjustment (CVA) berücksichtigt.

Die Steuerung der Zinsmarge aller dem Bankbuch zugeordneten Geschäfte erfolgt gesamtheitlich. Zur Sicherstellung der verlustfreien Bewertung des Bankbuches werden die Buchwerte der zugeordneten Finanzinstrumente deren Barwerten gegenübergestellt. Sofern sich hieraus unter Berücksichtigung von Refinanzierungs-, Risiko- und Verwaltungskosten ein Verpflichtungsüberschuss ergibt, wird eine Rückstellung für drohende Verluste gebildet. Die IDW-Stellungnahme zur verlustfreien Bewertung von zinstragenden Geschäften des Bankbuchs (BFA 3) wird beachtet. Zum Stichtag bestand kein negativer Verpflichtungsüberschuss. Eine Rückstellung wurde dementsprechend nicht gebildet.

Bewertungseinheiten

Grundsätzlich werden alle ökonomischen Sicherungsbeziehungen auch nach § 254 HGB als Bewertungseinheit dargestellt, es sei denn, sie sind Teil der Gesamtbanksteuerung. In diesem Fall werden ökonomische Sicherungsbeziehungen im Rahmen der Regelungen der Stellungnahme zur Rechnungslegung IDW RS BFA 3 berücksichtigt. Somit werden Bestände, die im Zusammenhang mit einem betrags-, währungs- und laufzeitkongruenten Sicherungsderivat stehen, als Bewertungseinheit betrachtet und entsprechend § 254 HGB behandelt. Grundgeschäfte werden gegen Zinsänderungs-, und/oder Währungsrisiken abgesichert. Es werden fast ausschließlich Bewertungseinheiten auf Mikroebene gebildet, das heißt dass den Wertänderungen aus dem abgesicherten Risiko des Grundgeschäfts einzelne Sicherungsinstrumente gegenüberstehen. Zum Nachweis des Ausgleichs der gegenläufigen Wertveränderungen aus dem Grund- und Sicherungsgeschäft wendet die LBB/BSK für alle Bewertungseinheiten die Critical Term Match-Methode an. Im Rahmen dieser Methode wird dokumentiert, dass die wesentlichen Parameter zwischen Grund- und Sicherungsgeschäft übereinstimmen. Vor diesem Hintergrund wird davon ausgegangen, dass sich die Wertveränderungen zwischen Grund- und Sicherungsgeschäft von Beginn der dokumentierten Bildung der Bewertungseinheit bis zur Fälligkeit der Geschäfte, bezogen auf das abgesicherte Risiko, vollständig ausgleichen. Der wirksame Teil einer Bewertungseinheit wird bilanziell entsprechend der Einfrierungsmethode abgebildet. Darüber hinaus bestehende Unwirksamkeiten, bezogen auf das nicht abgesicherte Risiko, werden nach den allgemeinen Bilanzierungsvorschriften behandelt. Derzeit werden keine Bewertungseinheiten gebildet, in die mit hoher Wahrscheinlichkeit erwartete Transaktionen einbezogen werden.

Aufrechnung

In den Forderungen und Verbindlichkeiten sowie innerhalb der Handelsbestände, die aus Geschäften mit der Eurex Clearing AG resultieren (Wertpapierpensions-, Optionsgeschäfte), werden Aufrechnungen durchgeführt, sofern kumulativ erfüllt ist, dass diese Geschäfte in der gleichen Währung geführt werden und über gleiche Fälligkeiten verfügen.

Des Weiteren werden im Handelsbestand bilanzierte OTC-Derivate unter Einbeziehung der Sicherheitsleistung je Kontrahent verrechnet ausgewiesen, sofern sie unter einem Rahmenvertrag mit einem Besicherungsanhang abgeschlossen wurden und ein täglicher Ausgleich der Sicherheitsleistungen erfolgt.

Zum 31.12.2014 betrug der Aufrechnungsbetrag in Summe 5.898,3 (i. Vj.: 1.449,6) Mio. €.

Rückstellungen

Die Ermittlung der Pensionsrückstellungen erfolgt durch externe versicherungsmathematische Sachverständige nach dem Anwartschaftsbarwertverfahren (Projected Unit Credit Method – PUC). Sie werden mit dem durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen sieben Geschäftsjahre abgezinst, der sich bei einer angenommenen Restlaufzeit von 15 Jahren ergibt. Dabei wird ein Zinssatz von 4,53 % (i. Vj.: 4,90 %) zugrunde gelegt. Als Lohn- und Gehaltssteigerungen werden 2,5–5,0 % (i. Vj.: 2,5–5,0 %) und als Rententrend 1,00–2,10 % (i. Vj.: 1,00–2,10 %) angesetzt. Bei der Berechnung wurden die biometrischen Rechnungsgrundlagen (Richttafeln Prof. Heubeck 2005 G, IGSS-Sterbetafeln) verwendet. Der Aufwand aus dem bei erstmaliger Anwendung des BilMoG im Jahr 2010 entstandenen Erhöhungsbetrag wird in Anwendung von Art. 67 Abs. 1 EGHGB auf voraussichtlich 15 Jahre verteilt.

Die übrigen Rückstellungen sind zu dem Erfüllungsbetrag angesetzt, der nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung erforderlich ist. Dabei werden Rückstellungen mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr gemäß § 253 Abs. 2 HGB abgezinst.

Währungsumrechnung

Der Jahresabschluss wird in Euro aufgestellt.

Die Umrechnung der auf ausländische Währung lautenden Vermögensgegenstände und Schulden sowie von schwebenden Geschäften erfolgt grundsätzlich zu den von der Europäischen Zentralbank zum Jahresende veröffentlichten Referenzkursen. Für Währungen, für die die EZB keine Referenzkurse ermittelt, wurden festgestellte Kurse vom 30.12.2014 16:30 Uhr verwendet. Terminkurse wurden hieraus abgeleitet.

Soweit Vermögensgegenstände, Schulden oder Termingeschäfte durch Vermögensgegenstände, Schulden oder andere Termingeschäfte in derselben Währung besonders gedeckt sind, erfolgt die Erfolgsrealisierung nach § 340h HGB in Verbindung mit § 256a HGB.

Erläuterungen zur Bilanz und zur Gewinn- und Verlustrechnung

Bilanz

(1) Fristengliederung (Restlaufzeiten)

in Mio. €	31.12.2014	31.12.2013
Forderungen an Kreditinstitute		
bis drei Monate	3.859	8.493
mehr als drei Monate bis ein Jahr	8.124	5.499
mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	4.025	4.464
mehr als fünf Jahre	844	1.229
Insgesamt	16.852	19.685
Forderungen an Kunden		
bis drei Monate	3.779	3.333
mehr als drei Monate bis ein Jahr	1.646	2.844
mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	5.523	6.972
mehr als fünf Jahre	7.274	5.952
davon mit unbestimmter Laufzeit	(1.197)	(1.320)
Insgesamt	18.222	19.101
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten		
bis drei Monate	7.412	10.376
mehr als drei Monate bis ein Jahr	473	579
mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	1.250	855
mehr als fünf Jahre	559	410
Insgesamt	9.694	12.220
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden, Spareinlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als 3 Monaten		
bis drei Monate	17	20
mehr als drei Monate bis ein Jahr	2.744	2.605
mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	14	14
mehr als fünf Jahre	1	1
Insgesamt	2.776	2.640
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden ohne Spareinlagen		
bis drei Monate	20.168	19.764
mehr als drei Monate bis ein Jahr	824	706
mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	503	1.048
mehr als fünf Jahre	71	143
Insgesamt	21.566	21.661

(2) Beträge, die im Folgejahr fällig werden

in Mio. €	31.12.2014	31.12.2013
Enthalten in Position		
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	6.240	5.312
Verbriefte Verbindlichkeiten/begebene Schuldverschreibungen	7.965	3.321

(3) Bewertungseinheiten

31.12.2014 Nominalbetrag in Mio. €	Grund- geschäft	Sicherungsgeschäft			
		Zins- änderungs- risiko	Währungs- risiko	Aktien- risiko	Bonitäts- risiko
Vermögensgegenstände	8.585	x	x		
Schulden	2.495	x	x		
darin sind Nominalwerte von Derivaten als Sicherungsgeschäfte enthalten: 10.826 Mio. €					

(4) Beziehungen zu verbundenen Unternehmen

in Mio. €	31.12.2014	31.12.2013
Forderungen an Kreditinstitute	5.706	7.907
Forderungen an Kunden	543	233
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	1.171	2.058
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	159	292
Verbriefte Verbindlichkeiten	64	62
Nachrangige Verbindlichkeiten	199	199

(5) Beziehungen zu Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht

in Mio. €	31.12.2014	31.12.2013
Forderungen an Kreditinstitute	7	11
Forderungen an Kunden	50	61
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	42	47
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	13	17
Nachrangige Verbindlichkeiten	20	20

(6) Nachrangige Aktiva

in Mio. €	31.12.2014	31.12.2013
Forderungen an Kreditinstitute	40	50

(7) Investmentvermögen

Folgende Anteile oder Anlageaktien an inländischem Investmentvermögen oder vergleichbaren ausländischen Investmentanteilen überstiegen eine Anteilsquote von 10 %:

31.12.2014 in Mio. €	Buchwert (BW)	Marktwert (MW)	Differenz MW-BW	Ausschüttung	unterlassene Abschreibungen
Rentenfonds	247	251	4	7	0

(8) Entwicklung des Finanzanlagevermögens

in Mio. €	Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere¹⁾	Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	Beteiligungen	Anteile an verbundenen Unternehmen
Buchwert zum 31.12.2013³⁾	8.935	348	175	1.461
Anschaffungs-/Herstellungskosten zum 31.12.2013³⁾	8.923	428	218	1.527
Zugänge 2014	3.090	93	0	107
Abgänge 2014	5.606	243	3	1.377
Umbuchungen 2014	0	0	0	0
Effekte aus Wechselkursänderungen	42	0	0	0
Anschaffungs-/Herstellungskosten zum 31.12.2014³⁾	6.449	278	215	257
Kumulierte Abschreibungen zum 31.12.2013	-12	80	43	66
Zugänge 2014 ²⁾	1	2	8	2
Abgänge 2014	2	48	2	57
Zuschreibungen 2014	3	3	0	0
Umbuchungen 2014	0	0	0	0
Effekte aus Wechselkursänderungen	0	0	0	0
Kumulierte Abschreibungen zum 31.12.2014	-16	31	49	11
Buchwert zum 31.12.2014³⁾	6.465	247	166	246

1) In Vorjahren wurden Wertpapiere aus der Liquiditätsreserve in das Finanzanlagevermögen umgewidmet. Die Buchwerte bei Umwidmung wurden als Anschaffungskosten behandelt. Sofern sich in der Liquiditätsreserve vorgenommene Abschreibungen nach der Umwidmung als nicht dauerhaft erwiesen, erfolgte die Zuschreibung. Der Buchwert solcher Wertpapiere lag dann über den im Anlagespiegel genannten Anschaffungskosten. Die tatsächlichen historischen Anschaffungskosten wurden nicht überschritten.

2) Im laufenden Jahr wurden Abschreibungen nach § 253 Abs. 3, S. 3 HGB in Höhe von 0 (i. Vj.: 24) Mio. € und nach § 253 Abs. 3, S. 4 HGB in Höhe von 1 (i. Vj.: 37) Mio. € vorgenommen.

3) Nicht enthalten sind anteilige Abgrenzungszinsen. Diese betragen in 2014 27 Mio. €.

Für folgende Wertpapiere des Anlagevermögens wurde auf Abschreibungen auf den beizulegenden Zeitwert gem. § 253 Abs. 3 Satz 4 HGB verzichtet, weil die Wertminderung nicht als dauerhaft angesehen wird:

in Mio. €	Buchwerte	beizulegende Zeitwerte	unterlassene Abschreibungen kumuliert	
			31.12.2014	31.12.2013
Schuldverschreibungen	1.235	1.210	25	48
Insgesamt	1.235	1.210	25	48

Die Einschätzung, dass die Wertminderungen für Schuldverschreibungen nicht dauerhaft sind, stellt im Wesentlichen auf die Beurteilung der Ausfallwahrscheinlichkeit der Forderungen ab und nicht auf liquiditäts- bzw. credit-spread-induzierte Wertschwankungen. Dies folgt der Absicht, die Papiere bis zur Fälligkeit im Anlagevermögen zu halten.

(9) Handelsbestand aktiv

Beizulegender Zeitwert in Mio. €	31.12.2014	31.12.2013
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	457	1.335
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	41	49
Forderungen	0	1
derivative Finanzinstrumente	1.441	4.241
Insgesamt	1.939	5.626

(10) Sachanlagen und immaterielle Vermögensgegenstände

Im Rahmen der eigenen Geschäftstätigkeit werden Immobilien mit einem Buchwert von 23 (i. Vj.: 23) Mio. € genutzt.

Gegenstände der Betriebs- und Geschäftsausstattung sind in Höhe von 65 (i. Vj.: 74) Mio. € enthalten.

Sachanlagen und Immaterielle Vermögensgegenstände werden zu Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten bewertet, vermindert – soweit es sich um abnutzbare Vermögensgegenstände handelt – um planmäßige, überwiegend lineare Abschreibungen entsprechend der betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer mit den steuerlich zulässigen Höchstwerten.

Immaterielle Vermögensgegenstände/Sachanlagen	Nutzungsdauer
Gebäude	25/33/50 Jahre
Mietereinbauten	15/25/33 Jahre
Einrichtungsgegenstände	8–13 Jahre
Betriebsvorrichtungen	5–25 Jahre
Büromaschinen/EDV-Anlagen	3–8 Jahre
Fernsprechanlagen	8–11 Jahre
Kraftfahrzeuge	6 Jahre
Software	3–5 Jahre

Geringwertige Wirtschaftsgüter mit Anschaffungskosten bis 150,- € werden im Jahr der Anschaffung vollständig abgeschrieben und im Anlagespiegel als Abgang behandelt. Für Wirtschaftsgüter bis 1.000,- € netto wird eine Aktivierung auf Sammelanlagen vorgenommen, die über fünf Jahre abgeschrieben werden. Das Wahlrecht nach § 6 Abs. 2a EStG wird seit Einführung einheitlich ausgeübt. Für Wirtschaftsgüter bis maximal 2.000,- € brutto wird eine Aktivierung auf Sammelanlagen vorgenommen, die differenziert je nach Anlageklasse über 3 bis 13 Jahre abgeschrieben werden.

Entwicklung der Sachanlagen und Immateriellen Vermögensgegenstände:

in Mio. €	a.) selbst geschaffene gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte	b.) entgeltliche erworbene Konzessionen, gew. Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	c.) geleistete Anzahlungen	Immaterielle Anlagewerte gesamt	Sachanlagen
Buchwert zum 31.12.2013	2	51	0	53	97
Anschaffungs-/Herstellungskosten zum 31.12.2013	2	193	0	195	293
Zugänge 2014	1	3	0	4	23
Abgänge 2014	0	7	0	7	25
Umbuchungen 2014	0	0	0	0	0
Effekte aus Wechselkursänderungen	0	0	0	0	0
Anschaffungs-/Herstellungskosten zum 31.12.2014	3	189	0	192	291
Kumulierte Abschreibungen zum 31.12.2013	0	142	0	142	196
Zugänge 2014 ¹⁾	1	18	0	19	16
Abgänge 2014	0	7	0	7	9
Zuschreibungen 2014	0	0	0	0	0
Umbuchungen 2014	0	0	0	0	0
Effekte aus Wechselkursänderungen	0	0	0	0	0
Kumulierte Abschreibungen zum 31.12.2014	1	153	0	154	203
Buchwert zum 31.12.2014	2	36	0	38	88

1) Im laufenden Jahr wurden Abschreibungen nach § 253 Abs. 3, S. 3 HGB in Höhe von 0 (i. Vj.: 5) Mio. € vorgenommen.

Die Forschungs- und Entwicklungskosten belaufen sich im Geschäftsjahr auf 1,0 Mio. €, davon entfallen 0,5 Mio. € auf selbst geschaffene immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens.

(11) Treuhandgeschäfte

Die ausgewiesenen Treuhandgeschäfte betreffen vollständig die Bilanzposten Forderungen an Kunden und Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten.

(12) Börsenfähigkeit/Börsennotierung

in Mio. €	börsenfähig		börsennotiert		nicht börsennotiert	
	31.12.2014	31.12.2013	31.12.2014	31.12.2013	31.12.2014	31.12.2013
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	17.781	19.089	17.493	18.777	288	312
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	57	57	0	3	57	54
Beteiligungen	3	3	0	0	3	3
Anteile an verbundenen Unternehmen	0	1.198	0	0	0	1.198

(13) Bestände in Fremdwährung

in Mio. €	31.12.2014	31.12.2013
Vermögensgegenstände	2.283	2.785
Verbindlichkeiten	1.625	1.090

(14) Als Sicherheiten übertragene Vermögensgegenstände

Nominalwert in Mio. €	31.12.2014	31.12.2013
verpfändet bei dem ESZB		
Anleihen und Schuldverschreibungen	13.087	14.199
Wirtschaftskredite ¹⁾	1.672	2.224
bei der Eurex hinterlegt		
Anleihen und Schuldverschreibungen	1.175	1.299
Sicherheitenstellung i. R. v. Pensions- und Leihegeschaften		
Anleihen und Schuldverschreibungen	693	645
Deckungsmasse für begebene Pfandbriefe		
Anleihen und Schuldverschreibungen	660	730
Insgesamt	17.287	19.097

1) Beleihungswert

Am Jahresende betrug die Inanspruchnahme aus im Rahmen des ESZB für geldpolitische Instrumente an Zentralbanken als Sicherheiten verpfändete Vermögensgegenstände 2.300 (i. Vj.: 1.700) Mio. €.

Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere wurden zum Bilanzstichtag mit einem Marktwert von 3 (i. Vj.: 2) Mio. € zur Insolvenzsicherung von Altersteilzeitguthaben bei einer inländischen Bank hinterlegt.

In Pension gegeben wurden Anleihen und Schuldverschreibungen im Nominalwert von 2.373 (i. Vj.: 4.959) Mio. €.

Als Sicherheiten für emittierte Schuldverschreibungen wurden Refinanzierungsdarlehen in Form von Schuldscheindarlehen in Höhe von 235 (i. Vj.: 255) Mio. € an Sparkassen herausgelegt und an einen Sicherheitentreuhänder verpfändet.

(15) Sonstige Vermögensgegenstände

in Mio. €	31.12.2014	31.12.2013
Forderungen aus Collateral	744	1.361
Forderungen aus Optionsgeschäften, Futures und Swaps	140	261
übrige	75	48
Insgesamt	959	1.670

(16) Aktive Rechnungsabgrenzungsposten

Ausgewiesen werden Unterschiedsbeträge zwischen dem Nennbetrag und Auszahlungsbetrag von Forderungen in Höhe von 63,4 (i. Vj.: 7,3) Mio. € sowie von Wertpapieren in Höhe von 1,8 (i. Vj.: 2,7) Mio. €. Der Anstieg bei den Unterschiedsbeträgen von Forderungen ist im Wesentlichen auf den Kauf von Kreditportfolien zurückzuführen.

Der Unterschiedsbetrag zwischen Ausgabe- und Rückzahlungsbetrag von Verbindlichkeiten beläuft sich auf der Aktivseite auf 4,0 (i. Vj.: 7,5) Mio. €.

(17) Handelsbestand passiv

Beizulegender Zeitwert in Mio. €	31.12.2014	31.12.2013
Verbindlichkeiten	3.185	5.586
derivative Finanzinstrumente	452	3.967
Zwischensumme	3.637	9.553
Risikoabschlag (VaR)	6	12
Insgesamt	3.643	9.565

(18) Sonstige Verbindlichkeiten

in Mio. €	31.12.2014	31.12.2013
Verbindlichkeiten aus Collateral	855	840
Verbindlichkeiten aus Optionsgeschäften, Futures und Swaps	130	152
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und sonstigen Leistungen	11	7
Verbindlichkeiten ggü. Finanzbehörden	7	8
Abgegrenzte Zinsen für nachrangige Verbindlichkeiten	5	5
Übrige	111	87
Insgesamt	1.119	1.099

(19) Passive Rechnungsabgrenzungsposten

Unterschiedsbeträge zwischen dem Nennbetrag von Forderungen und deren Auszahlungsbetrag werden in Höhe von 6,9 (i. Vj.: 5,4) Mio. € ausgewiesen.

(20) Rückstellungen**Entwicklung der Pensionsrückstellungen**

in Mio. €	31.12.2013	Verbrauch	Auflösung	Umbuchung	Zuführung	Aufzinsung	31.12.2014
Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	666	34	0	-7	71	39	735
Insgesamt	666	34	0	-7	71	39	735

Der zum Geschäftsjahresende in Anwendung der Übergangsregelung gemäß Art. 67 Abs. 1 EGHGB noch nicht ausgewiesene Rückstellungsbetrag beläuft sich auf 128 (i. Vj.: 140) Mio. €.

Entwicklung der Steuerrückstellungen und der anderen Rückstellungen

in Mio. €	31.12.2013	Verbrauch	Auflösung	Umbuchung	Zuführung	Aufzinsung	31.12.2014
Steuerrückstellungen	5	4	8	12	10	0	15
Restrukturierung	343	43	4	27	21	19	363
Finanzgeschäfte	21	18	0	1	18	0	22
Kreditgeschäft	8	1	4	2	2	0	7
Personalbereich	61	26	4	26	9	1	67
Sparprämien	7	6	0	0	6	0	7
Ankaufsverpflichtungen aus Immobilienfonds	37	0	2	0	13	4	52
Sonstige	104	48	19	18	97	0	152
andere Rückstellungen insgesamt	581	142	33	74	166	24	670

(21) Nachrangige Verbindlichkeiten

31.12.2014 lfd. Nr.	Nominalwerte in Mio. Währung		Nominalwerte in Mio. €	Zinssatz in %		Fälligkeit
(1)	€	1	1		6,70000	2018
(2)	€	1	1		6,60000	2018
(3)	€	1	1		6,60000	2018
(4)	€	3	3		6,68000	2018
(5)	€	5	5		6,61000	2018
(6)	€	5	5		6,64000	2018
(7)	€	5	5		6,63000	2018
(8)	€	5	5		6,65500	2018
(9)	€	7	7		6,68000	2018
(10)*	JPY	1.000	7		FRN	2018
(11)	€	10	10		6,70000	2018
(12)	€	10	10		6,82000	2018
(13)	€	10	10		6,82000	2018
(14)*	JPY	2.000	14		FRN	2018
(15)#	€	20	20		6,62500	2018
(16)	€	20	20		6,60000	2018
(17)	€	1	1		5,67000	2019
(18)	€	1	1		5,60000	2019
(19)	€	5	5		5,67000	2019
(20)*	€	75	75	mindestens	4,75000	2019
(21)	€	500	500		5,87500	2019
(22)	€	10	10		5,85000	2020
(23)*	JPY	15.000	103		5,15000	2027

Die mit (*) gekennzeichneten nachrangigen Verbindlichkeiten wurden bei verbundenen Unternehmen aufgenommen und die mit (#) gekennzeichneten bei Beteiligungsunternehmen. Die Mittelaufnahmen (21) und (23) überstiegen jeweils 10% des gesamten Nachrangkapitals.

Der Zinssatz für die nachrangige Verbindlichkeit (20) wurde wie folgt vereinbart: 4,75 % bis 31.03.2009, danach 4,75 % + 81 % der Differenz der am Zinstag gültigen 10-Jahres-Euro-Swap-Rate (Constant Maturity Swap) minus 4,75 %, jedoch mindestens 4,75 %.

Der Zinsaufwand für nachrangige Verbindlichkeiten 2014 beträgt 22,5 (i. Vj.: 22,0) Mio. € unter Berücksichtigung von Erträgen aus Swap-Geschäften in Höhe von 24,0 (i. Vj.: 24,1) Mio. €.

Ansprüche von Gläubigern auf Rückzahlung dieser Verbindlichkeiten sind gegenüber anderen Gläubigern nachrangig. Eine vorzeitige Rückzahlungsverpflichtung kann nicht entstehen. Im Falle einer Liquidation dürfen sie erst nach Befriedigung aller nicht nachrangigen Gläubiger zurückgezahlt werden.

Die nachrangigen Verbindlichkeiten erfüllen die Voraussetzungen des Artikel 62 Buchstabe a und des Artikel 63 der CRR. Zum 31.12.2014 sind 759,0 (i. Vj.: 816,0) Mio. € als Ergänzungskapital anrechenbar.

Von den nachrangigen Verbindlichkeiten wurden 123,9 (i. Vj.: 124,4) Mio. € in Fremdwährung aufgenommen. 705,4 (i. Vj.: 123,7) Mio. € sind vor Ablauf von fünf Jahren fällig.

(22) Eigenkapital

Das Grundkapital betrug gemäß § 3 der Satzung der LBB zum 31.12.2014 1.200,0 Mio. € und ist in 1.200.000.000 nennwertlose Stückaktien eingeteilt. Die Stille Einlage der Erwerbsgesellschaft der S-Finanzgruppe mbH & Co. KG, Berlin, wurde im Berichtsjahr wieder auf den Nennbetrag aufgefüllt und mit Wirkung zum 31.12.2014 zurückgezahlt. Daneben besteht eine Kapitalrücklage in Höhe von 920,0 (i. Vj.: 920,0) Mio. € und eine Gewinnrücklage in Höhe von 41,2 (i. Vj.: 41,2) Mio. €.

Die Gewinnrücklagen sind in der Höhe des Restbuchwerts der aktivierten, selbstgestellten immateriellen Vermögensgegenstände von 1,9 Mio. € ausschüttungsgesperrt.

Die Gesamtkapitalrendite beträgt 0 %.

Gewinn- und Verlustrechnung

(23) Zinsüberschuss

in Mio. €	2014	2013
Zinserträge	1.144	1.274
aus Kredit- und Geldmarktgeschäften	968	1.088
aus festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen	176	186
Laufende Erträge	19	21
aus Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren	11	15
aus Beteiligungen	8	6
Erträge aus Gewinngemeinschaften	83	121
Zinsaufwendungen	418	531
für Einlagen	172	217
für verbrieftete Verbindlichkeiten	223	292
für nachrangige Verbindlichkeiten	23	22
Insgesamt	828	885

Im Zinsüberschuss sind aperiodische Zinsaufwendungen in Höhe von 0,1 (i. Vj.: 0,4) Mio. € und aperiodische Zinserträge in Höhe von 1,5 (i. Vj.: 1,0) Mio. € enthalten.

(24) Provisionsüberschuss

in Mio. €	2014	2013
Wertpapier- und Emissionsgeschäft	33	35
Zahlungsverkehr/Kontoführung	97	91
Kreditgeschäft	28	27
Kreditgeschäft	26	22
Avalprovisionen	0	1
Auslandsgeschäft	2	4
Kartengeschäft	81	74
Sonstiges Dienstleistungsgeschäft	17	13
Sorten-/Devisengeschäft	1	1
Sonstige Dienstleistungen	16	12
Insgesamt	256	240

Die wesentlichen an Dritte erbrachten Dienstleistungen für Verwaltung und Vermittlung entfallen auf die Vermittlung von Produkten an Verbundpartner (Kredite, Versicherungen, Vermögensverwaltungen und Bausparverträge).

(25) Nettoaufwand/Nettoertrag des Handelsbestands

in Mio. €	2014	2013
Nettoaufwand/Nettoertrag des Handelsbestands	-8	-26

(26) Andere Verwaltungsaufwendungen

in Mio. €	2014	2013
Gebäude- und Raumkosten	98	105
EDV	114	129
Werbung und Marketing	26	26
Beratungen, Prüfungen, Beiträge	26	55
Geschäftsbetriebskosten	56	50
Betriebs- und Geschäftsausstattung	2	2
Personalabhängige Sachkosten	8	10
Sonstige Konzernleistungsverrechnung	98	106
Insgesamt	428	483

(27) Abschlussprüferhonorar

in T €	2014	2013
Abschlussprüfungsleistungen	2.061	2.051
andere Bestätigungsleistungen	400	223
Steuerberatungsleistungen	2	9
Sonstige Leistungen	1.398	908
Insgesamt	3.861	3.191

Auflösungen beziehungsweise Neubildungen von Abgrenzungen für den Abschluss per 31.12.2013 lagen im Berichtsjahr nur in einem geringen Umfang vor.

(28) Risikovorsorge

in Mio. €	2014	2013
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	152	91
Ergebnis aus Wertpapieren der Liquiditätsreserve	-4	-3
Insgesamt	148	88

Die Bemessung der Risikovorsorge im Kreditgeschäft wird insbesondere durch Erwartungen hinsichtlich zukünftiger Kreditausfälle, der Struktur und der Qualität der Kreditportfolien sowie gesamtwirtschaftlicher Einflussfaktoren bestimmt. Für alle erkennbaren Risiken im in- und ausländischen Kreditgeschäft wurden Einzelwertberichtigungen und Rückstellungen in Höhe der erwarteten Ausfälle gebildet. Einzelwertberichtigungen werden aufgelöst, sobald sich der Wert der Forderung entsprechend erhöht, weil sich entweder die Sicherheitenbewertung und/oder die Bonität des Kreditnehmers grundlegend und nachhaltig verbessert haben.

Engagements, für die keine Einzelwertberichtigung erforderlich ist, werden pauschal wertberichtigt. Die Pauschalwertberichtigung wird auf Basis eines Portfolioansatzes unter Einbeziehung der Parameter Ausfallwahrscheinlichkeit, Sicherheiten sowie Erlös- und Einbringungsquoten ermittelt.

Die Risikovorsorge für das Kreditgeschäft hat sich wie folgt entwickelt¹⁾:

in Mio. €	Adressenrisiko										Gesamt		davon GuV-wirksam	
	Direkt- abschreibungen		Einzelwert- berichtigung		Pauschalwert- berichtigung		Rückstellungen Kreditgeschäft		Länderrisiko Kreditgeschäft					
	2014	2013	2014	2013	2014	2013	2014	2013	2014	2013	2014	2013	2014	2013
Stand 01.01.			488	690	57	56	8	11	13	12	566	769		
Zuführungen			161	138	37	3	2	2	14	2	214	145	214	145
Inanspruch- nahmen			88	290			1	1			89	291		
Auflösungen			50	55	3	2	4	4	8	1	65	62	65	62
Direkt- abschrei- bungen	9	12											9	12
Eingänge auf abgeschrie- bene Forde- rungen	6	4											6	4
Umbu- chungen ²⁾			13	5			2		1		16	5		
Wechsel- kurs- änderungen			1								1			
Stand 31.12.¹⁾	3	8	525	488	91	57	7	8	20	13	643	566	152	91

1) ohne EWB auf Altkredite in Höhe von 3,3 (i. Vj.: 6,1) Mio. €

2) Auflösungen zugunsten der sonstigen betrieblichen Erträge in Höhe von 1,3 (i. Vj.: 3,4) Mio. €

Der Bestand der Kredit-Risikovorsorge entfällt auf:

in Mio. €	31.12.2014	31.12.2013
Forderungen an Kreditinstitute	52	14
Forderungen an Kunden ¹⁾	584	544
Rückstellungen	7	8
Insgesamt	643	566

1) Angaben ohne Altkredite

(29) Geografische Aufteilung von Ertragspositionen

Die nachfolgende geografische Aufteilung der Ertragspositionen erfolgt nach dem Standort der den Ertrag erzielenden Bankteile.

in Mio. €	Erträge aus dem Inland		Erträge aus dem Ausland		Erträge insgesamt	
	2014	2013	2014	2013	2014	2013
Zinserträge	1.129	1.252	15	22	1.144	1.274
Laufende Erträge aus Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren, Beteiligungen und Anteilen an verbundenen Unternehmen	17	21	2	0	19	21
Provisionserträge	393	371	0	9	393	380
Sonstige betriebliche Erträge	97	135	8	1	105	136

Das Tochterunternehmen Landesbank Berlin International S.A. wurde zum 01.01.2014 auf die LBB AG verschmolzen. Die Erträge aus dem Ausland enthalten somit auch das Geschäft der ehemaligen LBB International und sind daher nur eingeschränkt mit dem Vorjahr vergleichbar. Die Niederlassung Luxemburg wurde zum 30.06.2014 geschlossen.

(30) Außerordentliche Aufwendungen

in Mio. €	2014	2013
Zuführung zu Pensionsrückstellungen (Art. 67 Abs. 1 EGHGB)	13	13
Sonderabschreibungen im Zusammenhang mit der Restrukturierung	0	4
Zuführung zu Restrukturierungsrückstellungen	0	237
Insgesamt	13	254

Die Anpassungen der Restrukturierungsrückstellungen werden ab dem Geschäftsjahr 2014 im sonstigen betrieblichen Ergebnis ausgewiesen.

(31) Steuern vom Einkommen und vom Ertrag

Aufgrund der steuerlichen Organschaft mit der Holding wird das inländische Ergebnis bei dieser versteuert. Der Ertragsteueraufwand der Niederlassung Luxemburg beträgt 9 Mio. € und beinhaltet den laufenden Steueraufwand, den Steueraufwand aus der Schließung sowie Erträge aus der Auflösung von Steuerrückstellungen für Vorjahre.

Latente Steuern auf temporäre Differenzen, die auf das inländische Stammhaus der LBB/BSK entfallen, werden beim Organträger Holding ausgewiesen.

(32) Aufgliederung der Umsatzerlöse nach Tätigkeitsbereichen

in Mio. €	Private Kunden	Firmenkunden	Treasury und Sonstiges	Gesamt
Zinsüberschuss	349	258	221	828
davon enthaltene Beteiligungserträge ¹⁾	1	3	4	8
Provisionsüberschuss	215	46	-5	256
Nettoaufwand/Nettoertrag des Handelsbestands ²⁾	0	-7	-1	-8

1) Erträge ohne verbundene Unternehmen und Gewinngemeinschaften. Die Beteiligungserträge sind den Tätigkeitsbereichen entsprechend der Zuordnung der Beteiligungen zugeordnet.

2) Unter Firmenkunden sind Bewertungsverluste aus Derivaten im Zusammenhang mit notleidenden Krediten (Portfolio Credit Value Adjustments) enthalten.

Sonstige Angaben

(33) Außerbilanzielles Geschäft/Haftungsverhältnisse und sonstige finanzielle Verpflichtungen

Nach der Detailvereinbarung mit dem Land Berlin ist für die Verpflichtungen der daran beteiligten Gesellschaften des Konzerns Bankgesellschaft Berlin AG (nunmehr Landesbank Berlin Holding AG) in einigen Fällen eine gesamtschuldnerische Haftung verschiedener Gesellschaften festgelegt worden. Die Haftungsverteilung im Innenverhältnis erfolgte durch Vereinbarung vom August 2002, ergänzt im August 2004, und sieht einen Haftungsausgleich nach darin näher bestimmten Regeln vor, die sich im Wesentlichen an den Beteiligungsverhältnissen an der haftungsverursachenden Gesellschaft orientieren. Mit Vertrag vom 19.12.2005 hat die Bankgesellschaft Berlin AG (nunmehr Landesbank Berlin Holding AG) die wesentlichen von der Detailvereinbarung abgeschirmten Gesellschaften des Immobiliendienstleistungsgeschäfts an das Land Berlin veräußert. Die Detailvereinbarung enthält ferner Regelungen zu einem Besserungsschein, der als Teilgewinnabführungsvertrag mit der Holding mit einer Laufzeit von 15 Jahren ausgestaltet ist und sich an definierten Eigenkapitalquoten orientiert. Für die Übernahme der Risikoabschirmung ist durch die Holding ein Festbetrag von jährlich 15 Mio. € an das Land Berlin zu zahlen. Die interne Aufteilung dieser Kosten erfolgte durch Vereinbarung vom August 2002, ergänzt im August 2004, und sieht eine teilweise Kostenerstattung durch die LBB/BSK entsprechend dem Verhältnis der Volumina der durch die Kreditgarantie abgeschirmten Kredite der LBB/BSK zu den insgesamt abgeschirmten Krediten vor.

Im Rahmen einer Vereinbarung zur Vorbereitung des Verkaufs der Anteile an der Weberbank war es erforderlich, den Komplementären der Weberbank eine Rückhaftung für ihre gesetzliche Haftung als persönlich haftende Gesellschafter der Weberbank zu gewähren. Diese Verpflichtung ist hinsichtlich zweier Komplementäre auf Ansprüche beschränkt, die bis zum 31.08.2005 entstanden sind, und hinsichtlich eines weiteren Komplementärs auf Ansprüche, die bis zum 9.12.2005 entstanden sind. Sie stellt kein zusätzliches wirtschaftliches Risiko für die verpflichteten Unternehmen dar. Nach Auffassung der LBB/BSK und der Holding sind die genannten Verpflichtungen nicht als Kredite im Sinne des Kreditwesengesetzes zu behandeln.

Die LBB/BSK war bis zum 31.12.2014 zu 100 % an der Berlin Hyp AG beteiligt, welche der Sicherungsreserve der Landesbanken und Girozentralen angeschlossen ist. Die LBB/BSK ist gemäß Erklärung vom 12.12.2007 verpflichtet, dem Deutschen Sparkassen- und Giroverband e. V. als Träger der Sicherungsreserve der Landesbanken und Giro-

zentralen alle Aufwendungen einschließlich Zinsen und Zinsentgang für Hilfsmaßnahmen zu ersetzen, die nicht aus Mitteln des für die Berlin Hyp AG gebildeten Fonds bestritten werden können.

Gemäß § 5 Abs. 10 des Statuts für den Einlagensicherungsfonds des Bundesverbands der deutschen Banken ist die LBB/BSK darüber hinaus direkt verpflichtet, den Bundesverband deutscher Banken e. V. von Verlusten freizustellen, die bei ihm durch Maßnahmen zugunsten der netbank AG, an der die LBB/BSK bis zum 31.12.2014 zu 75 % -1 Aktie beteiligt war, anfallen.

Die LBB/BSK selbst ist Mitglied in der Sicherungsreserve der Landesbanken und Girozentralen. Deren jährliche Beiträge werden nach risikoorientierten Grundsätzen bemessen. Daraus resultiert für die LBB/BSK eine Nachschussverpflichtung in Höhe von 29 (i. Vj.: 39) Mio. €. Sofern ein Stützungsfall eintritt, können die Nachschüsse sofort eingefordert werden.

Im Rahmen der Gründung der S-Kreditpartner GmbH (SKP) haben die Gesellschafter Kreditbestände in die Gesellschaft übertragen. Für diese Kreditportfolios wurden jeweils Ertragswerte ermittelt. Die Gesellschafter übernahmen dabei eine Garantie für die im Rahmen der Ertragswertermittlung angesetzten Cash Flows aus den Kreditverträgen (Zins- und Tilgungsleistungen, Provisionszahlungen, erwartete Kreditausfälle). Unterschreiten die tatsächlichen Cash Flows die bei der Bewertung angesetzten, hat der jeweilige Gesellschafter einen entsprechenden Ertragszuschuss in die SKP zu leisten. Überschreiten die tatsächlichen Cash Flows die bei der Bewertung angesetzten, kommt es zu anteiligen Ausgleichszahlungen zwischen den Gesellschaftern. Das Volumen des von der LBB/BSK garantierten Kreditportfolios betrug zum 31.12.2014 noch 21,3 (i. Vj.: 48,1) Mio. €.

Patronatserklärungen sind durch die LBB/BSK nicht abgegeben. Das Patronat zugunsten der Berlin Hyp AG endete zum 31.12.2014. Für die bis zum 31.12.2014 eingegangenen Verpflichtungen der Berlin Hyp AG besteht das Patronat fort. Das Patronat zugunsten der Landesbank Berlin International S.A. ist durch die Verschmelzung der Gesellschaft auf die Landesbank Berlin AG mit Eintragung im Handelsregister am 27.03.2014 gegenstandslos geworden.

Aus Mietverträgen mit einzelnen Laufzeiten bis in das Jahr 2027 ergeben sich zukünftige Belastungen von insgesamt 758,2 (i. Vj.: 836,7) Mio. €.

Einzahlungsverpflichtungen für Beteiligungssachverhalte der Bank bestanden zum Jahresende in Höhe von 2,8 (i. Vj.: 15,5) Mio. €.

Aus dem Vertrieb geschlossener Immobilienfonds ist die LBB/BSK verpflichtet, auf Verlangen der Kommanditisten deren Fondsanteile im Jahre 2019 zu einem Preis von 100 % des Nominalbetrags zu erwerben. Unter Berücksichtigung der in 2014 erfolgten vorzeitigen Ausübung von Andienungsrechten besteht die Erwerbsverpflichtung zum 31.12.2014 noch in Höhe von 82,3 (i. Vj.: 101,3) Mio. €. Zur Abschirmung von sich daraus wahrscheinlich ergebenden Risiken besteht eine Rückstellung in Höhe von 52,9 (i. Vj.: 38,2) Mio. €.

Wertpapierleihegeschäfte werden mit dem Ziel getätigt, die Lieferfähigkeit des Wertpapierhandels sicherzustellen und Shortbestände einzudecken sowie bestehende Handelspositionen gegen Gebühr zu verleihen. Dabei werden die entliehenen Wertpapiere in der Bilanz nicht ausgewiesen, verliehene Wertpapiere werden weiterhin bilanziert. Die Risiken aus diesen Geschäften bestehen im Settlementrisiko. Es lässt sich als Unterschiedsbetrag zwischen dem Marktwert der zugrunde liegenden Wertpapiere

und den erhaltenen bzw. gestellten Sicherheiten definieren. Vorteile ergeben sich aus den Zusatzerträgen aus Leihegebühren für die verliehenen Wertpapiere. Zum Bilanzstichtag waren Wertpapiere im Wert von 1.800 (i. Vj.: 3.983) Mio. € verliehen und im Wert von 3.656 (i. Vj.: 5.749) Mio. € entliehen.

(34) Eventualverbindlichkeiten und unwiderrufliche Kreditzusagen

Das Risiko einer Inanspruchnahme der unter der Bilanz ausgewiesenen Verbindlichkeiten aus Bürgschaften, Gewährleistungsverträgen und unwiderruflichen Kreditzusagen wird aufgrund der gegenwärtigen Bonität und des bisherigen Zahlungsverhaltens der Kreditnehmer als gering eingeschätzt. Erkennbare Anhaltspunkte, die eine andere Beurteilung erforderlich machen würden, liegen nicht vor.

(35) Angaben nach § 285 Nr. 21 HGB

Die LBB/BSK hat Marktfolgeaktivitäten auf die ehemalige Tochtergesellschaft S-Servicepartner GmbH ausgelagert, die zum Jahresende 2014 an die Holding übertragen worden ist. Im Geschäftsjahr 2014 wurden für bezogene Leistungen 99 Mio. € an den Dienstleister entrichtet. Bemessungsgrundlage dieser Zahlungen sind die Vollkosten des Dienstleisters, reduziert um Umsatzlöse aus dem Drittkundengeschäft. Diese Vollkosten berücksichtigen auch Personalaufwendungen für ehemalige Mitarbeiter der LBB/BSK bzw. anderer verbundener Institute, die sich weiterhin nach dem Bankentarifvertrag bemessen.

(36) Bezüge des Vorstands und des Aufsichtsrats sowie diesem Personenkreis gewährte Kredite

Herr Jan Bettink ist zum 31.12.2013 aus dem Vorstand der LBB/BSK ausgeschieden. Er ist zum 01.01.2014 in den Vorstand der Berlin Hyp AG als Vorsitzender eingetreten. Der Aufsichtsrat der LBB/BSK hatte am 16.04.2013 Herrn Volker Alt mit Wirkung zum 16.04.2014 zum Vorstand der LBB/BSK bestellt. Zuvor war Herr Alt für die Zeit vom 16.04.2013 bis zum 15.04.2014 zum Generalbevollmächtigten bestellt worden. Herr Patrick Tessmann hat zum 30.09.2014 sein Amt als Mitglied des Vorstands der LBB/BSK niedergelegt. Der Aufsichtsrat hat am 01.08.2014 Frau Tanja Müller-Ziegler in den Vorstand der LBB/BSK berufen, die ab dem 01.10.2014 die Verantwortung für das Privatkundengeschäft übernommen hat.

Im Berichtszeitraum erfolgten keine Änderungen der bestehenden dienstvertraglichen Regelungen (Vorstandsverträge). Der Aufsichtsrat der LBB/BSK hat in seiner Sitzung vom 20.02.2014 über die aus dem Vorjahr verschobene Anpassung der ruhegehaltsfähigen Festgehälter beraten. Es wurde beschlossen, im Jahr 2014 keine Erhöhung vorzunehmen. Im Folgejahr erfolgt wieder eine turnusmäßige Überprüfung im Rahmen des regulären 2-Jahresturnus. Die nicht ruhegehaltsfähigen Festbezüge sind für 2014 ebenfalls unverändert zum Vorjahr geblieben.

Der Aufsichtsrat der LBB/BSK hat in seinen Sitzungen im ersten Halbjahr 2014 über die variablen erfolgsabhängigen Vorstandsvergütungen intensiv beraten und auf Basis der für die jeweiligen Jahre geltenden Regelungen entschieden. Für die Geschäftsjahre 2010 und 2012 wurden keine Vorbehaltstantiemen (3. bzw. 1. Rate) gewährt. Gleiches gilt für die erste Nachhaltigkeitsprüfung für das Geschäftsjahr 2010 (50 % der damals gewährten Sofortstantieme, gebunden in nachhaltigen Instrumenten). Für das Geschäftsjahr 2013 wurde keine Zielstantieme festgesetzt (i. Vj.: 700 T €).

Mit Aufteilung des bisherigen Bilanzprüfungs-, Personal- und Strategieausschusses in einen Personal- und Strategieausschuss sowie einen Prüfungsausschuss hat der Aufsichtsrat in seiner Sitzung vom 20.02.2014 eine Halbierung der Vergütung für diese Ausschüsse beschlossen. Die entsprechende Satzungsänderung wurde in der außerordentlichen Hauptversammlung der LBB/BSK vom 16.12.2014 verabschiedet.

Die personelle Zusammensetzung des Aufsichtsrates der LBB/BSK hat sich gegenüber dem 31.12.2013 dahingehend verändert, dass das Mandat von Herrn Peter Mohr mit Ablauf des 31.01.2014 geendet hat. Als sein Nachfolger trat Herr Michael Pergande mit Wirkung vom 01.02.2014 als gewähltes Ersatzmitglied in den Aufsichtsrat ein. Das Mandat von Herrn Gerhard Henschel im Aufsichtsrat endete am 30.06.2014. In der ordentlichen Hauptversammlung der LBB/BSK am 01.08.2014 wurden zudem die Vertreter der Anteilseigner im Aufsichtsrat neu gewählt. Es ergaben sich hieraus aber keine personellen Veränderungen. Die Wahl der Vertreter der Arbeitnehmer im Aufsichtsrat durch die Beschäftigten erfolgte bereits im Mai 2014. Die Amtszeit der überwiegend neu eintretenden Arbeitnehmervertreter begann ebenfalls am 01.08.2014 nach erfolgter Entlastung der bisherigen Arbeitnehmervertreter in der ordentlichen Hauptversammlung.

Den Mitgliedern des Vorstands und des Aufsichtsrates der LBB/BSK wurden im Berichtszeitraum folgende Vergütungen zuteil:

in T €	2014	2013
Gesamtbezüge des Vorstands	3.911	4.709
<i>(davon erfolgsabhängige variable Vergütung)</i>	<i>(0)</i>	<i>(317)</i>
Gesamtbezüge des Aufsichtsrats ¹⁾	258	257
Zuführung zu Pensionsverpflichtungen gegenüber aktiven Vorstandsmitgliedern	1.664	1.977
an frühere Vorstandsmitglieder oder deren Hinterbliebene gezahlt ²⁾	6.876	6.936
in T €	31.12.2014	31.12.2013
für Pensionsverpflichtungen gegenüber aktiven Vorstandsmitgliedern zurückgestellt	9.412	11.503
für Pensionsverpflichtungen gegenüber früheren Vorstandsmitgliedern oder deren Hinterbliebenen zurückgestellt	78.989	70.194

1) ohne Umsatzsteuer

2) darin enthalten für Vorjahre 0 (i. Vj.: 128) T €

Leistungen von Dritten wurden einzelnen Vorstandsmitgliedern im Hinblick auf ihre Tätigkeit als Vorstandsmitglied nicht zugesagt oder im Geschäftsjahr gewährt.

Vergütungskomponenten mit langfristiger Anreizwirkung (Bezugsrechte, sonstige aktienbasierte Vergütungselemente oder Ähnliches) bestehen für die Vorstandsmitglieder nicht.

Zum Bilanzstichtag stellte sich der Gesamtbetrag der gewährten Vorschüsse und Kredite sowie eingegangenen Haftungsverhältnisse wie folgt dar:

in T €	2014	2013
an Mitglieder des Vorstands	4	5
an Mitglieder des Aufsichtsrats	86	170

Die Salden beinhalten Annuitätendarlehen, die pauschal zu marktüblichen Kundenkonditionen gewährt wurden, sowie zu Mitarbeiterkonditionen in Anspruch genommene Dispositionskredite und Abrechnungssalden auf Kreditkartenkonten. Bei den Mitgliedern des Aufsichtsrates resultieren die Veränderungen im Wesentlichen aus der personellen Zusammensetzung.

Die Mitglieder des Vorstandes erhielten im Geschäftsjahr 2014 folgende Vergütungen:

in T €	Jahresvergütung			Sonstige Vergütungen ¹⁾	Gesamt
	Erfolgsunabhängige Vergütung	Erfolgsabhängige Vergütung für das Geschäftsjahr 2013	Erfolgsabhängige Vergütung für die Geschäftsjahre 2010 bis 2012		
Mitglieder des Vorstandes					
Dr. Johannes Evers	860	0	0	52	912
davon nicht ruhegehaltstfähig	(330)				
Volker Alt ²⁾	340			21	361
davon nicht ruhegehaltstfähig ⁵⁾	(71)				
Serge Demolière	1.025	0	0	32	1.057
davon nicht ruhegehaltstfähig ⁵⁾	(653)				
Hans Jürgen Kulartz	659	0	0	46	705
davon nicht ruhegehaltstfähig	(246)				
Tanja Müller-Ziegler ³⁾	120			11	131
davon nicht ruhegehaltstfähig ⁵⁾	(25)				
Patrick Tessmann ⁴⁾	722	0	0	23	745
davon nicht ruhegehaltstfähig ⁵⁾	(208)				
Vergütung 2014 gesamt	3.726	0	0	185	3.911

1) Die sonstigen Vergütungen betreffen Sachbezüge (Nutzung der Dienstwagen) von 145 T € sowie den sogenannten Arbeitgeber-Anteil Nettobezug (Übernahme der Versteuerung des geldwerten Vorteils durch den Arbeitgeber) in Höhe von 33 T €; daneben werden auch Fahrer zu üblichen Tarifbestimmungen beschäftigt.

2) ab 16.04.2014

3) ab 01.10.2014

4) bis 31.10.2014

5) ganz oder teilweise im Rahmen der monatlichen Bezüge gezahlt

Die Mitglieder des Vorstandes erhielten im Geschäftsjahr 2013 folgende Vergütungen:

in T €	Jahresvergütung			Sonstige Vergütungen ¹⁾	Gesamt
	Erfolgsunabhängige Vergütung	Erfolgsabhängige Vergütung für das Geschäftsjahr 2012	Erfolgsabhängige Vergütung für die Geschäftsjahre 2009 bis 2011		
Mitglieder des Vorstands					
Dr. Johannes Evers	860	40	65	55	1.020
davon nicht ruhegehaltstfähig	(330)				
Jan Bettink ²⁾	726	30		50	806
davon nicht ruhegehaltstfähig	(360)				
Serge Demolière	1.025	10	29	31	1.095
davon nicht ruhegehaltstfähig ⁴⁾	(653)				
Hans Jürgen Kulartz	659	30	36	73	798
davon nicht ruhegehaltstfähig	(246)				
Martin K. Müller ³⁾	228	20	36	25	309
davon nicht ruhegehaltstfähig ⁴⁾	(97)				
Patrick Tessmann	630	10	11	30	681
davon nicht ruhegehaltstfähig ⁴⁾	(250)				
Vergütung 2013 gesamt	4.128	140	177	264	4.709

1) Die sonstigen Vergütungen betreffen Sachbezüge (Nutzung der Dienstwagen) von 162 T € sowie den sogenannten Arbeitgeber-Anteil Nettobezug (Übernahme der Besteuerung des geldwerten Vorteils durch den Arbeitgeber) in Höhe von 97 T €; daneben werden auch Fahrer zu üblichen Tarifbestimmungen beschäftigt.

2) bis 31.12.2013

3) bis 30.04.2013

4) ganz oder teilweise im Rahmen der monatlichen Bezüge gezahlt

Folgende Leistungen wurden für aktive Vorstandsmitglieder in 2014 aufgewandt oder zurückgestellt:

in T €	Aufwand/Zuführung zu Rückstellungen in 2014 ¹⁾	Bilanzierte Pensionsrückstellung	Barwert des Versorgungsanspruchs per 31.12.2014
Mitglieder des Vorstands			
Dr. Johannes Evers	542	3.168	4.003
Volker Alt ²⁾	100	100	100
Serge Demolière	413	2.896	3.287
Hans Jürgen Kulartz	512	3.151	3.866
Tanja Müller-Ziegler ²⁾	97	97	97
Insgesamt	1.664	9.412	11.353

1) inkl. 1/15 Erstanwendung BilMoG

2) Für die nach dem 01.01.2010 eingetretenen Vorstandsmitglieder kommt die Übergangsvorschrift des BilMoG nicht zur Anwendung und die Pensionsverpflichtungen werden in vollem Umfang gebildet.

Folgende Leistungen wurden für aktive Vorstandsmitglieder im Geschäftsjahr 2013 aufgewandt oder zurückgestellt:

in T €			
Mitglieder des Vorstands	Aufwand/Zuführung zu Rückstellungen in 2013 ¹⁾	Bilanzierte Pensionsrückstellung	Barwert des Versorgungsanspruchs per 31.12.2013
Dr. Johannes Evers	494	2.626	3.544
Jan Bettink ²⁾	343	2.810	2.810
Serge Demolière	392	2.482	2.913
Hans Jürgen Kulartz	477	2.639	3.426
Patrick Tessmann ²⁾	271	946	946
Insgesamt	1.977	11.503	13.639

1) inkl. 1/15 Erstanwendung BilMoG

2) Für die nach dem 01.01.2010 eingetretenen Vorstandsmitglieder kommt die Übergangsvorschrift des BilMoG nicht zur Anwendung und die Pensionsverpflichtungen werden in vollem Umfang gebildet.

Die für das Geschäftsjahr 2014 an die einzelnen Mitglieder des Aufsichtsrates zu zahlende Vergütung beträgt einschließlich der Ausschusstätigkeiten (jeweils ohne Umsatzsteuer):

in T €					
Aufsichtsratsmitglied	2014	2013	Aufsichtsratsmitglied	2014	2013
Georg Fahrenschon (Vors.)	35,7	36,0	Claus Friedrich Holtmann ⁴⁾		6,9
Bärbel Wulff (stv. Vors.)	28,6	28,8	Michael Jänichen	22,5	22,5
Heiko Barten ¹⁾	6,1	10,5	Thomas Mang	16,5	16,5
Michael Dutschke ²⁾	5,6		Astrid Maurer ²⁾	4,4	
Christina Förster ²⁾	4,4		Peter Mohr ⁵⁾	0,9	10,5
Dennis Gehrke ²⁾	4,4		Michael Pergande ⁶⁾	5,3	
Gerhard Grandke	16,5	16,5	Helmut Schleweis	11,8	10,5
Artur Grzesiek	18,5	18,5	Peter Schneider	10,5	10,5
Gerhard Henschel ³⁾	6,1	10,5	Helmut Späth ⁷⁾	10,5	4,7
Sabine Hentschel-Vélez Garzón ¹⁾	6,1	10,5	Dr. Harald Vogelsang	16,5	16,5
Gerald Herrmann ¹⁾	6,1	10,5	Frank Wolf	16,5	16,5
Sven Herzog ²⁾	4,4				
	142,5	141,8			
Summe				257,9	256,9
zuzügl. USt.				40,4	38,8
Gesamtaufwand				298,3	295,7

1) bis 31.07.2014

2) ab 01.08.2014

3) bis 30.06.2014

4) bis 31.05.2013

5) bis 31.01.2014

6) ab 01.02.2014 bis 31.07.2014

7) ab 17.07.2013

(37) Anzahl der Beschäftigten im Jahresdurchschnitt

	2014	2013
Vollzeitbeschäftigte	2.987	3.283
Teilzeitkräfte	984	1.050
Auszubildende	182	177
Insgesamt	4.153	4.510

(38) Mandate in Aufsichtsräten und anderen Kontrollgremien

Die Mandate von Mitgliedern des Vorstands und anderen Mitarbeitern der LBB/BSK in gesetzlich zu bildenden Aufsichtsgremien von großen Kapitalgesellschaften (§ 340a Abs. 4 Nr. 1 HGB) sind in den Anlagen 1 und 2 zum Anhang dargestellt.

(39) Angaben über derivative Geschäfte**Anlagebuch**

Produktbereiche des derivativen Geschäfts per 31.12.2014						
in Mio. €	Restlaufzeit			Nominal- betrag Summe	positive Marktwerte	negative Marktwerte
	<= 1 Jahr	bis 5 Jahre	> 5 Jahre			
Zinsderivate	8.792	18.179	12.067	39.038	2.062	1.411
börsengehandelt	0	0	0	0	0	0
Futures	0	0	0	0	0	0
Options	0	0	0	0	0	0
OTC	8.792	18.179	12.067	39.038	2.062	1.411
Zinsswaps	8.792	18.179	12.067	39.038	2.062	1.411
Forward Rate Agreements	0	0	0	0	0	0
sonstige Zinskontrakte	0	0	0	0	0	0
Swaptions	0	0	0	0	0	0
Options Käufe	0	0	0	0	0	0
Options Verkäufe	0	0	0	0	0	0
Caps, Floors	0	0	0	0	0	0
Währungsderivate	60	729	0	789	26	28
börsengehandelt	0	0	0	0	0	0
Futures	0	0	0	0	0	0
Options	0	0	0	0	0	0
OTC	60	729	0	789	26	28
Devisentermingeschäfte	0	0	0	0	0	0
Cross-Currency-Swaps	60	729	0	789	26	28
Devisenoptionen, Käufe	0	0	0	0	0	0
Devisenoptionen, Verkäufe	0	0	0	0	0	0
sonstige Devisenkontrakte	0	0	0	0	0	0
Aktienderivate und sonstige	0	0	0	0	0	0
börsengehandelt	0	0	0	0	0	0
Futures	0	0	0	0	0	0
Options	0	0	0	0	0	0
OTC	0	0	0	0	0	0
Aktien-Index-Swaps	0	0	0	0	0	0
Aktien-/Indexoptionen, Käufe	0	0	0	0	0	0
Aktien-/Indexoptionen, Verkäufe	0	0	0	0	0	0
Embeddeds	0	0	0	0	0	0
Kreditderivate	166	180	0	346	2	0
Insgesamt	9.018	19.088	12.067	40.173	2.090	1.439

Handelsbuch

Produktbereiche des derivativen Geschäfts per 31.12.2014						
in Mio. €	Restlaufzeit			Nominal- betrag Summe	positive Marktwerte	negative Marktwerte
	<= 1 Jahr	bis 5 Jahre	> 5 Jahre			
Zinsderivate	13.605	28.813	41.553	83.971	4.661	4.222
börsengehandelt	20	0	0	20	0	0
Futures	20	0	0	20	0	0
Options	0	0	0	0	0	0
OTC	13.585	28.813	41.553	83.951	4.661	4.222
Zinsswaps ¹⁾	8.603	25.161	32.711	66.475	4.371	3.923
Forward Rate Agreements	3.384	0	0	3.384	0	0
sonstige Zinskontrakte	0	0	0	0	0	0
Swaptions	1.086	928	8.452	10.466	249	265
Options Käufe	0	0	0	0	0	0
Options Verkäufe	0	0	0	0	0	0
Caps, Floors	512	2.724	390	3.626	41	34
Währungsderivate	2.490	271	6	2.767	43	129
börsengehandelt	0	0	0	0	0	0
Futures	0	0	0	0	0	0
Options	0	0	0	0	0	0
OTC	2.490	271	6	2.767	43	129
Devisentermingeschäfte	2.159	33	0	2.192	15	96
Cross-Currency-Swaps	331	238	6	575	28	33
Devisenoptionen, Käufe	0	0	0	0	0	0
Devisenoptionen, Verkäufe	0	0	0	0	0	0
sonstige Devisenkontrakte	0	0	0	0	0	0
Aktienderivate und sonstige	1.229	535	132	1.896	106	102
börsengehandelt	720	71	0	791	9	15
Futures	121	5	0	126	0	0
Options ²⁾	599	66	0	665	9	15
OTC	509	464	132	1.105	97	87
Aktien-Index-Swaps	12	77	0	89	1	2
Aktien-/Indexoptionen, Käufe	280	293	86	659	96	0
Aktien-/Indexoptionen, Verkäufe	217	94	46	357	0	85
Embeddeds	0	0	0	0	0	0
Kreditderivate	386	804	157	1.347	4	14
Insgesamt ³⁾	17.710	30.423	41.848	89.981	4.814	4.467

1) Aufgrund der Bruttodarstellung der Geschäfte in der Derivatestatistik und der verrechneten Darstellung (Netting) in der HGB-Bilanz ergeben sich Abweichungen der Marktwerte bei den unter die CCP-Regelung fallenden Geschäften.

2) Aufgrund der Bruttodarstellung der Geschäfte in der Derivatestatistik und der verrechneten Darstellung (Netting) in der HGB-Bilanz ergeben sich Abweichungen der Marktwerte bei Eurex-Geschäften.

3) Aufgrund der Bruttodarstellung der Geschäfte in der Derivatestatistik und der verrechneten Darstellung (Netting) in der HGB-Bilanz ergeben sich Abweichungen der Marktwerte bei den unter die Collateral-Aufrechnung fallenden Geschäften.

Die Derivate der LBB/BSK im Anlagebuch dienen der Steuerung der Zinsänderungsrisiken im Bankbuch.

Die Steuerung des Zinsrisikos im Bankbuch erfolgt im Wesentlichen über Zinsswaps. Methodisch unterliegt die Steuerung wie im Handel dem Capital-at-Risk-Verfahren auf der Basis einer Haltedauer von zehn Handelstagen und einem Konfidenzniveau von 99 %.

Die angegebenen Marktwerte stellen den beizulegenden Zeitwert dar, welcher durch Verkauf oder Glattstellung erzielbar beziehungsweise aufzuwenden ist, wobei Transaktionskosten nicht einfließen.

Die Handelsbuchderivate werden mit ihren positiven bzw. negativen Marktwerten in der Bilanzposition Handelsaktiva bzw. Handelspassiva ausgewiesen. Der Ausweis in der Bilanzposition erfolgt unter Berücksichtigung der durchgeführten Aufrechnung mit den korrespondierenden Forderungen und Verbindlichkeiten aus Collateral-Vereinbarungen.

Kontrahentenstruktur im derivativen Geschäft nach Kreditrisikoäquivalenten (risikogewichtet)

in Mio. €	31.12.2014	31.12.2013
Forderungsklasse Institute	196	207
Sonstige Forderungsklassen (Sonstige Unternehmen, Privatpersonen)	349	281
Insgesamt	545	488

Die angegebenen Kreditrisikoäquivalente wurden nach der Marktbewertungsmethode ermittelt, wie sie für die Meldung entsprechend der Solvabilitätsverordnung vorgesehen ist. Die Kreditrisikoäquivalente werden nach dem Kontrahentenrisiko gewichtet aufgeführt, wobei das Kontrahentennetting berücksichtigt ist.

(40) Liste des Anteilsbesitzes

(§§ 285 Nr. 11, 340a Abs. 4 Nr. 2 HGB, einschließlich der Angaben gem. § 285 Nr. 11a HGB)

in T € (Stand: 31.12.2014)

Verbundene Unternehmen						
Lfd. Nr.	Name/Ort	Kapitalanteil	abw. Stimmrechte	WKZ	Eigenkapital	Ergebnis
1.	Grundstücksgesellschaft Lehrter Straße GbR, Berlin ⁶⁾	99,93		€	-3.963	17
2.	Grundstücksgesellschaft Weichselstraße GbR - STADT UND LAND-Fonds 1 -, Berlin ⁶⁾	74,37		€	-4.289	-94
3.	IDL Beteiligungsgesellschaft mbH, Berlin ^{1) 6)}	100,00		€	19	0
4.	IDL Objektbeteiligungsgesellschaft mbH & Co. KG, Berlin ⁶⁾	100,00		€	91	-7
5.	LBB-Immobilien-Service GmbH, Berlin ^{2) 6)}	100,00		€	1.534	129
6.	LBB Re Luxembourg S. A., Luxemburg ⁶⁾	100,00		€	3.400	0
7.	Linden Grundstücks GmbH, Berlin ⁶⁾	100,00		€	-230	-491
8.	S-Kreditpartner GmbH, Berlin ^{6) 7)}	66,67		€	354.112	17.791
9.	Versicherungsservice GmbH Unternehmensgruppe Landesbank Berlin, Berlin ^{2) 6)}	100,00		€	1.036	0
10.	Wilkendorf Bau- und Projektentwicklungsgesellschaft mbH, Berlin ^{1) 6)}	100,00		€	693	-120
Sonstige Unternehmen von mindestens 20 v. H.						
11.	B + S Card Service GmbH, Frankfurt am Main ⁵⁾	25,10		€	19.249	2.738
12.	BBB Bürgschaftsbank zu Berlin-Brandenburg GmbH, Berlin ⁶⁾	22,07		€	9.876	438
13.	CidSI Computer in die Schulen gemeinnützige Gesellschaft mbH, Berlin ⁶⁾	50,00		€	169	3
14.	Gartenstadt Stahnsdorf GmbH i. L., Berlin ^{1) 3)}	49,00		€	3	0
15.	Gartenstadt Stahnsdorf GmbH & Co. Projektentwicklung KG i. L., Berlin ^{1) 4)}	48,48		€	-2.987	-2.987
16.	NordEK Norddeutsche Einkaufskoordinationsgesellschaft der Landesbank Berlin AG und der Norddeutschen Landesbank Girozentrale Berlin und Hannover, Berlin/Hannover ⁶⁾	0,00	50,00	€	154	25
17.	WISUS Beteiligungs GmbH & Co. Zweite Vermietungs KG, München ⁶⁾	49,00	36,30	€	-1.959	308
Beteiligungen an großen Kapitalgesellschaften (§ 285 Nr. 11, 4. Teilsatz HGB i.V.m. § 340a Abs. 4 Nr. 2 HGB)						
18.	SCHUFA Holding AG, Wiesbaden ⁶⁾	5,10		€	37.097	15.406

1) mittelbar gehalten

2) Die Gesellschaft hat einen Ergebnisabführungs- und/oder Beherrschungsvertrag.

3) Es liegen Daten zum 31.12.2008 vor.

4) Es liegen Daten zum 31.12.2009 vor.

5) Es liegen Daten zum 30.09.2013 vor – abweichender Jahresabschlussstermin.

6) Es liegen Daten zum 31.12.2013 vor.

7) Tochterunternehmen, aber keine Beherrschung trotz Mehrheit der Kapital- und Stimmrechte aufgrund abweichender Regelung in der Satzung bzgl. höherer Mehrheitserfordernisse

Verzeichnis der Gesellschaften mit Beherrschungs- und/oder Ergebnisabführungsverträgen mit der Landesbank Berlin AG

Gesellschaft	
1.	LBB-Immobilien-Service GmbH, Berlin
2.	Versicherungsservice GmbH Unternehmensgruppe Landesbank Berlin, Berlin

(41) Deckungsrechnung

Angaben gemäß § 28 Abs. 1 Nr. 1 PfandBG:

Nominal in T €	Hypothekenregister		Öffentliches Register	
	31.12.2014	31.12.2013	31.12.2014	31.12.2013
Nennwert Deckungsmasse	3.270.996	3.366.684	1.973.811	2.697.317
Nennwert Pfandbriefumlauf	2.122.500	2.725.250	1.048.000	1.245.000
Nennwertüberdeckung	1.148.496	641.434	925.811	1.452.317
Barwert Deckungsmasse	3.621.451	3.651.468	2.162.548	2.906.386
Barwert Pfandbriefumlauf	2.280.007	2.860.396	1.122.248	1.338.029
Barwertüberdeckung	1.341.444	791.072	1.040.300	1.568.357
Risikobarwert Deckungsmasse	3.495.702	3.525.811	2.091.951	2.823.529
Risikobarwert Umlauf	2.199.158	2.768.582	1.090.569	1.294.453
Risikobarwertüberdeckung	1.296.544	757.229	1.001.382	1.529.076

ergänzende Informationen	Hypothekenregister		Öffentliches Register	
	31.12.2014	31.12.2013	31.12.2014	31.12.2013
Forderungen ohne Insolvenz- vorrecht (nominal in T €)	0	0	0	0
Anteil der festverzinslichen Deckungsmasse (in %)	68,16	0,00	69,65	0,00
Anteil des festverzinslichen Umlaufs (in %)	72,20	0,00	74,62	0,00
Nettobarwert der Deckungs- masse in Fremdwährungen (in T €)	0	0	0	0
Nettobarwert des Umlaufs in Fremdwährungen (in T €)	0	0	0	0
Volumengewichtetes Alter der Hypothekendarlehen (in Jahren)	5,79	0,00	0,00	0,00
Beleihungswertauslauf der Hypothekendarlehen (in %)	53,54	0,00	0,00	0,00

Angaben gemäß § 28 Abs. 1 Nr. 2 PfandBG:

Laufzeitstruktur Hypothekenregister

Zinsbindungsfristen der Darlehen	Deckungs- masse	Anteil %	Deckungs- masse	Anteil %
in T €	31.12.2014		31.12.2013	
Ersatzdeckung	292.935	8,95	317.796	9,44
bis zu einem Jahr			1.259.596	37,41
> 1 Jahr und bis zu 2 Jahren			178.208	5,29
bis zu sechs Monaten	1.028.759	31,45		
> 6 Monate und bis zu 12 Monaten	145.265	4,44		
> 12 Monate und bis zu 18 Monaten	100.371	3,07		
> 18 Monate und bis zu 2 Jahren	127.109	3,89		
> 2 Jahre und bis zu 3 Jahren	377.998	11,56	238.160	7,07
> 3 Jahre und bis zu 4 Jahren	199.505	6,10	344.806	10,24
> 4 Jahre und bis zu 5 Jahren	216.967	6,63	277.638	8,25
> 5 Jahre und bis zu 10 Jahren	735.303	22,48	702.847	20,88
> 10 Jahre	46.783	1,43	47.633	1,41
Insgesamt	3.270.995	100,00	3.366.684	100,00

Laufzeitstruktur der Pfandbriefe	Deckungs- masse	Anteil %	Deckungs- masse	Anteil %
in T €	31.12.2014		31.12.2013	
bis zu einem Jahr			762.750	27,99
> 1 Jahr und bis zu 2 Jahren			210.500	7,72
bis zu sechs Monaten	50.000	2,36		
> 6 Monate und bis zu 12 Monaten	154.500	7,28		
> 12 Monate und bis zu 18 Monaten	151.000	7,11		
> 18 Monate und bis zu 2 Jahren	227.500	10,72		
> 2 Jahre und bis zu 3 Jahren	274.500	12,93	368.500	13,52
> 3 Jahre und bis zu 4 Jahren	475.000	22,38	274.500	10,07
> 4 Jahre und bis zu 5 Jahren	264.000	12,44	475.000	17,43
> 5 Jahre und bis zu 10 Jahren	526.000	24,78	634.000	23,26
> 10 Jahre	0	0,00	0	0,00
Insgesamt	2.122.500	100,00	2.725.250	100,00

Laufzeitstruktur Öffentliches Register

Zinsbindungsfristen der Darlehen	Deckungs- masse	Anteil %	Deckungs- masse	Anteil %
in T €	31.12.2014		31.12.2013	
Ersatzdeckung	0	0,00	0	0,00
bis zu einem Jahr			958.043	35,52
> 1 Jahr und bis zu 2 Jahren			320.168	11,87
bis zu sechs Monaten	717.354	36,34		
> 6 Monate und bis zu 12 Monaten	7.830	0,40		
> 12 Monate und bis zu 18 Monaten	126.513	6,41		
> 18 Monate und bis zu 2 Jahren	28.921	1,47		
> 2 Jahre und bis zu 3 Jahren	260.673	13,21	462.761	17,16
> 3 Jahre und bis zu 4 Jahren	338.974	17,17	311.680	11,56
> 4 Jahre und bis zu 5 Jahren	83.988	4,25	364.502	13,51
> 5 Jahre und bis zu 10 Jahren	408.014	20,67	278.495	10,32
> 10 Jahre	1.544	0,08	1.669	0,06
Insgesamt	1.973.811	100,00	2.697.317	100,00

Laufzeitstruktur der Pfandbriefe	Deckungs- masse	Anteil %	Deckungs- masse	Anteil %
in T €	31.12.2014		31.12.2013	
bis zu einem Jahr			187.000	15,02
> 1 Jahr und bis zu 2 Jahren			120.000	9,64
bis zu sechs Monaten	135.000	12,88		
> 6 Monate und bis zu 12 Monaten	0	0,00		
> 12 Monate und bis zu 18 Monaten	237.500	22,66		
> 18 Monate und bis zu 2 Jahren	59.000	5,63		
> 2 Jahre und bis zu 3 Jahren	85.000	8,11	296.500	23,82
> 3 Jahre und bis zu 4 Jahren	205.500	19,61	85.000	6,83
> 4 Jahre und bis zu 5 Jahren	159.000	15,17	205.500	16,51
> 5 Jahre und bis zu 10 Jahren	167.000	15,94	351.000	28,19
> 10 Jahre	0	0,00	0	0,00
Insgesamt	1.048.000	100,00	1.245.000	100,00

Angaben gemäß § 28 Abs. 1 Nr. 3 PfandBG:

Es existieren keine Derivate, die einen Anteil an den Deckungsmassen gemäß § 19 Abs. 1 Nr. 4 Satz 3 PfandBG darstellen würden.

Angaben gemäß § 28 Abs. 2 Nr. 1a PfandBG:

Hypothekendeckungsregister

Größenklassen in T €	31.12.2014	31.12.2013
bis 300.000 €	401.387	427.017
mehr als 300.000 bis 1.000.000 €	314.647	
mehr als 300.000 bis 5.000.000 €		1.013.138
mehr als 1.000.000 bis 10.000.000 €	1.120.006	
mehr als 5.000.000 €		1.608.733
mehr als 10.000.000 €	1.142.020	
Insgesamt	2.978.060	3.048.888

Angaben gemäß § 28 Abs. 2 Nr. 1b und c PfandBG:

Objektsplitting (wohnwirtschaftliche Objekttypen)

Staaten	Wohnungen		Ein- und Zweifamilienhäuser		Mehrfamilienhäuser		Gesamt	
	31.12.2014	31.12.2013	31.12.2014	31.12.2013	31.12.2014	31.12.2013	31.12.2014	31.12.2013
in T €								
Deutschland	81.257	84.673	169.456	170.109	1.179.882	957.044	1.430.595	1.211.825
Insgesamt	81.257	84.673	169.456	170.109	1.179.882	957.044	1.430.595	1.211.825

Regionen	Wohnungen		Ein- und Zweifamilienhäuser		Mehrfamilienhäuser		Gesamt	
	31.12.2014	31.12.2013	31.12.2014	31.12.2013	31.12.2014	31.12.2013	31.12.2014	31.12.2013
in T €								
Baden-Württemberg	0	0	73	75	1.735	2.050	1.808	2.124
Bayern	0	0	216	956	20.468	35.660	20.684	36.616
Berlin	74.989	75.489	112.520	112.625	991.029	742.808	1.178.538	930.922
Brandenburg	2.945	5.765	55.703	55.629	46.155	47.640	104.803	109.034
Bremen	15	24	0	0	0	0	15	24
Hamburg	323	156	0	0	619	631	942	787
Hessen	101	101	0	0	12.635	14.879	12.736	14.980
Mecklenburg-Vorpommern	751	782	288	239	2.511	2.681	3.550	3.702
Niedersachsen	0	0	306	218	7.465	9.048	7.771	9.266
Nordrhein-Westfalen	1.986	2.124	0	0	28.086	42.025	30.072	44.149
Saarland	0	0	0	0	547	547	547	547
Sachsen	0	0	136	136	56.384	51.269	56.520	51.404
Sachsen-Anhalt	0	0	57	76	8.362	3.031	8.419	3.106
Schleswig-Holstein	43	72	157	157	3.092	3.903	3.292	4.132
Thüringen	104	160	0	0	794	871	898	1.031
Insgesamt	81.257	84.673	169.456	170.109	1.179.882	957.044	1.430.595	1.211.825

Angaben gemäß § 28 Abs. 2 Nr. 1b und c PfandBG:

Objektsplitting (gewerbliche Objekttypen)

Staaten	Bürogebäude		Handelsgebäude		Industriegebäude		Sonstige gewerbl. genutzte Gebäude	
	2014	2013	2014	2013	2014	2013	2014	2013
in T €								
Deutschland	748.556	701.025	387.884	463.863	158.019	163.799	155.046	182.691
Frankreich	45.787	273.443	0	0	0	0	0	0
Niederlande	19.800	19.800	0	0	0	0	0	0
Polen	31.200	31.200	0	0	0	0	0	0
Insgesamt	845.343	1.025.468	387.884	463.863	158.019	163.799	155.046	182.691

Regionen	Bürogebäude		Handelsgebäude		Industriegebäude		Sonstige gewerbl. genutzte Gebäude	
	2014	2013	2014	2013	2014	2013	2014	2013
in T €								
DE Baden-Württemberg	15.759	13.359	31.822	32.322	25.300	15.622	20.710	21.400
DE Bayern	13.356	24.595	13.991	19.673	2.640	8.621	22.993	27.920
DE Berlin	548.554	353.919	137.878	66.206	68.750	53.129	26.062	27.297
DE Brandenburg	19.090	16.344	38.647	33.810	25.880	16.404	10.788	9.801
DE Bremen	0	0	1.017	1.017	1.113	1.170	0	0
DE Hamburg	4.611	53.972	0	0	0	6.011	11.408	11.408
DE Hessen	39.386	71.285	12.516	59.305	27.124	39.744	18.967	20.440
DE Mecklenburg-Vorpommern	7.177	7.243	22.108	22.130	0	0	604	622
DE Niedersachsen	13.008	27.182	20.079	22.603	1.690	2.225	3.041	4.624
DE Nordrhein-Westfalen	42.894	73.100	26.359	45.963	4.756	12.999	9.318	22.551
DE Rheinland-Pfalz	4.548	7.604	12.108	15.044	0	0	6.473	6.473
DE Saarland	0	0	2.064	2.064	0	152	0	0
DE Sachsen	22.719	30.972	15.405	74.274	341	346	21.538	21.938
DE Sachsen-Anhalt	12.679	13.832	0	13.252	0	0	3.035	3.060
DE Schleswig-Holstein	1.178	1.335	25.608	26.412	0	6.950	0	0
DE Thüringen	3.597	6.284	28.282	29.789	425	425	109	5.158
FR Île-de-France	45.787	273.443	0	0	0	0	0	0
NL Gelderland	19.800	19.800	0	0	0	0	0	0
PL Lodz	12.720	12.720	0	0	0	0	0	0
PL Mazowieckie	18.480	18.480	0	0	0	0	0	0
Insgesamt	845.343	1.025.468	387.884	463.863	158.019	163.799	155.046	182.691

	Unfertige und nicht ertragsf. Neubauten		Bauplätze		Gesamt	
	2014	2013	2014	2013	2014	2013
	0	0	1.173	1.241	1.450.679	1.512.619
	0	0	0	0	45.787	273.443
	0	0	0	0	19.800	19.800
	0	0	0	0	31.200	31.200
	0	0	1.173	1.241	1.547.466	1.837.062

	Unfertige und nicht ertragsf. Neubauten		Bauplätze		Gesamt	
	2014	2013	2014	2013	2014	2013
	0	0	0	0	93.591	82.703
	0	0	0	0	52.980	80.809
	0	0	1.086	1.151	782.330	501.702
	0	0	87	90	94.492	76.449
	0	0	0	0	2.130	2.187
	0	0	0	0	16.019	71.391
	0	0	0	0	97.993	190.773
	0	0	0	0	29.889	29.995
	0	0	0	0	37.818	56.634
	0	0	0	0	83.327	154.613
	0	0	0	0	23.129	29.121
	0	0	0	0	2.064	2.216
	0	0	0	0	60.003	127.529
	0	0	0	0	15.714	30.145
	0	0	0	0	26.786	34.696
	0	0	0	0	32.413	41.657
	0	0	0	0	45.787	273.443
	0	0	0	0	19.800	19.800
	0	0	0	0	12.720	12.720
	0	0	0	0	18.480	18.480
	0	0	1.173	1.241	1.547.465	1.837.062

Angaben gemäß § 28 Abs. 2 Nr. 2 PfandBG:

Hypothekenregister

Lage des Grundpfandrechts	Rückständige Leistungen		Forderungsbetrag, sofern rückständige Leistungen $\geq 5\%$	
	31.12.2014	31.12.2013	31.12.2014	31.12.2013
in T €				
Deutschland	51,2	25,5	0,0	0,0
Insgesamt	51,2	25,5	0,0	0,0
Berlin	6,9	23,6	0,0	0,0
Brandenburg	1,1	1,9	0,0	0,0
Nordrhein-Westfalen	43,2	0,0	0,0	0,0
Insgesamt	51,2	25,5	0,0	0,0

Angaben gemäß § 28 Abs. 2 Nr. 4a/b/c PfandBG:

Anzahl	Gewerblich		Wohnungsbau	
	31.12.2014	31.12.2013	31.12.2014	31.12.2013
Zum Abschlusstage anhängige Zwangsversteigerungs- und Zwangsverwaltungsverfahren	0	0	0	0
Im Geschäftsjahr durchgeführte Zwangsversteigerungen	0	0	0	0
Innerhalb des Geschäftsjahres zur Verhütung von Verlusten übernommene Grundstücke	0	0	0	0

Angaben gemäß § 4 Abs. 1a PfandBG:

Liquiditätsdeckung

in T €	31.12.2014
Hypothekendarfbrief	
Liquiditätsüberdeckung 180-Tage-Min.	285.675
Liquiditätsdeckung am 26.03.2015	273.185
Liquiditätssaldo kumuliert am 26.03.2015	12.490
öffentlicher Darfbrief	
Liquiditätsüberdeckung 180-Tage-Min.	1.151.601
Liquiditätsdeckung am 06.01.2015	1.151.601
Liquiditätssaldo kumuliert am 06.01.2015	0

Organe der Landesbank Berlin AG

Vorstand

Dr. Johannes Evers
Vorsitzender

Volker Alt
ab 16.04.2014

Serge Demolière

Hans Jürgen Kulartz

Tanja Müller-Ziegler
ab 01.10.2014

Patrick Tessmann
bis 30.09.2014

Aufsichtsrat

Georg Fahrenschon
Vorsitzender

Präsident des Deutschen Sparkassen- und Giroverbands

Bärbel Wulff^{*)}
stellv. Vorsitzende

Vorsitzende des Betriebsrats der Landesbank Berlin AG

Heiko Barten^{*)}
bis 01.08.2014

Mitglied des Betriebsrats der Landesbank Berlin AG
Senior-Referent im Bereich Organisations- und Produktivitätsmanagement der Berliner Sparkasse

Michael Dutschke^{*)}
ab 01.08.2014

stellv. Vorsitzender des Betriebsrats der Landesbank Berlin AG

Christina Förster^{*)}
ab 01.08.2014

Fachsekretärin für Finanzdienstleistungen
ver.di Landesbezirk Berlin-Brandenburg

Dennis Gehrke^{*)}
ab 01.8.2014

Mitglied des Betriebsrats der Landesbank Berlin AG

Gerhard Grandke

Geschäftsführender Präsident des Sparkassen- und Giroverbands Hessen-Thüringen

Artur Grzesiek

Vorsitzender des Vorstands der Sparkasse KölnBonn

Gerhard Henschel^{*)}
bis 30.06.2014

Mitglied des Betriebsrats der Landesbank Berlin AG

Sabine Hentschel-Vélez Garzón^{*)}
bis 01.08.2014

Mitglied des Betriebsrats der Landesbank Berlin AG,
Senior-Referentin im Bereich Internationales
Geschäft der Berliner Sparkasse

Gerald Herrmann *) bis 01.08.2014	Bundesfachgruppenleiter Sparkassen/Bundesbank ver.di Bundesverwaltung Berlin
Sven Herzog *) ab 01.08.2014	Mitglied des Betriebsrats der Landesbank Berlin AG
Michael Jänichen *)	Bereichsleiter Firmenkunden der Berliner Sparkasse
Thomas Mang	Präsident des Sparkassenverbands Niedersachsen
Astrid Maurer *) ab 01.08.2014	Frauenbeauftragte der Landesbank Berlin AG
Peter Mohr *) bis 31.01.2014	Mitglied des Betriebsrats der Landesbank Berlin AG
Michael Pergande *) ab 01.02.2014 bis 01.08.2014	Leiter eines FinanzCenters der Berliner Sparkasse
Helmut Schleweis	Vorsitzender des Vorstands der Sparkasse Heidelberg
Peter Schneider	Präsident des Sparkassenverbands Baden-Württemberg
Helmut Späth	Stellvertretender Vorsitzender des Vorstands der Versicherungskammer Bayern
Dr. Harald Vogelsang	Vorstandssprecher der HASPA Finanzholding und der Hamburger Sparkasse AG
Frank Wolf *)	Fachbereichsleiter Finanzdienstleistungen ver.di Landesbezirk Berlin-Brandenburg

*) Arbeitnehmervertreter

Berlin, 17.02.2015

Der Vorstand

Dr. Johannes Evers

Volker Alt

Serge Demolière

Hans Jürgen Kulartz

Tanja Müller-Ziegler

Anlagen

Anlage 1: Mandate von Mitgliedern des Vorstands in gesetzlich zu bildenden Aufsichtsgremien von großen Kapitalgesellschaften (§ 340a Abs. 4 Nr. 1 HGB)

Anlage 2: Mandate von Mitarbeitern in gesetzlich zu bildenden Aufsichtsgremien von großen Kapitalgesellschaften (§ 340a Abs. 4 Nr. 1 HGB)

Anlage 1

Mandate des Vorstands nach § 340a Abs. 4 Nr. 1 HGB

- a) Mitgliedschaft in gesetzlich zu bildenden Aufsichtsräten
- a)* Mitgliedschaft in gesetzlich zu bildenden Aufsichtsräten von Konzerngesellschaften
- b) Mitgliedschaft in vergleichbaren in- und ausländischen Kontrollgremien von Wirtschaftsunternehmen

Vorstand

Dr. Johannes Evers

Vorsitzender des Vorstands

Vorsitzender des Vorstands der Landesbank Berlin Holding AG, Berlin

- a)* stellv. Vorsitzender des Aufsichtsrats der
- Berlin Hyp AG, Berlin (bis 21.01.2015)

- b) Vorsitzender des Aufsichtsrats der
- S-Kreditpartner GmbH, Berlin

stellv. Vorsitzender des Aufsichtsrats der
- Deutscher Sparkassen Verlag GmbH, Stuttgart (bis 31.12.2014)

Mitglied des Aufsichtsrats der
- Stiftung Schloss Neuhardenberg GmbH, Neuhardenberg (bis 30.06.2014)

Mitglied des Board of Directors (non-executive) der
- Visa Europe Ltd., London

Mitglied des Verwaltungsrats der
- DekaBank Deutsche Girozentrale, Frankfurt am Main

Volker Alt

Mitglied des Vorstands (seit 16.04.2014)

- a)* Vorsitzender des Aufsichtsrats der
- S-Servicepartner GmbH, Berlin (seit 01.05.2014; Vorsitzender seit 16.05.2014)

- b) Mitglied des Aufsichtsrats der
- S-Kreditpartner GmbH, Berlin (seit 12.06.2014)

Serge Demolière

Mitglied des Vorstands

- a) Vorsitzender des Aufsichtsrats der
 - Börse Berlin AG, Berlin

Mitglied des Aufsichtsrats der

- Eurex Frankfurt AG, Eschborn
- Eurex Clearing AG, Eschborn
- RTS Realtime Systems AG, Frankfurt am Main (bis 23.07.2014)
- Landesbank Berlin Investment GmbH, Berlin (ab 01.01.2015)

Mitglied des Verwaltungsrats der

- Eurex Zürich AG, Zürich

- b) Vorsitzender des Verwaltungsrats der
 - LBB Re Luxembourg S. A., Luxemburg

Mitglied des Board of Directors (non-executive) der

- LBB Finance (Ireland) plc, Dublin

Hans Jürgen Kulartz

Mitglied des Vorstands

- a) Mitglied des Aufsichtsrats der
 - Baker Tilly Röfles AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Düsseldorf (bis 31.12.2014)

- a)* stellv. Vorsitzender des Aufsichtsrats der
 - netbank AG, Hamburg

- b) Mitglied des Aufsichtsrats der
 - AKA Ausfuhrkredit-Gesellschaft mbH, Frankfurt am Main
 - Deutsche Factoring Bank Deutsche Factoring GmbH & Co. KG, Bremen
 - Deutsche Sparkassen Leasing AG & Co. KG, Bad Homburg v.d.H.
 - Finanz Informatik GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main (bis 31.12.2014)
 - LBS Norddeutsche Landesbausparkasse Berlin-Hannover, Berlin/Hannover

Tanja Müller-Ziegler

Mitglied des Vorstands (seit 01.10.2014)

- b) Mitglied des Aufsichtsrats der
 - Deutscher Sparkassen Verlag GmbH, Stuttgart (ab 01.01.2015)
 - S-Kreditpartner GmbH, Berlin (ab 15.01.2015)

Patrick Tessmann

Mitglied des Vorstands (bis 30.09.2014)

- a) Mitglied des Aufsichtsrats der
 - Landesbank Berlin Investment GmbH, Berlin (bis 30.09.2014)
- a)* stellv. Vorsitzender des Aufsichtsrats der
 - netbank AG, Hamburg (bis 30.09.2014)
- b) Mitglied des Aufsichtsrats der
 - B+S Card Service GmbH, Frankfurt am Main (bis 30.09.2014)
 - LBS Norddeutsche Landesbausparkasse Berlin – Hannover, Berlin/Hannover (bis 30.09.2014)
 - S-Kreditpartner GmbH, Berlin (bis 30.09.2014)

Anlage 2

Mandate von Mitarbeitern in gesetzlich zu bildenden Aufsichtsgremien von großen Kapitalgesellschaften

Thomas Paulick

Mitglied des Aufsichtsrats der
- netbank AG, Hamburg

Gerhard Puhlmann

Mitglied des Aufsichtsrats der
- S-Servicepartner GmbH, Berlin

Bartho Schröder

Mitglied des Aufsichtsrats der
- S-Servicepartner GmbH, Berlin

Jacob Sprittulla

Mitglied des Aufsichtsrats der
- netbank AG, Hamburg

Stefan Trägler

Mitglied des Aufsichtsrats der
- S-Servicepartner GmbH, Berlin

Andreas Urbanczyk

Mitglied des Aufsichtsrats der
- netbank AG, Hamburg

Manfred Wiesinger

Mitglied des Aufsichtsrats der
- netbank AG, Hamburg (seit 02.06.2014)

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Wir haben den Jahresabschluss – bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang – unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der Landesbank Berlin AG, Berlin, für das Geschäftsjahr vom 01.01. bis 31.2014 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften liegen in der Verantwortung des Vorstands der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Gesellschaft sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontroll-

systems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Vorstands sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Berlin, den 27.02.2015

PricewaterhouseCoopers
Aktiengesellschaft
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Peter Kleinschmidt ppa. Mario Bauschke
Wirtschaftsprüfer Wirtschaftsprüfer

Versicherung der gesetzlichen Vertreter

Wir versichern nach bestem Wissen, dass gemäß den anzuwendenden Rechnungslegungsgrundsätzen der Jahresabschluss ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Unternehmens vermittelt und im Lagebericht der Geschäftsverlauf einschließlich des Geschäftsergebnisses und die Lage des Unternehmens so dargestellt sind, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt wird, sowie die wesentlichen Chancen und Risiken der voraussichtlichen Entwicklung des Unternehmens beschrieben sind.

Berlin, 17.02.2015

Der Vorstand

Dr. Johannes Evers

Volker Alt

Serge Demolière

Hans Jürgen Kulartz

Tanja Müller-Ziegler

Bericht des Aufsichtsrats der Landesbank Berlin AG

Der Aufsichtsrat hat sich im Geschäftsjahr 2014 in sechs Plenumssitzungen sowie in 26 Ausschusssitzungen – davon fünf Telefonkonferenzen – ausführlich über aktuelle Ereignisse sowie über Geschäfte von grundsätzlicher Bedeutung unterrichten lassen. Er hat sich regelmäßig, zeitnah und umfassend schriftlich wie mündlich mit der Lage und der Geschäftsentwicklung der Landesbank Berlin AG (LBB) und ihrer Tochtergesellschaften befasst, die Geschäftsführung des Vorstands laufend überwacht und sich von deren Ordnungsmäßigkeit überzeugt.

Der Aufsichtsrat hat sich vom Vorstand über die beabsichtigte Geschäftspolitik und andere grundsätzliche Fragen der Unternehmensplanung, insbesondere über die Finanz-, Investitions- und Personalplanung, die Risikosituation und die Compliance informieren lassen, alle in diesem Zusammenhang angefallenen Aspekte beraten und gegebenenfalls Empfehlungen ausgesprochen. Aktuelle Einzelthemen wurden zwischen dem Vorstandsvorsitzenden und dem Vorsitzenden des Aufsichtsrats erörtert.

Bei identischen Themenstellungen tagten die Aufsichtsräte der LBB und der Landesbank Berlin Holding AG (Holding) wie auch die beiden Prüfungsausschüsse sowie die beiden Personal- und Strategieausschüsse jeweils in gemeinsamen Sitzungen.

Schwerpunkte der Aufsichtsratsstätigkeit

Gegenstand der Sitzungen war die Information durch den Vorstand zur aktuellen Geschäftsentwicklung und den Ergebnissen der strategischen Geschäftsfelder, zur aktuellen Lage

sowie zum Umbau der LBB zur Berliner Sparkasse.

In der Sitzung vom 20.02.2014 berichtete der Vorstand über eine erste Indikation zur Geschäftsentwicklung per 31.12.2013 nach HGB und erörterte mit dem Aufsichtsrat den Verlauf des abgelaufenen Geschäftsjahres. Ferner hat sich der Aufsichtsrat mit dem aktuellen Stand des Umbaus der LBB zur Berliner Sparkasse, der Kapitalausstattung, der Risikotragfähigkeit und mit dem weiteren Abbau der Risikoaktiva sowie der Entwicklung der Geschäftsfelder Private Kunden und Firmenkunden befasst. Zudem hat der Aufsichtsrat den Bericht über die Verbesserung des Risikotragfähigkeitskonzepts erörtert und die Verschmelzung der Landesbank Berlin International S.A. auf die LBB AG, die Überarbeitung der Geschäftsordnungen zur Umsetzung von CRD IV und die Regelung der Vergütung für die Gremientätigkeit im Prüfungsausschuss und im Personal- und Strategieausschuss beschlossen. Der Aufsichtsrat nahm den Geschäftsverteilungsplan für den Vorstand der Berliner Sparkasse und Landesbank Berlin AG ab 1.1.2014 und ab 1.2.2014 zur Kenntnis und erörterte Vorstandsangelegenheiten.

Zur Vorbereitung der Bilanzsitzung am 26.03.2014 wurden dem Aufsichtsrat die Berichte des Abschlussprüfers, der PricewaterhouseCoopers Aktiengesellschaft Wirtschaftsprüfungsgesellschaft übermittelt. Im Rahmen dieser Bilanzsitzung erfolgten die Berichterstattungen des Vorstands über das Geschäftsjahr 2013 und die des Wirtschaftsprüfers, die Beratung und Prüfung des Jahres- und Konzernabschlusses sowie des Lage- und Konzernlageberichts zum 31.12.2013. Ferner wurden in dieser Sit-

zung die Jahresberichte der Internen Revision und von Compliance zur Kenntnis genommen und der Bericht des Aufsichtsrats beschlossen. Der Vorstand stellte den Ergebnisbericht zu Hinweisen und Prüfbitten des Aufsichtsrats vor und erstattete den Bericht über die Wirksamkeit des Internen Kontrollsystems (IKS) sowie den Jahresbericht über Spenden und Sponsoringmaßnahmen. Weiter wurden im Rahmen eines Vorratsbeschlusses die Beauftragung des Wirtschaftsprüfers, die jährliche Durchführung der Effizienzprüfung der Aufsichtsratsstätigkeit anhand einer Checkliste sowie Vorstandsangelegenheiten beraten und beschlossen. Daneben hat der Vorstand über den aktuellen Stand der Arbeiten zur Erfüllung der Kapitalanforderungen und zum Projekt Umbau berichtet. Zudem nahm der Aufsichtsrat die Vorschläge zur Benennung eines nach der Institutsvergütungs-Verordnung (IVV) geforderten Vergütungsbeauftragten und seines Stellvertreters zur Kenntnis und befürwortete nach Anhörung deren Bestellung.

Am 18.06.2014 befasste sich der Aufsichtsrat intensiv mit dem Projekt Umbau der LBB zur Berliner Sparkasse sowie der Kapitalausstattung und dem Abbau der risikogewichteten Aktiva. Daneben wurden der Bericht über die Abarbeitung der Monita aus der ICAAP-Prüfung, zur Weiterentwicklung des Risikotragfähigkeitskonzepts, das Strategiedokument und die Risikostrategie nach MaRisk sowie die Leitlinien zum Umbau der Konzernstruktur erörtert. Der Aufsichtsrat nahm den Verkauf von Bankgebäuden zur Kenntnis bzw. stimmte ihm zu. Darüber hinaus beschloss der Aufsichtsrat die überarbeiteten Richtlinien des Aufsichtsrats für die Festsetzung und Auszahlung der variablen Vergütung der Vorstandsmitglieder gemäß IVV. Zudem befasste sich der Aufsichtsrat mit der Tagesordnung für die ordentliche Hauptversammlung, mit der Auswertung der Ergebnisse der jährlichen Effizienzprüfung der Aufsichtsratsstätigkeit sowie mit Vorstandsangelegenheiten.

In der konstituierenden Sitzung am 01.08.2014 wählte der Aufsichtsrat Herrn Georg Fahrenschon zum Vorsitzenden und Frau Bärbel Wulff zur stellvertretenden Vorsitzenden des Aufsichtsrats der LBB. Ferner wurde die Änderung der Geschäftsordnung für den Aufsichtsrat und den Personal- und Strategieausschuss beschlossen. Es folgte die Wahl der Mitglieder des Personal- und Strategieausschusses, des Prüfungsausschusses, des Kreditausschusses und des Vermittlungsausschusses. Der Aufsichtsrat nahm die Geschäftsentwicklung nach HGB per 30.06.2014 sowie ein Update zu Kapitalsituation, zur Asset Quality Review und zum Stresstest zur Kenntnis. Ferner wurden Beschlüsse zu Vorstandsangelegenheiten gefasst.

Am 19.09.2014 erörterte der Aufsichtsrat mit dem Vorstand neben den Maßnahmen zur Kapitalausstattung, zur Risikotragfähigkeit und zum Abbau der risikogewichteten Aktiva erneut intensiv den Umbau der LBB zur Berliner Sparkasse. Ferner legte der Aufsichtsrat die Prüfungsschwerpunkte des Geschäftsjahres 2014 fest, nahm die Ergebnisse der Depotprüfung und der Prüfung nach § 36 WpHG 2013/2014 zur Kenntnis und beriet über einen eventuellen Wechsel des Wirtschaftsprüfers. Darüber hinaus hat der Aufsichtsrat den Sparkassenbericht 2013 sowie den Bericht über die finale Abarbeitung der Ergebnisse aus der ICAAP-Prüfung zur Verbesserung des Risikotragfähigkeitskonzepts zur Kenntnis genommen. Weitere Themen waren die Vorstellung der Vergütungsstrategie und die Information über die Ausgestaltung der Vergütungssysteme gemäß IVV, die Festlegung der Sitzungstermine für die Gremien im Jahr 2015 sowie Vorstandsangelegenheiten.

In der Sitzung des Aufsichtsrats am 13.11.2014 berichtete der Vorstand über den Stand des Projekts Umbau der Landesbank Berlin zur Berliner Sparkasse. Der Vorstand stellte zudem den Bericht über die Ergebnisse von Asset Quality Review und vom Stresstest

sowie über die Kapitalsituation vor. Ferner hat der Aufsichtsrat das Strategiedokument nach MaRisk einschließlich der IT-Strategie der Berliner Sparkasse und die Mittelfristplanung 2015 – 2019 beraten. Darüber hinaus hat der Aufsichtsrat intensiv den Umbau der Konzernstruktur erörtert, die initiale Kapitalausstattung der Institute und die Umhängung der Berlin Hyp und weiterer Beteiligungen beschlossen. Zudem hat der Aufsichtsrat die an die Corporate Governance des Konzerns und der regulatorischen Gruppe am 1.1.2015 angepassten Regelwerke verabschiedet. Ferner wurden aufsichtsrechtliche Anforderungen an Vorstand und Aufsichtsrat nach KWG und IVV sowie die Darstellung der Finance Lease Objekte und den daraus erwachsenden Verpflichtungen erörtert. Zudem hat der Aufsichtsrat die Änderung von Ergebnisabführungs- und Beherrschungsverträgen sowie den Geschäftsverteilungsplan für den Vorstand der Berliner Sparkasse und Landesbank Berlin AG ab 1.10.2014 zur Kenntnis genommen.

Außerhalb der Sitzungen wurden vom Aufsichtsrat im Geschäftsjahr 2014 zwei Beschlüsse im Umlaufverfahren gefasst. Alle Mitglieder des Aufsichtsrats haben im Jahr 2014 an mindestens der Hälfte der Sitzungen des Aufsichtsrats teilgenommen.

Ausschüsse des Aufsichtsrats

Die Arbeit des Aufsichtsrats wurde im Geschäftsjahr 2014 durch den Prüfungsausschuss, den Personal- und Strategieausschuss und den Kreditausschuss unterstützt. Die Ausschüsse werden aus der Mitte des Aufsichtsrats gebildet.

Der gemäß § 27 Abs. 3 Mitbestimmungsgesetz von 1976 gesetzlich zu bildende Vermittlungsausschuss trat im Jahr 2014 nicht zusammen.

Der Aufsichtsrat hat sich über die Arbeit der Ausschüsse regelmäßig und umfassend berichten lassen.

Corporate Governance

Als nicht-börsennotierte Aktiengesellschaft unterliegt die LBB grundsätzlich nicht den Vorschriften des Deutschen Corporate Governance Kodex (DCGK). Dennoch werden bereits implementierte aus dem DCGK stammende Prozesse weiterhin berücksichtigt.

Interessenkonflikte traten im Berichtsjahr beim Aufsichtsrat und dessen Ausschüssen nicht auf.

Personalia Vorstand

Mit Wirkung vom 16.04.2014 wurde Herr Volker Alt vom Generalbevollmächtigten zum Mitglied des Vorstands der Landesbank Berlin AG bestellt. Mit Ablauf des 30.09.2014 legte Herr Patrick Tessmann sein Amt als Mitglied des Vorstands der Landesbank Berlin AG nieder. Mit Wirkung vom 01.10.2014 wurde Frau Tanja Müller-Ziegler zum Mitglied des Vorstands der Landesbank Berlin AG bestellt.

Personalia Aufsichtsrat

Die personelle Zusammensetzung des Aufsichtsrats hat sich gegenüber dem 31.12.2013 dahingehend verändert, dass das Mandat von Herrn Peter Mohr mit Ablauf des 31.01.2014 geendet hat. Als sein Nachfolger trat Herr Michael Pergande mit Wirkung vom 01.02.2014 als gewähltes Ersatzmitglied in den Aufsichtsrat ein. Das Mandat von Herrn Gerhard Henschel im Aufsichtsrat endete am 30.06.2014. Mit der ordentlichen Hauptversammlung am 01.08.2014 endete die Amtszeit des bisherigen Aufsichtsrats der LBB. In dieser Hauptversammlung wurden die Vertreter der Anteilseigner im Aufsichtsrat für die Zeit bis zum Ablauf der Hauptversammlung, die über das Geschäftsjahr 2014 entscheidet, gewählt. Personelle Veränderungen ergaben sich nicht. Die Wahl der Vertreter der Arbeitnehmer im Aufsichtsrat durch die Beschäftigten erfolgte bereits im Mai 2014. Die Amtszeit der überwiegend neu eingetretenen Arbeitnehmervertreter endet mit Ablauf der Hauptversammlung, die über das Geschäftsjahr 2018 entscheidet.

Der Aufsichtsrat hat in Anlehnung an Ziffer 5.4.2 des Deutschen Corporate Governance Kodex geprüft und festgestellt, dass ihm eine nach seiner Einschätzung ausreichende Anzahl unabhängiger Mitglieder angehört und die gesetzlichen Anforderungen gemäß KWG und AktG an Zuverlässigkeit, Sachkunde und Zeit zur Wahrnehmung der Aufgaben, Mandatshöchstgrenzen sowie die persönlichen Voraussetzungen erfüllt sind.

Jahresabschluss 2014

Der vorliegende Jahresabschluss der LBB mit dem Lagebericht der LBB für das Geschäftsjahr 2014 wurde durch die von der Hauptversammlung zum Abschlussprüfer bestellte PricewaterhouseCoopers Aktiengesellschaft Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Frankfurt Main, Zweigniederlassung Berlin, unter Beachtung der vom Aufsichtsrat festgelegten Prüfungsschwerpunkte geprüft und mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen. Der Aufsichtsrat hat das erteilte Testat zur Kenntnis genommen.

Vor und während der Prüfung informierte sich der Aufsichtsrat beim Abschlussprüfer über deren Ablauf und Inhalt. Der Jahresabschluss der LBB wurde nach den Vorschriften des HGB aufgestellt. Sowohl der Jahresabschluss als auch der Lagebericht und die Prüfungsberichte des Wirtschaftsprüfers wurden den Gremienmitgliedern rechtzeitig vor der Bilanzsitzung des Kreditausschusses, des Prüfungsausschusses und des Aufsichtsrats zur eingehenden Prüfung vorgelegt.

An der Bilanzsitzung des Plenums sowie der Ausschüsse nahmen die den Jahresabschluss unterzeichnenden Wirtschaftsprüfer teil. Der Abschlussprüfer berichtete dabei über die wesentlichen Ergebnisse seiner Prüfung sowie darüber, dass keine wesentlichen Schwächen des internen Kontrollsystems und des Risikomanagementsystems vorlagen. In der gemeinsamen Erörterung beantwortete er die Fragen der Mitglieder dieser Gremien. Der Aufsichtsrat hat sich in Anlehnung an DCGK Ziff. 7.2.1 davon überzeugt, dass beim Abschlussprüfer keine Interessenkonflikte hinsichtlich einer unabhängigen Prüfung bestehen.

Gegen die Prüfungsergebnisse ergaben sich keine Einwendungen. Der Aufsichtsrat hat den vom Vorstand aufgestellten Jahresabschluss der LBB zum 31.12.2014 in seiner Sitzung vom 20.03.2015 festgestellt. Der Jahresabschluss der LBB gilt damit gemäß § 172 Abs. 1 Satz 1 AktG als festgestellt.

Der Aufsichtsrat dankt den Mitgliedern des Vorstands sowie allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für die im Geschäftsjahr 2014 erbrachten Leistungen.

Berlin, im März 2015

Der Aufsichtsrat

Georg Fahrenscho
Vorsitzender

Landesbank Berlin AG
Berliner Sparkasse
Alexanderplatz 2
10178 Berlin
Telefon: 030/869 801
info@berliner-sparkasse.de
www.berliner-sparkasse.de

